

Nr	Top	Sitzung	Betreff	zust. Dienststelle	Beschlusstext und Abstimmungsergebnis	Sachstand
1	3.5	12.09.1991	Verbesserung der Anbindung der Krankenanstalten Merheim und der Psychiatrischen Landesambulanz an den öffentlichen Nahverkehr	02-8 15	<p>Die Bezirksvertretung Kalk stimmt dem Beschlusstextentwurf der SPD-Fraktion:</p> <p>„Die BV 8 bittet die zuständigen Ausschüsse, die Anbindung der Kliniken Merheim an den ÖPNV zu verbessern. Dabei sollte die Möglichkeit von Pendelbussen bei Schichtwechsel und den Hauptbesuchszeiten sowie eine Änderung der Linienführung der Linie 157 durch die Krankenanstalten hindurch erwogen werden.“</p> <p>einstimmig zu.</p>	<p><u>Alter Sachstand:</u> Zwischenzeitlich wurde bei den 3 Kliniken der Stadt Köln das KVB-Job-Ticket eingeführt, so dass sich das Parkproblem auf dem Gelände des Krankenhauses Merheim reduzieren wird.</p> <p>Es soll zunächst abgewartet werden, in welchem Umfang dies erfolgt u. dann eine Parkkonzeption entwickelt werden.</p> <p>Die Einrichtung einer Busverbindung zwischen den Straßenbahnlinien 1 u. 9 – wie von der BV 8 gefordert -, ist aus Sicht der Kliniken grundsätzlich zu begrüßen, jedoch in der Vergangenheit u. auch aktuell jeweils daran gescheitert, dass die Kölner Verkehrsbetriebe eine Beteiligung von mindestens 175 000 € pro Jahr zu der neuen Linie forderten.</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> In der Sitzung der Bezirksvertretung am 17.04.2008 wurde die Beschlussvorlage „Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln; hier: Busnetz im Teilraum Rechtsrheinisch Nord“ behandelt; über die Wünsche der Bezirksvertretung entscheidet der Verkehrsausschuss voraussichtlich am 06.05.2008.</p> <p>(Anmerkung: Der Verkehrsausschuss hat in seiner Sitzung am 02.06.2008 die Verwaltung beauftragt, in das Konzept zur Weiterentwicklung des Busnetzes "rrh. Nord" eine konkrete Lösung für die Merheimer Gärten -ehem. Madausgelände- mit aufzunehmen.</p>

Nr	Top	Sitzung	Betreff	zust. Dienststelle	Beschlusstext und Abstimmungsergebnis	Sachstand
						<p>Sie soll bezüglich einer möglichen Anschubfinanzierung kurzfristig Gespräche mit der KVB unter Beteiligung potentieller Sponsoren, insbesondere der Bauträger und Investoren, führen. Die Realisierung des Angebotes soll möglichst schon zum Fahrplanwechsel 2008/2009 erfolgen. Weiter soll geprüft werden, inwieweit die eventuellen Mehrkosten durch Einsparung von Haltestellen, u. a. in Merheim und eine weitere Optimierung der Ampelschaltung Rösrather Straße/ Frankfurter Straße reduziert werden kann.</p> <p><i>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</i></p>
4	2.7	08.09.1994	Ausbau der Wilhelm-Griesinger-Straße in Ostheim	66	<p>Die Bezirksvertretung Kalk stimmt dem Beschlusssentwurf der SPD-Fraktion</p> <p>„Die Bezirksvertretung 8 bittet die Verwaltung, nunmehr unverzüglich mit der Ausbauplanung der Wilhelm-Griesinger-Straße zu beginnen. Zur Schulwegsicherung und zur Sicherung von Fußgängern und Radfahrern auf dem Wege zur Psychiatrischen Klinik und dem Krankenhaus Merheim soll auf der Südseite der Straße ein kombinierter Rad- und Fußweg angelegt werden. Die Planungen sollen der BV 8 vorgestellt und die Realisierung möglichst bald vorgenommen werden.“</p> <p>einstimmig zu.</p> <p>Herr Gatter, SPD-Fraktion, Herr Schmitt, CDU-Fraktion, und der Vertreter der Deutschen Liga haben an der Abstimmung nicht teilgenommen</p>	<p>Alter Sachstand: 20.09.2001: Es ist provisorisch ein Geh- und Radweg abmarkiert worden. Die Ausbauplanung besteht noch nicht, da noch Klärungsbedarf besteht.</p> <p>20.08.2003: Mit der Ausbauplanung kann nicht begonnen werden, da kein Planrecht vorliegt. Das Stadtplanungsamt muss erst einen B-Plan erstellen.</p> <p>03.05.2004: Kein neuer Sachstand.</p> <p>Sachstand zum 30.04.2008: Kein neuer Sachstand.</p>

Nr	Top	Sitzung	Betreff	zust. Dienststelle	Beschlusstext und Abstimmungsergebnis	Sachstand
6	3.1	08.06.1995	Radwanderweg Köln – Königsforst	66	<p>Die Bezirksvertretung Kalk stimmt dem auf Vorschlag der SPD-Fraktion geänderten und ergänzten Beschlussentwurf der CDU-Fraktion:</p> <p>Die Bezirksvertretung fordert die Verwaltung auf zu prüfen, ob die folgende Verbindung als Radwanderweg Köln – Königsforst in beiden Richtungen durch Verkehrsschilder gekennzeichnet werden kann:</p> <p>Olpener Straße – Im Brücker Bruch – Diesterwegstraße – Petersenstraße – Auf dem Klausenberg.</p> <p>Es ist zu prüfen, auf welche Weise durch eindeutige Radwegemarkierung oder andere Maßnahmen im Bereich der Diesterwegstraße die Sicherheit der Radfahrer und ebenfalls der Schulkinder gewährleistet werden kann.</p> <p>Die Wegeführung Olpener Straße – Flehbachstraße – Petersenstraße – Fußweg zum Mauspfad soll zusätzlich geprüft werden.</p> <p>Vor Ausführung soll die Verwaltung eine Vorlage zur Entscheidung vorlegen.“</p> <p>einstimmig zu</p>	<p>Alter Sachstand:</p> <p>In West-Ost-Richtung besteht bereits heute parallel zur Olpener Straße zwischen Flehbachstraße/ Markt und Am Wildwechsel eine ausgewiesene Parallelroute für Radfahrer (Route R20). Da diese Parallelverbindung eindeutig ausgeschildert ist, sieht die Verwaltung für die stadtauswärtige Fahrtrichtung keinen weiteren Handlungsbedarf.</p> <p>In Anlehnung an die bereits vorhandene parallele West-Ost-Beschilderung der Radwanderoute R20 wird in Ost-West-Richtung ebenfalls eine entsprechende Parallelroute zur Olpener Straße durch die Verwaltung eingerichtet. Voraussetzung dafür war, die Petersenstraße für Radfahrer in Gegenrichtung als unechte Einbahnstraße einzurichten. Diese Maßnahme ist umgesetzt worden. Daraufhin wird die Verwaltung in Kürze die Parallelroute in Ost-West-Richtung für Radfahrer beschildern.</p> <p>Die Verwaltung erarbeitet zurzeit einen Beschilderungsplan für die Ost-West-Richtung.</p> <p><u>Sachstand zum HJB 2006:</u></p> <p>Der vorgesehene Beschilderungsplan für die Ost-West-Richtung konnte auf Grund von anderen Maßnahmen im Radwesen (z.B. Planungen im Rahmen der WM 2006, zum Radverkehrsnetz NRW und zu Fahrradboxen) nicht abschließend fertig gestellt werden. Die Verwaltung beabsichtigt, die Beschilderungsplanung im Rahmen der personell zur Verfügung stehenden Kapazitäten wieder aufzunehmen und kurzfristig abschließend fertig zu stellen.</p>

Nr	Top	Sitzung	Betreff	zust. Dienststelle	Beschlusstext und Abstimmungsergebnis	Sachstand
						Sachstand zum 30.04.2008: Kein neuer Sachstand.
7	7.2.2	19.06.1997	Der Millionenacker in Köln-Ostheim	61	Die Bezirksvertretung Kalk stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion zu: „Die Verwaltung wird aufgefordert der Bezirksvertretung darzulegen, welche Nutzung sie für den Millionenacker plant, auf welche Weise sie die verkehrliche Erschließung des Baulandes sicherstellen will und in welchem Zeitraum sie die baurightlichen Voraussetzungen hierfür schaffen will.“ Abstimmungsergebnis: einstimmig	Alter Sachstand: Zurzeit ist ein Rechtsverfahren anhängig, dessen Ergebnis abzuwarten ist. Sachstand zum 30.04.2008: Die notwendigen Verträge mit den Erbpachtgebern konnten nach schwierigen Verhandlungen im Mai 2008 beurkundet werden. Die Verwaltung wird nun ein Bauungsplanverfahren einleiten.
10	7.2.1	19.11.1998	Fußweg Kalker Güterbahnhof	61	Die Bezirksvertretung Kalk stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion zu: „Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung mit der Bahn AG in Verhandlungen darüber zu treten, eine fußläufige Verbindung zwischen Humboldt/Gremberg und Kalk im Bereich des Haltepunktes „Kalker Güterbahnhof“ zukünftig wieder zu ermöglichen. Die Verwaltung wird gebeten, bei der Entwicklung des Städtebaukonzeptes „Kalk-Süd“ die entsprechenden Voraussetzungen für eine Durchwegung von Kalk nach Humboldt/Gremberg zwischen Lüderichstraße und Dillenburger Straße sicherzustellen.“ Abstimmungsergebnis: einstimmig	Alter Sachstand: Eine aktuelle Stellungnahme liegt nicht vor. Sachstand zum 30.04.2008: Ein aktueller Sachstand liegt nicht vor.

15	7.2.1	18.03.1999	Sicherung des Weges zu den Sportanlagen Brück/Neubrück Beleuchtung (Rather Kirchweg/ Pohlstadtweg)	66	Die BV 8 bittet die Verwaltung, dafür Sorge zu tragen, dass der Rad- und Fußweg am Rather Kirchweg sowie der Pohlstadtsweg bis zu den Sportanlagen Brück/Neubrück ausreichend mit Straßenbeleuchtung versehen wird, so dass die gefahrlose Benutzung dieses Weges gewährleistet ist.	<p><u>Alter Sachstand:</u> Bei dem Rad- und Fußweg im Bereich Pohlstadtweg/ Rather Kirchweg in Köln-Neubrück handelt es sich um eine anbaufreie Wegeverbindung, die als Wirtschaftsweg gewidmet ist.</p> <p>Grundsätzlich werden anbaufreie Strecken nicht öffentlich beleuchtet. Die Installation einer Beleuchtungsanlage, die mit Kosten in Höhe von 130 000,- DM verbunden wäre, kommt deshalb nicht in Betracht. Falls der betroffene Weg in Zusammenhang mit einem Bebauungsplan zur Erschließungsanlage ausgebaut wird und hierdurch die verkehrliche Situation des derzeit anbaufreien Weges verändert wird, kann eine Beleuchtungsanlage im Rahmen der Erschließungsmaßnahme errichtet werden. Die Unterhaltungskosten einer solchen Beleuchtungsanlage würden seitens der Stadt getragen werden.</p> <p>18.08.2003: Der Pohlstadtsweg ist Bestandteil der Erschließung des „Oberen Bruchs“ und wird im Zuge des Ausbaus der Erschließungsstraßen beleuchtet.</p> <p>03.05.2004: Kein neuer Sachstand.</p> <p><u>Sachstand zum HJB 2006:</u> Der Endausbau des Pohlstadtswegs erfolgt nach Fertigstellung der Hochbebauung im Baugebiet Im Oberen Bruch. Im Zuge des Ausbaus wird der Pohlstadtsweg beleuchtet.</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Kein neuer Sachstand.</p>
----	-------	------------	--	----	--	---

19	7.1.1	10.06.1999	Querungshilfe auf dem Mauspfad in Brück	66	Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, an welcher Stelle auf dem Mauspfad in Brück, im Bereich der Einmündung der Straße „Im Langen Bruch“ und der Bushaltestelle, eine Querungshilfe eingebaut werden kann.	<p><u>Alter Sachstand:</u> Die Verwaltung hat einen Vorentwurf für eine Querungshilfe erarbeitet und diesen dem Landesbetrieb Straßenbau NRW zur Verfügung gestellt, da dieser Baulastträger des Mauspfads im Bereich der Einmündung im Langen Bruch ist. Zuständig für den Bau ist der Landesbetrieb. Vom Landesbetrieb Straßenbau liegt noch keine Aussage über die Ausführung vor.</p> <p><u>Sachstand zum HJB 2006:</u> Der Landesbetrieb Straßenbau NRW hat mit Datum vom 19.07.2006 mitgeteilt, dass der genehmigte Bauentwurf und die Kosten vorliegen. Eine Priorisierung der Maßnahme muss durch den Regionalrat erfolgen. Die Umsetzung ist frühestens 2007 denkbar Die Einrichtung eines Zebrastreifens ist aufgrund der freien Strecke nicht möglich.</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Die Querungshilfe wurde in 2008 durch den Straßenbaulastträger Landesbetrieb Straßenbau NRW errichtet.</p> <p><i><u>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</u></i></p>
33	7.2.5	17.02.2000	Anbindung der Merheimer Kliniken an den ÖPNV	02-8 54	<p>Die Bezirksvertretung Kalk stimmt dem gemeinsamen Antrag der CDU – Fraktion und der Vertreterin der F.D.P. zu:</p> <p>Die Bezirksvertretung Kalk bittet den Rat und die Verwaltung der Stadt Köln die KVB zu veranlassen, dass ab Fahrplanwechsel Mai 2000 die Buslinie 157 mit geänderter Linienführung durch das Klinikgelände Merheim fährt.</p>	s. lfd. Nr. 1

					Abstimmungsergebnis: einstimmig	
42	7.2.4	24.08.2000	Anbindungen der Kliniken Merheim an den ÖPNV	02-8 54	<p>Die Bezirksvertretung Kalk stimmt dem gemeinsamen Antrag der CDU – Fraktion, der SPD – Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Vertreterin der F.D.P in der BV Kalk zu:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die BV 8 bittet die Verwaltung zunächst abzuklären, ob ein privates Busunternehmen bereit wäre eine Buslinie von der Haltestelle Köln-Merheim nach Köln-Ostheim und zurück durch das Klinikgelände zu betreiben. Gleichzeitig müsste abgeklärt werden, welche verkehrlichen Voraussetzungen hierfür seitens der Stadt erbracht werden müssen. 2. Kann kein Unternehmen für die Etablierung einer privaten Buslinie gewonnen werden, so bittet die BV 8 die zuständigen Ausschüsse, den Rat und die Verwaltung der Stadt Köln die KVB mit der Einrichtung einer Zusatzbuslinie zwischen Ostheim-Frankfurter Straße und Merheim-Kieskaulerweg zu beauftragen. Ein Teil des der KVB entstehenden Defizits soll durch direkte Zuschüsse der Kliniken gedeckt werden. Die dazu notwendigen Mittel könnten im Rahmen der Bewirtschaftung von Parkplätzen erworben werden. 3. Die BV 8 bittet die zuständigen Ausschüsse und die Verwaltung den Ausbau des Busweges (Wilhelm-Griesinger-Straße und Ostmerheimer Straße) mit höchster Priorität durchzuführen, da diese Straßen z. Zt. in einem Zustand sind, der einen Linien- 	s. lfd. Nr. 1

					verkehr nicht zulässt. Abstimmungsergebnis: einstimmig	
49	7.2.5	28.09.2000	Einrichtung von zwei Aufzügen bzw. auf- und abwärtsgerichteten Rolltreppen an der KVB-Haltestelle Vingst	02-8	Die Bezirksvertretung Kalk stimmt dem Antrag der CDU – Fraktion zu: Die Verwaltung wird gebeten mit der KVB auf dem Verhandlungsweg zu klären, ob die Einrichtung einer behindertengerechten Haltestelle in Vingst möglich ist. Abstimmungsergebnis: einstimmig	Alter Sachstand: Eine Behindertengerechtigkeit der Stadtbahnhaltestelle kann nicht durch den Einbau von Fahrtreppen erreicht werden. Die u.a. vom Behindertengleichstellungsgesetz bei Neuanlagen geforderte Barrierefreiheit bedingt den Einbau von Rampen oder Aufzügen und ermöglicht in Verbindung mit der zum Fahrzeug passenden Bahnsteighöhe den niveaugleichen, behindertengerechten Einstieg. Alle neu zu bauenden Haltestellen werden daher abhängig von der örtlichen Situation mit Rampen oder Aufzügen ausgestattet. Bereits bestehende Haltestellen werden im Rahmen eines Nachrüstungsprogramms mit Aufzügen ausgestattet. Zuletzt wurden gemäß Ratsbeschlüssen die Haltestellen Neumarkt und Boltensterstraße mit Aufzügen versehen. Vom Rat ebenfalls planerisch bereits beschlossen wurden Maßnahmen an den Haltestellen Dom/Hauptbahnhof, Ebertplatz, Friesenplatz und Bahnhof Deutz/Messe. Für weitere Nachrüstungen liegen noch keine Ratsbeschlüsse vor. Da sich zwischenzeitlich die Haushaltssituation des Landes hinsichtlich der Förderung von ÖPNV-Vorhaben dramatisch verschlechtert hat, wurde die Stadt Köln von der Bezirksregierung Köln aufgefordert für neue Maßnahmen Prioritäten zu bilden. Mit Beschluss vom 19.12.2002 hat der Rat – ohne explizite Nennung der Haltestelle Vingst - weitere Projekte zur Aufzugsnachrüstung nachrangig in Priorität III ein-

						<p>gestuft. Auch wegen der städtischen Haushaltslage werden daher derzeit keine Maßnahmen an der Haltestelle Vingst betrieben.</p> <p>Der Beschluss ist mit dieser Stellungnahme aus Sicht der Verwaltung abschließend erledigt.</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> In der U-Bahn-Haltestelle Vingst wurden inzwischen die Rolltreppen in der Weise umgerüstet, dass diese in beide Fahrrichtungen benutzt werden können.</p> <p><i><u>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</u></i></p>
64	7.2.1	19.12.2000	Streetball- Korb und Wetterschutz am Eingang zur Berufsschule an der Westerwaldstraße	40	<p>Die BV Kalk stimmt dem Antrag der SPD – Fraktion zu:</p> <p>Die BV 8 bittet die Verwaltung und die zuständigen Ausschüsse zu prüfen, ob im Versiegelungsbereich des Eingangs zur Berufsschule an der Westerwaldstraße ein Streetball-Korb aufgestellt sowie ein offener Wetterschutz für Jugendliche geschaffen werden kann. Die dort wohnenden Jugendlichen sollten in die Planung mit einbezogen werden. Haushaltsmittel stehen unter der Haushaltsstelle 5610.950.9800.1 zur Verfügung.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig</p>	<p><u>Alter Sachstand:</u> Eine aktuelle Stellungnahme liegt nicht vor.</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Der Streetballkorb ist bereits seit dem Jahr 2004 vorhanden. Auf den Wetterschutz sollte nach Absprachen aus dem Jahr 2004 verzichtet werden.</p> <p><i><u>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</u></i></p>
82	7.2.4	21.02.2001	Bevorzugter Ausbau des Rad-Gehweges (Wanderweg Deutz-Königsforst) am Alten Deutzer Postweg zwischen Vingster Ring und Frankfurter Straße	02-8 WV 2012	<p>Die BV Kalk stimmt dem Antrag der SPD – Fraktion zu</p> <p>Die BV 8 bittet die zuständigen Ausschüsse und die Verwaltung der Stadt Köln zur Sicherung der Fußgänger und Radfahrer und zur Lückenschließung des Radwan-</p>	<p><u>Alter Sachstand (unverändert):</u> Gemäß Entscheidung im Rahmen des IVC (Investitions-Controlling) in der SV-Sitzung am 27.01.2004 ist der Ausbau des Radweges auf nach 2012 verschoben.</p>

					<p>derweges Deutz-Königsforst im Rahmen des Ausbau des Alten Deutzer Postweges zwischen Vingster Ring und Frankfurter Straße einen Rad-Fuß-Weg zu planen und nach Sicherung der Finanzierung zu bauen</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig</p>	
98	7.1.2	30.08.2001	Gehwegsanierung An der Pulvermühle in Humboldt/Gremberg	66	<p>Die BV Kalk stimmt dem Antrag der CDU – Fraktion zu:</p> <p>„Die Verwaltung wird gebeten, den Gehweg der Straße An der Pulvermühle zwischen Burgenlandstraße und Gremberger Straße möglichst kurzfristig umfassend zu sanieren. Die „Sperrmüllfläche“ am Ende des Luna-Parkes soll durch Begradigung des Zaunes aufgehoben werden und eine Reinigung des Luna-Parkes erfolgen.“</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig</p>	<p><u>Alter Sachstand:</u> Fahrbahn und Gehweg wurden im zweiten Halbjahr 2003 gereinigt. Für die Sanierung stehen zurzeit keine Mittel zur Verfügung.</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Der westliche Gehweg wurde kürzlich im Bereich zwischen Gremberger Straße und Emser Straße auf einer Länge von 50 m Länge saniert.</p> <p><i><u>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</u></i></p>
99	7.1.3	30.08.2001	Gesamtkonzept für die Wilhelm-Griesinger-Straße in Köln-Ostheim	61	<p>Die BV Kalk stimmt dem Antrag der CDU – Fraktion zu</p> <p>„Die Verwaltung wird aufgefordert, für den Bereich der Wilhelm-Griesinger-Straße in Köln-Ostheim ein Gesamtkonzept vorzulegen. Dieses Konzept sollte vor allen Dingen den Aus- und Umbau der Wilhelm-Griesinger-Straße berücksichtigen, sowie Aussagen darüber treffen, inwieweit die Flächen um die Wilhelm-Griesinger-Straße herum wann und wie genutzt werden sollen.“</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig</p>	<p><u>Alter Sachstand:</u> Da sich der östliche Bereich von Ostheim im Gewerbe- Bereitstellungskonzept (aufgrund u.a. schwieriger Grundstücksverfügbarkeit und mangelnder Erschließung) nicht in vorderer Priorität befindet, sieht die Verwaltung zurzeit keine Veranlassung, hier ein Planungskonzept zu erarbeiten.</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Kein neuer Sachstand.</p>

109	7.2.6	27.09.2001	Verkehrssituation vor dem Gold-Krämer-Haus	66 69	<p>Die Bezirksvertretung Kalk stimmt dem geänderten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Verwaltung wird deshalb gebeten, die Rolshover Straße nochmals eingehend zu begutachten, um kurzfristig eine Lösung zu finden, die dem Klientel des Gold-Krämer-Hauses gerecht wird. Wir schlagen hierbei die Einrichtung eines Zebrastreifens und eine entsprechende Beschilderung z.B. „Vorsicht Kinder“ vor. 2. Aufnahme der U-Bahn-Haltestelle Kalk Post in die Prioritätenliste zum Einbau eines Aufzuges. <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig</p>	<p><u>Alter Sachstand:</u> <u>zu 1:</u> Die Planung für den Einbau einer Insel als Querungshilfe liegt vor. Hierzu ist eine beidseitige Aufweitung der Fahrbahn erforderlich. Dies kann nicht geschehen, so lange die Zufahrt zu der ehemaligen Firma Huwald Hamacher noch vorhanden ist. Sollte die Zufahrt entfallen, kann in Abhängigkeit der Finanzierung mit der Umsetzung der Maßnahme begonnen werden.</p> <p><u>Sachstand zum HJB 2006:</u> Eine Umnutzung des ehemaligen Gewerbelandes ist in Aussicht. Bis dahin: Kein neuer Sachstand.</p> <p><u>zu 2:</u> Für die Errichtung des Aufzuges ist das Amt für Brücken und Stadtbahnbau zuständig.</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> <u>zu 1.</u> Der Verwaltung liegen weiterhin keine neuen Informationen über eine zukünftige Nutzung der Fläche vor.</p> <p><u>zu 2.</u> Am 11.06.2008 hat der Verkehrsausschuss eine Prioritätenliste zu Aufzugseinbauten und Bahnsteiganhebungen beschlossen. Die Aufzüge Kalk Post sind ab 2011 vorgesehen. Die Verwaltung hat die Planungen aufgenommen.</p>
-----	-------	------------	--	----------	--	--

162	7.2.3	27.06.2002	Schnelle Realisierung des Anbaues an das Bürgerzentrum Vingst, Hesshofstraße	402/3 02-8/0	<p>Die BV Kalk stimmt dem Antrag der SPD – Fraktion zu:</p> <p>Die Bezirksvertretung 8 bittet den Oberbürgermeister der Stadt Köln, die zuständigen Ausschüsse und den Rat der Stadt Köln den Auftrag zu erteilen, nach nun erfolgreich abgeschlossener Machbarkeitsstudie diese nun umzusetzen und den Bauauftrag nach Ausschreibung unverzüglich zu erteilen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig</p>	<p><u>Alter Sachstand:</u> Die Beschlussvorlage zum An- und Ausbau des Bürgerzentrums Vingst wurde im Ausschuss Bau und Verkehr am 05.12.2002 ohne Votum in den Ausschuss Soziales und Seniorenfragen und der Bezirksvertretung Kalk verwiesen. Die Beschlussfassung wurde vertagt. Im Ausschuss Soziales und Seniorenfragen am 12.12.2002 wurde die Vorlage ohne Votum in den Rat verwiesen. In dem darauf folgenden Ausschuss Finanzen wurde die Vorlage durch die Verwaltung wegen der fehlenden Beschlussfassung im Ausschuss Bau und Verkehr von der Tagesordnung abgesetzt und ist somit auch im Rat am 19.12.2002 nicht mehr behandelt worden. In der Sitzung der Bezirksvertretung Kalk am 12.12.2002 wurde die Vorlage einstimmig beschlossen. Ob die Baumaßnahme in 2003 oder später noch umgesetzt werden kann, ist auf Grund der momentanen Haushaltslage nicht abzusehen.</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Seit Januar 2007 ist das Schulverwaltungsamt für die bauliche Betreuung und Entwicklung der Einrichtung in der Heßhofstraße zuständig. Aufgrund der immer noch angespannten Haushaltslage wird der Beschluss der BV Kalk nicht weiter verfolgt. Alternativ wurde im Jahre 2007 im Rahmen eines PPP-Projektes ein Veranstaltungsraum in der GGS Lustheider Straße in Köln-Vingst durch die Firma Hochtief u.a zur Nutzung für die im Stadtteil Vingst ansässigen Vereine hergestellt.</p> <p><i>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichter-</i></p>
-----	-------	------------	--	-----------------	--	---

						<i>stattung zu diesem Beschluss erledigt.</i>
166	7.2.11	27.06.2002	Planung und Ausbau der Festwiese im Grünzug Gremberg (B-Plan 70439/06)	67	<p>Die BV Kalk stimmt dem Antrag aller Fraktionen und der Vertreterin der FDP zu:</p> <p>Die BV 8 hebt Ihren Beschluss vom 11.05.2000 unter TOP 7.2.2 (Antrag der CDU-Fraktion „Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten für den Festplatz an der Westerwaldstraße in Humboldt/Gremberg“) auf. Die BV 8 bittet die Verwaltung eine Nutzung der Festwiese auch bei regnerischem Wetter zu gewährleisten. Dazu soll das Grundstück überprüft, ein Ausbauplan erstellt und nach Sicherung der Finanzierung der Ausbau der Festwiese durchgeführt werden.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig</p>	<p>Alter Sachstand: Eine aktuelle Stellungnahme liegt nicht vor.</p> <p>Sachstand zum 30.04.2008: Die Platzfläche an der Westerwaldstraße ist im rechtsverbindlichen Bebauungsplan als "Festplatz" festgesetzt. Aus diesem Grunde kann diese Fläche nicht das ganze Jahr als Parkfläche genutzt werden. Da eine Refinanzierung der nicht unerheblichen Ausbaukosten somit nicht möglich ist, kann ein Ausbau dieser Fläche auch aufgrund der angespannten Haushaltslage der Stadt Köln in absehbarer Zeit nicht erfolgen. Bei den Ausbaukosten ist die Herstellung einer Entwässerungsleitung für die Platzfläche zu berücksichtigen, die einen Großteil der Ausbaukosten ausmacht.</p> <p><i>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</i></p>
168	7.2.2	15.07.2002	Nutzung des Ottmar-Pohl-Platzes am Kalk-Karree als Festplatz	61	<p>Die BV Kalk stimmt dem geänderten Antrag der CDU – Fraktion zu:</p> <p>Die Verwaltung wird gebeten, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit der Ottmar-Pohl-Platz am Kalk-Karree in Zukunft auch als Festplatz für verschiedenste Feste und Veranstaltungen und als Öko-/Wochenmarkt genutzt werden kann.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig</p>	<p>Alter Sachstand: Der Ottmar-Pohl-Platz kann erst hergerichtet werden und einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden, wenn die angrenzende Bebauung errichtet/ saniert ist. Zurzeit ist es nicht absehbar, wann und in welcher Form – auf der westlichen Seite – der Investor das vorgesehene Gebäude (V/VII, Kerngebietsnutzung) herrichtet und - auf der östlichen Seite. die Verwaltung über die Zukunft der denkmalgeschützten Hallen entscheidet.</p> <p>Sachstand zum 30.04.2008: Mit der Realisierung der Neubebauung wurde in der Zwischenzeit begonnen (V/VII, Kerngebietsnutzung) Über die Zu-</p>

						kunft der auf der östlichen Seite angrenzenden denkmalgeschützten Hallen hat die Verwaltung noch keine Entscheidung getroffen.
179	7.2.8	19.09.2002	Ausbau der S-Bahntrassen Deutz-Opladen und Gremberg-Kalk-Deutz	02-8 DB AG	<p>Die Bezirksvertretung Kalk stimmt dem <u>geänderten</u> gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Vertreterin der FDP <u>zu</u>:</p> <p>Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. wann mit dem ersten Erweiterungsarbeiten an der S-Bahntrasse zwischen Gottfried-Hagen-Straße und S-Bahn-Haltepunkt Trimbornstraße zu rechnen ist, 2. ob die Erweiterung zwischen Haltepunkt Trimbornstraße und Deutzer Bahnhof von der Deutschen Bahn AG noch ernsthaft verfolgt wird und welche Planvorbereitungen für den konkreten Ausbau vorliegen bzw. kurzfristig vorgelegt werden können und 3. ob kurzfristig eine genauere Planung des S-Bahn-Haltepunktes CSC/Köln/ Kalk erarbeitet und vorgelegt werden kann. <p>Ferner bittet die Bezirksvertretung Kalk die Verwaltung in 3-Monats-Abständen, über den Fortgang der Ereignisse zu berichten.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig</p>	<p><u>Alter Sachstand:</u></p> <p><u>zu 1:</u> Nach Auskunft der DB AG werden die Planungen für die o.a. Erweiterungen nach Abschluss des Ausbaus von Deutz-Tief, in Angriff genommen. Für die Erweiterung ist ein Planfeststellungsverfahren erforderlich dessen Dauer nicht präzise vorhergesagt werden kann. Im günstigsten Falle dauert ein solches Verfahren ein gutes Jahr, wenn jedoch Einsprüche erfolgen und Klagen erhoben werden, kann die Dauer des Verfahrens auch mehrere Jahre erreichen. Daher ist derzeit keine Aussage möglich, wann die Bauarbeiten begonnen werden.</p> <p><u>zu 2:</u> Die Ausbauvorstellungen werden weiter verfolgt, da mit der Zunahme des ICE-Verkehrs die beiden vorhandenen Ferngleise in diesem Bereich für den Regionalverkehr (ohne S-Bahn) und den schnellen Fernverkehr nicht ausreichen werden. Die zusätzlichen Gleise werden in jedem Falle auf der Südseite anzulegen sein, da die S-Bahn-Gleise nicht mehr verändert werden sollen. Über Details der Ausgestaltung lassen sich noch keine Aussagen machen, da noch keine Entwurfspläne gefertigt worden sind. Zu den Zeitvorstellungen s. o..</p> <p><u>zu 3:</u> Es besteht noch kein Planentwurf.</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Ein aktueller Sachstand liegt nicht vor.</p>

229	7.2.3	13.11.2003	Sozialverwaltung Dillenburg- burger Straße / Ottmar- Pohl-Platz	66	<p>Die Bezirksvertretung Kalk stimmt dem geänderten Antrag der SPD-Fraktion zu</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Lediglich vor dem Eingang Dillenburg- straße befinden sich Radstände. Wir beantragen die Aufstellung weiterer Radstände. 2. Im Parkhaus befinden sich keine aus- gewiesenen Frauenparkplätze. Wir be- antragen die Ausweisung von Frauen- parkplätzen. 3. Das Gebäude an sich ist nicht ausge- schildert. Wir beantragen die Ausschil- derung sowohl ab U-Bahn Kalker Post, als auch auf der Rolshover Straße und der Kalker Hauptstraße. <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig</p>	<p><u>Alter Sachstand:</u></p> <p><u>zu 1.</u> Im Bereich Haupteingang an der Dillen- burger Straße wurden bereits zwei Fahr- radstände (Modell Quadriga) mit Abstell- möglichkeiten für insgesamt 16 Fahrräder installiert. Die Standortprüfung – mit an- schließender Ausführung/Umsetzung – für weitere Fahrradstände im Umfeld (Seiten- und Nebeneingänge) des Sozialverwal- tungsgebäudes (Ottmar-Pohl-Platz) erfolgt zurzeit.</p> <p><u>zu 2.</u> Der Eigentümer des Parkhauses Kalk Kar- ree hat im Frühjahr 2006 nach Vorgaben der Gebäudewirtschaft 33 Frauenparkplät- ze eingerichtet.</p> <p><u>zu 3.</u> Die Zielbezeichnung „Gewerbegebiet Kalk- Süd“ wird gegen die Zielbezeichnung „Kalk-Karree“ auf allen in Frage kommen- den Wegweisern ausgetauscht. Aufgrund der angespannten Haushaltslage und der hohen Kosten für die Umbenennung ist ei- ne zeitnahe Realisierung der Maßnahme jedoch nicht möglich.</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u></p> <p><u>zu 1.</u> Die Verwaltung hat im Bereich Ottmar- Pohl-Platz drei weitere Fahrradstände in- stalliert. Insgesamt befinden sich somit im näheren Umfeld der Sozialverwaltung Dil- lensburger Straße fünf Fahrradstände.</p> <p><u>zu 2.</u> Die Berichterstattung zu diesem Punkt wurde schon mit dem letzten Halbjahres- bericht abgeschlossen.</p>
-----	-------	------------	---	----	--	--

						<p><u>zu 3.</u> Mit der Erneuerung der Hinweisbeschilderung Kalker Hauptstraße/Olpener Straße wird auch das Ziel Kalk Karree ergänzt. Mit der Realisierung ist Ende Juli zu rechnen.</p> <p><u>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</u></p>
236	7.2.4	11.03.2004	Wasseranschluss für den neuen Festplatz in Höhenberg	02-8	<p>Die Bezirksvertretung Kalk stimmt dem geänderten Antrag der SPD-Fraktion zu</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob es möglich ist, einen Anschluss für ein Standrohr außerhalb des Friedhofgeländes zu errichten – ggf. nach Abstimmung mit den entsprechenden Stellen (z.B. Wasserversorgungsunternehmen). 2. Zur Finanzierung soll auch die Beteiligung von Sponsoren geprüft werden. Hierzu ist auch zu prüfen inwieweit Eigenleistungen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten erbracht werden können. Die Verwaltung möge hierzu darstellen, wie sich die Kosten für die einzelnen Bauleistungen zusammensetzen. <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig</p>	<p><u>Alter Sachstand:</u> Da die Fläche überwiegend kostenfrei an Traditionsvereine abgetreten wird, gibt es keine Einnahmen, die eine Refinanzierung ermöglichen würden. Weder beim Amt für öffentliche Ordnung noch beim Amt für Straßen und Verkehrstechnik sind zudem Beschwerden bekannt, die sich auf die Wasserversorgung des Platzes beziehen. Kosten können nicht abgeschätzt werden; hierzu wäre u. a. die Angabe einer exakten Lage des Entnahmeortes notwendig.</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> <i>Aus Sicht der Verwaltung wurde die Berichterstattung mit dem o. g. Sachstandsbericht bereits abgeschlossen.</i></p>
238	7.2.1	22.04.2004	Gestaltung der Freifläche Rösrather Straße / Ecke Eiler Straße	66	<p>Die Bezirksvertretung Kalk stimmt dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion zu:</p> <p>Die Verwaltung und die zuständigen Ausschüsse werden gebeten, den Platz Rösrather Straße Ecke Eiler Straße in Köln-Rath/Heumar auf der Grundlage der vorliegenden Pläne der Interessengemein-</p>	<p><u>Alter Sachstand:</u> Der Eigentümer der Privatfläche hat eine Umgestaltung bisher abgelehnt. Aus personellen Gründen kann dies von hier nicht weiter verfolgt werden. Die Ausführungsplanung sowie der zukünftige Ausbau werden vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik begleitet. Ein Ausbauezeitpunkt</p>

					<p>schaft Rath/ Heumar zu gestalten. Für Planung, Ausbau und Unterhalt dieses Platzes entstehen der Stadt keine Kosten, sie werden von der Interessengemeinschaft übernommen. Ferner wird die Verwaltung gebeten, sich mit den Eigentümern der Privatfläche (ein Teil des Platzes) ins Benehmen zu setzen um zu erreichen, dass sie die Gestaltung des Platzes und die Baumpflanzungen entsprechend dem Bebauungsplan auf ihrem Grundstück mit tragen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig</p>	<p>kann von hier nicht benannt werden, da der Zeitrahmen von der IG abhängt.</p> <p>Sachstand zum 30.04.2008: Der Verwaltung liegen weiterhin keine neuen Informationen über eine zukünftige Nutzung der Fläche vor.</p>
245	7.2.1	27.05.2004	Buslinie 157	15	<p>Die Bezirksvertretung Kalk stimmt dem Antrag der SPD-Fraktion zu</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Verwaltung wird gebeten mit der KVB zu vereinbaren, zur nächsten Fahrplanänderung mit der Buslinie 157 die Merheimer Kliniken mit anzufahren. 2. Alternativ die Buslinie 157 komplett neu zur Vergabe zwecks Serviceverbesserung auszuschreiben 3. Die Bezirksvertretung Kalk ist noch im laufenden Quartal über das Verhandlungsergebnis zu unterrichten <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig</p>	<p>Alter Sachstand: Eine aktuelle Stellungnahme liegt nicht vor.</p> <p>Sachstand zum 30.04.2008: Im Rahmen der derzeitigen Diskussion zum Busnetz Rechtsrheinisch Nord wird eine Anbindung des Wohngebiets „Merheimer Gärten“ durch eine Verschenkung der Linie 157 geprüft. Es werden zurzeit Verhandlungen mit dem Investor zwecks Beteiligung an den entstehenden Mehrkosten geführt. Sollte die Linienführung geändert werden können, würde auch das Merheimer Krankenhaus durch eine bessere Erschließung und kürzere Wege profitieren.</p> <p>Eine Ausschreibung von Busleistungen der KVB ist gemäß bestehender Betrauungsregelung zwischen Stadt Köln und KVB (Ratsbeschluss vom 15.12.2005) bis Ende 2010 abgeschlossen.</p>

247	7.2.3	27.05.2004	Planung und Erschließung Bebauung „Im Oberen Bruch“, Köln-Brück	61 62	<p>Die Bezirksvertretung Kalk stimmt Punkt 2 des gemeinsamen Antrags der CDU-Fraktion und der Vertreterin der FDP zu:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Rat hatte den Bebauungsplan mit der Maßgabe beschlossen, eine Bebauung östlich des Eiskaulenweges nicht zu ermöglichen ohne im damaligen Entwurf die entsprechenden Baufelder entfernen zu lassen. Die Bezirksvertretung bittet den Stadtentwicklungsausschuss, im Rahmen eines vereinfachten Bebauungsplanverfahrens die dort noch ausgewiesenen Baufelder zu entfernen und damit Klarheit zu schaffen. 2. Die Entscheidung über den B-Plan „Im Oberen Bruch“ war mit Planungen über den Ausbau des Pohlstadtswegs und den Neubau der Kreuzung Neubrücker Ring/ Rather Kirchweg verbunden. Da die Verwaltung offensichtlich die Erschließung des Neubaugebietes zeitlich von diesen Baumaßnahmen abkoppeln will, bittet die Bezirksvertretung Rat und Verwaltung, ein zeitlich abgestimmtes Konzept zu erarbeiten, das den Ausbau des restlichen Straßensystems insbesondere der oben genannten Kreuzung sichert. Dabei ist auch eine ausreichende Beleuchtung des Pohlstadtsweg und der inneren Erschließung des Neubaugebietes sicherzustellen 3. Die Verwaltung wird um Prüfung gebeten, ob der Ausbau des Pohlstadtswegs zwischen Zufahrt Neubaugebiet und Rather Kirchweg zumindest teilweise über die im Neubaugebiet zu 	<p><u>Alter Sachstand:</u> <u>zu 1.</u> Wegen anderer wichtiger Planungsaufgaben kann die Verwaltung dieses Planänderungsverfahrens in nächster Zeit nicht durchführen, die Grundstücke südlich des Eiskaulenweges sind jedoch blockiert und werden nicht bebaut.</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> kein neuer Sachstand.</p> <p><u>Alter Sachstand:</u> <u>zu 3.</u> Der Ausbau des Pohlstadtswegs zwischen Zufahrt Neubaugebiet und Rather Kirchweg kann nicht über die im Neubaugebiet zu erhebenden Erschließungsbeiträge abgerechnet werden. Die Grundstücke im Neubaugebiet sind ausschließlich beitragspflichtig für die Anlagen, die unmittelbar den Grundstücken ihre Bebaubarkeit vermitteln. Dies ist regelmäßig die Straße, an die das Grundstück unmittelbar angrenzt.“</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Zu Ziffer 3 des Beschlusses hat die Verwaltung im letzten Halbjahresbericht abschließend berichtet (siehe oben).</p>
-----	-------	------------	---	----------	--	---

					erhebenden Erschließungsbeiträge abgerechnet werden kann.	
262	7.1.4	14.04.2005	Betreff: Stadtteilmanager/in Kalk	15	<p>Die Bezirksvertretung Kalk stimmt dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und CDU-Fraktion zu:</p> <p>„Die Verwaltung klärt die Möglichkeiten unter Einsatz von Fördermittel des Landes NW eine(n) Stadtteilmanager/in Kalk zu installieren. Hierzu wird die Verwaltung gebeten mit den Interessenvertretungen der örtlichen Unternehmer/in mit dem Ziel in Kontakt zu treten, diese an dem Vorhaben ideell und materiell zu beteiligen. Des Weiteren wird die Verwaltung gebeten, das Konzept Stadtteilmanager/in Kalk in das Konzept der zukünftigen Strukturen der Wirtschaftsförderung der Stadt Köln zu integrieren. Zu den Aufgaben des/der Stadtteilmanager/in sollte unter anderem auf jeden Fall gehören:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beratung bei der Leerstandsverwertung von Immobilien • Vermietergespräche • Begleitung bauordnungsrechtlicher Verfahren • Ermittlung von immateriellen und materiellen Ressourcen • Beschaffung von Fördergeldern • Informationstransfer zwischen den Kalker Aktiven und der Stadtverwaltung • Unterstützung bei Nutzungsänderungen von Gebäuden oder Gebäudeteilen • Moderation, Dialogförderung und Konfliktmanagement zwischen verschiedenen Interessen im Bezirk • Entwicklung eines Konzepts, das die strategische Ansiedlung und Investi- 	<p>Alter Sachstand: Es liegt keine Stellungnahme vor</p> <p>Sachstand zum 30.04.2008: Im Sinne der Beschlüsse 262 und 295 der BV 8 wurde als designierter Träger eines Stadtteil- bzw. hier eher Zentrenmanagements im Herbst 2006 - mit kontinuierlicher Beratung und Unterstützung durch die Stadt Köln, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, im Rahmen der Aufgabe „Förderung der Bezirkszentren“ - der „Standort-Gemeinschaft Kalk e. V.“ von rund 30 Kalker Geschäftsleuten, Bürgerinnen und Bürgern gegründet. Er hat sich zum Ziel gesetzt, den Geschäftsstandort Kalker Hauptstraße in seiner Funktion als kommerzielles, kommunikatives und städtebauliches Zentrum für Stadtteil und Bezirk zu stärken und beobachtbare Abwertungstendenzen (trading down, Leerstände etc.) zu stoppen bzw. umzukehren.</p> <p>Gemeinsames Ziel der Initiative und der Stadt Köln ist es, ein Handlungsprogramm zur nachhaltigen Stabilisierung und Aufwertung der Geschäftsstraße als Kernbereich des Bezirkszentrums Kalk zu entwickeln und umzusetzen. Hierzu wurde in Abstimmung zwischen Stadt Köln und dem „StandortGemeinschaft Kalk e.V.“ ein sog. „Einplanungsantrag“ formuliert und fristgerecht zum Städtebauförderprogramm 2008 angemeldet. Der Antrag sieht vor, mit Hilfe einer Anschubfinanzierung des Landes innerhalb von zwei Jahren ab Beginn der Förderung die konzeptionellen und organisatorischen Voraussetzungen zur Ausweisung eines ISG-Gebietes gemäß dem vor-</p>

				<p>tionen örtlicher Wirtschaftsunternehmen, insbesondere von mittelständischen und kleinen Betrieben, basierend auf den bezirklichen Stärken und Ressourcen beinhaltet.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vernetzung von Wirtschaftsunternehmen und den verschiedenen Institutionen, auch des kulturellen und sozialen Bereichs. • Beteiligung der Wirtschaftsunternehmen, der örtlichen Interessengemeinschaften und anderer, etwa sozialer oder kultureller Institutionen bei der Konzepterarbeitung (wer braucht welche Dienstleistung, Produktion, etc?) • Wie kann diese unternehmerisch realisiert werden?) • Unterstützung von Imagekampagnen des Zentrums Kalk sowie der Nebenzentren.“ <p>Abstimmungsergebnis: mehrheitlich gegen die Stimmen von pro Köln u. NPD bei Enthaltung von SPD u. PDS</p>	<p>gesehenem ISGG NRW zu schaffen.</p> <p>Hierzu soll insbesondere in Eigenregie sowie auch mit externer Hilfe:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eine Bestands- und Potenzialanalyse des Geschäftszentrums inklusive Kundenbefragung durchgeführt werden • Ein EDV-gestütztes, fortschreibungsfähiges Immobilienmanagementsystem aufgebaut werden • Eine professionelle Geschäftsführung der ISG Kalker Hauptstraße eingerichtet werden • Ein Standortmarketing-Konzept (kurzfristig) sowie ein Handlungskonzept ISGG (mittelfristig) erstellt werden. <p>Die Förderquote des Landes für Zentren stärkende Maßnahmen (Stadtmarketing) beträgt 60% der förderfähigen Gesamtkosten, die restlichen 40% haben die Kommune sowie der Maßnahmenträger zu übernehmen. Die Stadt Köln, Herr OB Schramma, hat der Initiative mit Schreiben vom Januar 2007, die Übernahme von 10% der förderfähigen Gesamtkosten, bereits zugesagt.</p> <p>Zur konkreten Beantragung von Fördermitteln für das Förderjahr 2008 wird der Einplanungsantrag gegenwärtig durch die Initiative in Kooperation mit der Stadt noch in Hinblick auf den Finanzierungsplan sowie das Maßnahmenprogramm konkretisiert. Insbesondere ist es förderrechtlich notwendig, dass die Bereitstellung des Eigenanteils i. H. von 30 % der förderfähigen Gesamtkosten, immerhin insgesamt 48.000,- € für zwei Jahre, durch die Mitglieder des Vereins akquiriert und vom</p>
--	--	--	--	---	--

						Verein verbindlich schriftlich zugesagt wird. Sollte dies gelingen, und das Land die Maßnahme bewilligen, ist mit einem Beginn des Projektes noch in 2008 zu rechnen.
263	7.1.5	14.04.2005	Betreff: Markierungen auf der Mannheimer Straße in Ostheim	66	Antrag der CDU-Fraktion „Die Verwaltung wird gebeten, die Markierungen auf der Mannheimer Straße sowie auf der Freiburger Straße, Ettlinger Straße, Appenweier Straße und Schwetzinger Straße vorzunehmen.“ Abstimmungsergebnis: mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen u. pro Köln bei Enthaltung der NPD	Alter Sachstand: Der überwiegende Teil der Einmündungen innerhalb der Tempo-30-Zone ist mit einer Markierung nach dem Verkehrszeichen 341 StVO (Wartelinie) markiert. Wegen der Einheitlichkeit werden die Einmündungen der im Beschluss aufgeführten Straßen ebenfalls mit einer Wartelinie markiert. Die Ausführung erfolgt nach Sicherstellung der Finanzierung. Sachstand zum 30.04.2008: Ein Ortstermin mit der Polizei wird kurzfristig erfolgen.
269	7.1.1	14.04.2005	Betreff: Neukonzeption der Jugendpflege im Stadtbezirk Kalk	51	Die Bezirksvertretung Kalk stimmt dem Antrag der SPD-Fraktion zu: Die Verwaltung wird gebeten, gemeinsam mit den betroffenen Diensten u. Trägern ein Konzept für die Neuorganisation der Jugendpflege im Stadtbezirk Kalk zu entwickeln u. den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung zuzuleiten. Dabei sind folgende Punkte ausdrücklich zu berücksichtigen: 1. Die zukünftigen Arbeitsschwerpunkte der Jugendpflege sollen präzisiert werden. 2. Die einzelnen Sozialräume im Stadtbezirk Kalk sind zu benennen. 3. Bereits bekannte u. mögliche Konfliktfelder sollen gekennzeichnet u. Lö-	Alter Sachstand: Folgende Arbeitsschwerpunkte der Jugendpflege wurden für 2005 und 2006 festgelegt: -Sicherung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit -Unterstützung bei der Entwicklung von Angeboten in den Bereichen Freizeit, Bildung und Kultur -Vertiefung der Kooperation mit dem ASD -Entwicklung von bedarfsgerechten Maßnahmen unter sozialraumanalytischen und auch thematischen Gesichtspunkten (z. B. Jugendschutz, Gender Mainstream, Integration, Gewaltprävention) -Ausbau von Kooperationsstrukturen im Bereich Jugendhilfe / Schule -Mitarbeit in Arbeitskreisen und Stadtteilkonferenzen -Sicherung des Informationsflusses zwi-

					<p>sungsansätze entwickelt werden.</p> <p>4. Die brachliegende Netzwerkarbeit ist wieder zu intensivieren. Die Vorgehensweise ist zu erläutern.</p> <p>5. Es sollen Möglichkeiten geprüft werden, wie die betroffenen Jugendlichen stärker beteiligt werden können.</p> <p>6. Der Bezirksvertretung soll über die Aktivitäten berichtet werden.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig</p>	<p>schen den Arbeitskreisen mit unterschiedlicher Thematik und der Sozialraumkoordination in Höhenberg / Vingst, Ostheim / Neubrück und dem AK Kalk</p> <p>-Förderung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen sowie Entwicklung von Formen der Bürgerbeteiligung</p> <p>-Koordination der LOS Projekte</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Seit dem 01.09.2007 ist die Jugendpflege wieder ausschließlich für den Stadtbezirk Kalk tätig. Die beschriebenen Schwerpunkte haben sich nicht verändert.</p> <p><i><u>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</u></i></p>
271	7.1.2	19.05.2005	Betreff: Musical Dome	02-8 15 61 41	<p>Antrag der CDU-Fraktion u. Änderungsantrag der SPD-Fraktion</p> <p>Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob eine Realisierung des Urban-Entertainment-Centers auf dem CFK-Gelände in Kalk in absehbarer Zeit geschehen wird. Wenn dem nicht so ist, werden die Verwaltung, der Rat der Stadt Köln sowie der Stadtentwicklungsausschuss gebeten zu prüfen, ob statt dessen der Umzug des Musical Domes auf das CFK-Gelände in Kalk stattfinden kann, oder als Ersatz für den bisherigen Musical Dome eine neue feste Musicalspielstätte für Köln auf dem CFK-Gelände in Kalk errichtet werden kann. Daneben soll auch weiterhin versucht werden, ein Kino auf dem Gelände anzusiedeln.</p> <p>Abstimmungsergebnis: mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung des Einzelvertreters Herrn</p>	<p><u>Alter Sachstand:</u> Die Verwaltung ist mit dem Grundstückseigentümer bemüht, für den Standort des Urban-Entertainment-Centers auf dem ehemaligen CFK-Gelände eine kulturwirtschaftliche Nutzung anzusiedeln. Für ein Musicaltheater ist im rechtsrheinischen Köln das Interesse am Standort ICE-Terminal in Deutz derzeit größer.</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Derzeit wird auf dem ehemaligen CFK-Gelände das Odysseum gebaut. Das Richtfest wird am 15.08.2008 stattfinden.</p> <p>Für den Standort eines Musicaltheaters wird im rechtsrheinischen Köln immer noch der am Standort ICE-Terminal in Deutz bevorzugt.</p>

					Kirchner (NPD)	
272	7.1.3	19.05.2005	Anlegung von Fuß- und Radwegen vom Neubaugebiet Madausstraße zur Olpener Straße in Köln-Merheim und zur Hermann-Ehlers Straße in Neubrück	61 66	<p>7.1.3 Antrag der CDU-Fraktion</p> <p>Die Verwaltung wird gebeten, alles Notwendige zu veranlassen, damit unverzüglich mit der Realisierung der Verbindungswege zwischen den Straßen Am Sonnenhut und Olpener Straße in Höhe der Hausnummer Olpener Straße 550 sowie zur Hermann-Ehlers Straße in Neubrück begonnen werden kann.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig</p>	<p>Alter Sachstand:</p> <p>Für die Umsetzung der Wegverbindung durch die Stadt Köln zwischen der Olpener Straße und der Straße Am Sonnenhut ist eine rechtliche Festsetzung eines öffentlichen Gehweges im Bebauungsplan erforderlich.</p> <p>Oben genannte Wegeverbindung ist im rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 74459/07, Arbeitstitel: „Madausstraße“, als Privatweg mit öffentlichem Geh- und Leitungsrecht festgesetzt. Der Wunsch der BV 8, diese Wegeverbindung möglichst bald herzustellen, ist schon im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung zur 2. Änderung des o. g. Bebauungsplans thematisiert und zuletzt in der Sitzung der Bezirksvertretung Kalk am 20.06.2006 wiederholt worden. Darauf nimmt auch der Antrag der SPD-Fraktion (TOP 7.2.5) für die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Kalk am 24.08.2006 Bezug.</p> <p>Die Verwaltung wird gemäß diesem Anliegen o. g. Wegeverbindung in dem laufenden Verfahren zur 2. Änderung des o. g. Bebauungsplans als „Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung (Geh- und Radweg)“ in den Bebauungsplanentwurf aufnehmen und voraussichtlich noch in diesem Jahr der Bezirksvertretung Kalk zum Offenlagebeschluss vorlegen.</p> <p>Die Wegverbindung zur Hermann-Ehlers-Straße ist Bestandteil des Erschließungsvertrages mit dem Investor und wird kurzfristig durch diesen hergestellt.</p>

						<p>Sachstand zum 30.04.2008: Die Verkaufsverhandlungen für die Verbindung Am Sonnenhut und Olpener Straße wurden veranlasst. Bisher liegt keine Rückmeldung vor. Der Verbindungsweg zur Hermann-Ehlers-Straße wurde in 2007 durch den Investor hergestellt.</p>
273	7.1.4	19.05.2005	Erhalt der Außenstelle der Montessorischule Ferdinandstraße in Vingst	40	<p>Antrag der SPD-Fraktion</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Das Schulverwaltungsamt soll sich mit der Leitung der Montessorischule in der Ferdinandstraße ins Benehmen setzen u. nach einer Lösung suchen, die Außenstelle im Bereich Höhenberg / Vingst unter zu bringen. 2. Bei der Standortprüfung soll der Standort im Gebäude Lustheider Straße primär untersucht werden. Dabei sollten die prognostizierten sinkenden Schülerzahlen in diesem Bereich der Stadt berücksichtigt werden. 3. Sollte eine weitere Unterbringung der Außenstelle der Montessorischule im Gebäude Lustheider Straße jedoch nicht möglich sein, möge die Verwaltung nach Alternativstandorten in Höhenberg u. Vingst suchen. Als eine mögliche Unterbringung sollte der Standort Schulstraße geprüft werden. 4. Um Planungssicherheit für die potentiellen Neuanmeldungen zu schaffen, soll die Verwaltung noch deutlich vor den Anmeldeterminen über diesen Antrag entscheiden <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig</p>	<p>Alter Sachstand: Die Nebenstelle soll in das Gebäude Schulstraße 51 (B-Trakt) verlegt werden. Das Gebäude wird derzeit hergerichtet. Der Umzug ist zum Schuljahresbeginn 2007/08 (01.08.2007) vorgesehen. Die Angelegenheit ist damit erledigt.</p> <p>Sachstand zum 30.04.2008: Der Schulbetrieb der Nebenstelle in der Schulstrasse 51 besteht seit dem Schuljahr 2007/2008.</p> <p><u>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</u></p>

274	7.1.6	19.05.2005	Wiederaufbau der Sitzbänke auf dem Merheimer Heideweg in Köln-Höhenberg	67	<p>Antrag der SPD-Fraktion und Änderungsantrag der CDU-Fraktion</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Verwaltung wird gebeten, für die Finanzierung des Aufbaus u. der Instandhaltung der Bänke im Merheimer Heideweg mit dem genannten Sponsor, Pfarrer Meurer, Verhandlungen aufzunehmen u. bei erfolg reicher Verhandlung wegen evtl. Folgekosten die Schenkungsannahme vorzubereiten 2. Die Verwaltung wird gebeten, im Falle zu ersetzender Sitzbänke bei fehlenden Finanzmitteln Kontakt zu möglichen Sponsoren aufzunehmen. <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig</p>	<p><u>Alter Sachstand:</u> Es liegt keine Stellungnahme vor</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> 1. Von Pfarrer Meurer wurden zwei alte städtische Bänke, die überholt und neu belattet wurden, auf dem Heideweg aufgestellt. Wegen des geringen Kostenrahmens war eine Schenkungsannahme nicht erforderlich.</p> <p>Eine weitere gebrauchte Bank aus staken Holzbohlen wurde von einer Familie aus der Heidesiedlung der Stadt gestiftet. Die Bank wurde vom Amt für Landschaftspflege und Grünflächen am gewünschten Standort aufgestellt.</p> <p>Es besteht weiterhin Bedarf, eine Bank und einen Papierkorb zusätzlich aufzustellen. Dies könnte aus den Mitteln des Bürgerhaushaltes realisiert werden.</p> <p>2. Ein Spendenaufruf für Bänke ist im Internet vorhanden. Im Zuge eines Sponsorings können voraussichtlich in 2008 einige neuen Bänke und Abfallbehälter aufgestellt werden.</p> <p><i><u>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</u></i></p>
-----	-------	------------	---	----	---	---

276	7.1.3	30.06.2005	Umgestaltung der Kalker Hauptstraße, Durchführung eines Pilotprojekts	66	<p>Die Bezirksvertretung Kalk <u>stimmt</u> dem gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie dem als Pkt. 5 von der FDP mündlich eingebrachten Vorschlag <u>zu</u>:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Verwaltung möge eine Einbahnstraßenregelung für die Kalker Hauptstraße aus Richtung der südöstlichen Stadtteile (Brück, Merheim, Neubrück, Rath/Heumar) in Richtung Deutz/ Polizeipräsidium prüfen. Dabei sind sowohl die Kosten der Maßnahme als auch die rechtliche Zulässigkeit eines solchen Vorhabens in die Prüfung einzubeziehen. 2. Darüber hinaus bitten wir die Verwaltung zu prüfen, ob die Einrichtung eines durchgängigen Radwegs auf der Kalker Hauptstraße für jede Fahrtrichtung mithilfe gesonderter Angebotsstreifen dauerhaft möglich ist. 3. Die Verwaltung wird um Mitteilung gebeten, ob bei Führung der Buslinie 159 nicht über die Kalker Hauptstraße, sondern beispielsweise über die Dillenburger Straße die Fahrbahnbreite der Kalker Hauptstraße verringert werden kann, um zusätzlichen Platz für andere Nutzungen (z.B. Radstreifen/-weg, Fußgänger) zu gewinnen. 4. Zur umgehenden Verbesserung der Radwegsituation bitten wir die Verwaltung ein Pilotprojekt vorzubereiten, das auf einem Teilstück der Kalker Hauptstraße Angebotsstreifen für RadfahrerInnen vorsieht und der Bezirksvertretung Kalk zur Beschlussfassung zuzu- 	<p>Alter Sachstand: Die Verwaltung hat die Vorschläge der Bezirksvertretung Kalk geprüft und kommt zu folgenden Ergebnissen:</p> <p><u>zu 1.</u> Die Umwandlung der Kalker Hauptstraße in eine Einbahnstraße hätte erhebliche Konsequenzen auf das Verkehrsgeschehen im gesamten Stadtbezirk. Die Verkehrsströme aus Deutz in Richtung der südöstlichen Stadtteile Brück, Merheim, Neubrück, Rath/Heumar würden vollständig auf andere Straßen verlagert. Mehrbelastungen z.B. auf der Dillenburger Straße, der Rolshover Straße und der Kapellenstraße wären die Folge. Die Kalker Hauptstraße ist in ihrem gesamten Verlauf zwischen der Rolshover Straße und der Kapellenstraße als Geschäftszentrum anzusehen. Gleichzeitig ist sie Wohnort für eine große Bevölkerungszahl. Das bedeutet, ein großer Teil des hier auftretenden Kfz-Verkehrs ist Quell- und Zielverkehr, der nicht verlagerbar ist. Dieser Verkehr wäre erheblich von der Neuregelung betroffen. In der Folge kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Anliegerverkehre künftig ihre Wege durch die nördlich der Kalker Hauptstraße angrenzenden Wohnquartiere (z.B. Thumbstraße, Eythstraße) suchen. Hier handelt es sich gerade um die Wohnbereiche, die im Zusammenhang mit der Rahmenplanung Kalk von unerwünschten Kfz-Verkehren befreit und zum Teil verkehrsberuhigt wurden. Da die Kalker Hauptstraße als Geschäftszentrum auch Ziel von Lieferverkehr – hier sind nicht nur die vereinzelt, großen Lkw zu</p>
-----	-------	------------	---	----	---	---

				<p>leiten.</p> <p>5. Die Verwaltung wird weiterhin gebeten zu prüfen, ob die Einführung „15 Minuten kostenfreies Parken“ möglich ist.</p> <p>Abstimmungsergebnis: mehrheitlich gegen den Einzelvertreter Herrn Kirchner (NPD)</p>	<p>berücksichtigen, sondern auch die Vielzahl von Kleintransportern -wäre zusätzlich der Lieferverkehr erheblich von der Einbahnstraßenregelung betroffen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass eine Umwandlung der Kalker Hauptstraße in eine Einbahnstraße zu einer erheblichen Zunahme der Verkehrsbelastung auf den umliegenden Straßen führen würden, die Erreichbarkeit der Kalker Hauptstraße als Wohngebiet und Geschäftszentrum verschlechtert würde und beträchtliche Umwegfahrten die Folge wären.</p> <p>Neben den geänderten Verkehrsbelastungen auf den Nebenstrecken der Kalker Hauptstraße ergeben sich weitere Probleme an den jeweiligen Knotenpunkten. Da vorgeschlagen wurde, die Einbahnstraße aus Richtung Merheim in Richtung Deutz anzulegen, bedeutet dies im Umkehrschluss, dass der gesamte Verkehr von Deutz Richtung Merheim über den Rechtsabbieger am Knoten Rolshover Straße/Kalk-Mülheimer Straße/Kalker Hauptstraße abgewickelt werden müsste. Dieser Rechtsabbieger ist bereits heute stark belastet und nicht leistungsfähig. Eine bauliche Anpassung ist aufgrund der örtlichen Gegebenheiten nicht möglich. Die Umwandlung der Kalker Hauptstraße in eine Einbahnstraße ist aus den o.a. Gründen nicht möglich.</p> <p><u>zu 2.</u></p> <p>Die Prüfung der Einrichtung eines so genannten Schutzstreifens für Radfahrer (ehemals Angebotsstreifen) hat ergeben, dass der heute vorhandene Querschnitt eine für alle Verkehrsteilnehmer sichere Lösung nicht ermöglicht. Für die Einrichtung einer Radverkehrsanlage</p>
--	--	--	--	---	---

					<p>sind größere Umbaumaßnahmen der Kalker Hauptstraße erforderlich. Hierzu wurden der Bezirksvertretung Kalk verschiedene Varianten durch Herrn Beigeordneten Streitberger vorgestellt.</p> <p><u>zu 3.</u> Bereits im Jahr 2003, im Zuge der Errichtung des Kalk Karrees, wurde seitens der Bezirksvertretung Kalk angeregt, die Buslinie 159 so zu führen, dass auch der Technologiepark Kalk angebunden wird. Die damalige Untersuchung hat ergeben, dass eine Verlegung der Buslinie von der Kalker Hauptstraße auf die Dillenburger Straße eine erhebliche Verschlechterung für alle Nutzer der Haltestellen Kalk Post und Kalk Kapelle bedeutet und dass im Gegenzug nur wenige Nutzer eine eventuell neue Haltestelle Kalk Karree oder Dillenburger Straße/ Kapellenstraße nutzen würden. Daher hat der Stadtentwicklungsausschuss in seiner Sitzung am 27.11.2003 beschlossen, die Buslinienführung vorerst beizubehalten. An den Umständen, die zu dem Untersuchungsergebnis geführt haben, hat sich seither nichts geändert, daher wird eine Verlegung der Buslinie 159 abgelehnt.</p> <p>Zu 4.) Wie unter 2. bereits erwähnt, ist es im derzeitigen Querschnitt der Kalker Hauptstraße nicht möglich, mit geringem Aufwand (nur Markierung) einen Schutzstreifen für Radfahrer anzulegen. 3 Aufgrund der gegebenen Breiten käme es zu einer Aneinanderreihung von Mindestmaßen, so dass dem Radfahrer eine Sicherheit vorgetäuscht wird, die tatsächlich nicht vorhanden ist. Durch die Enge neben dem Ladestreifen ist nicht auszuschließen, dass gerade bei größerem Lieferverkehr</p>
--	--	--	--	--	---

					<p>Fahrzeuge in den Schutzstreifen hineinragen und den Radfahrer zu Ausweichmanövern zwingen. Die Verwaltung wird in Anlehnung an die durch Herrn Beigeordneten Streitberger vorgestellten Varianten der Bezirksvertretung Kalk in einer der nächsten Sitzungen einen Pilotversuch für einen Teilabschnitt der Kalker Hauptstraße zum Beschluss vorlegen.</p> <p>Zu 5.) Die Einführung von „15-Minutenkostenfreiem-Parken“ befindet sich derzeit noch in politischer Beratung. Daher kann zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage getroffen werden, ob diese Regelung auch auf der Kalker Hauptstraße zur Anwendung kommen kann. Sobald hier eine Entscheidung vorliegt, wird die Einführung auf der Kalker Hauptstraße geprüft und das Ergebnis der Bezirksvertretung Kalk mitgeteilt.</p> <p>Mit o.a. Mitteilung der Verwaltung zur Sitzung am 20.06.2006 betrachtet die Verwaltung Punkt 1 bis 4 als erledigt.</p> <p>Die Einführung des 15 Minuten freien Parkens befindet sich noch in Prüfung.</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u></p> <p><u>zu 2. und 4.:</u> In Abstimmung mit der Bezirksvertretung Kalk und den anliegenden Geschäftsleuten läuft seit Juni 2007 ein Pilotversuch im Bereich zwischen Breuerstraße und Neuerburgstraße. Nach einem Jahr wird die Bezirksvertretung Kalk über den Verlauf des Projektes unterrichtet.</p> <p><u>zu 5.:</u> Gegenwärtig wird das interne Mitzeichnungsverfahren zur Vorlage eines Kriterienkataloges zur Einführung des 15 Min.</p>
--	--	--	--	--	---

						kostenfreien Parkens beim Verkehrsausschuss durchgeführt. Sobald dieses Verfahren abgeschlossen ist wird die Vorlage an den Verkehrsausschuss zur Beratung weitergegeben.
279	7.1.9	30.06.2005	Bereitstellung von Flächen für Sprayer im Stadtbezirk Köln Kalk (8)	69	Antrag der SPD-Fraktion „Die Verwaltung prüft, welche Flächen im Stadtbezirk Kalk (8) für legales Spraysen zur Verfügung gestellt werden können. Vordringlich sind Flächen, z.B. im Bereich der Abenteuerhalle Kalk oder zahlreicher Brücken bei der Prüfung zu berücksichtigen Abstimmungsergebnis: mehrheitlich gegen die Stimmen von CDU, pro Köln und NPD	<u>Alter Sachstand:</u> Stellungnahme vom 12.09.2005: Bedingt durch den unkontrollierbaren Nachahmer-Effekt bittet das Amt für Brücken und Stadtbahnbau um Verständnis, keine städtischen Bauwerke zum Besprühen mit Farbe freizugeben. <u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Bedingt durch den unkontrollierbaren Nachahmer-Effekt bittet das Amt für Brücken und Stadtbahnbau um Verständnis, keine städtischen Bauwerke zum Besprühen mit Farbe freizugeben. In Ausnahmefällen werden Flächen für organisierte Aktionen zur Verfügung gestellt (z.B. Haltestelle Frankfurter Straße). <i><u>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</u></i>
280	7.2.1	22.09.2005	Verwaltung in den Stadtbezirken / Zukunft Bürgeramt Kalk	10	Antrag der SPD-Fraktion und Änderungsantrag des Einzelvertreters Herrn Kirchner (NPD) sowie ein gemeinsamer Ersetzungsantrag der Fraktionen CDU und SPD „Die Bezirksvertretung Kalk begrüßt den Ratsbeschluss vom 05.07.2005 zum Thema optimierter Bürgerservice in den Stadtbezirken – Ds-Nr: 0798/005 (siehe Anlage) und bittet die Verwaltung für die Durchführung des Modellversuches zur Erprobung weiterer Einrichtungen des Bürgerservice (Punkt 4 des Beschlusses) einen oder	<u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Das Konzept „Optimierte Dienste - im Bezirk und im modernen Europa“ befindet sich zurzeit in der verwaltungsinternen Abstimmung. Inhalt dieses Konzeptes ist die Neuausrichtung des Bürgerservice in Köln. Es ist vorgesehen, dass der Rat nach Beteiligung des AVR, des FA und der Bezirksvertretungen noch vor der Sommerpause abschließend über das Konzept entscheidet. (Anmerkung: Die Bezirksvertretung wird die Beschlussvorlage am 26.08.2008 bera-

					<p>mehrere Stadtteile im Stadtbezirk Kalk auszuwählen.“</p> <p>Abstimmungsergebnis: mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der EV Herr Demirel (Die Linke.PDS) und Herr Speck (pro Köln) zugestimmt</p>	ten.)
281	7.2.2	22.09.2005	Fluglärm rund um den Flughafen Köln / Bonn	FKB	<p>Antrag der CDU-Fraktion</p> <p>„Die Piloten der Fluggesellschaften sollen angewiesen werden, beim Start möglichst präzise ihre Abflugrouten einzuhalten, um unnötigen Lärm in den darunter liegenden bewohnten Gebieten zu vermeiden.“</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen</p>	<p>Alter Sachstand: Es liegt keine Stellungnahme vor.</p> <p>Sachstand zum 30.04.2008: Bei den regelmäßigen Treffen mit den Chefpiloten der einzelnen Airlines wird von Flughafenseite ausdrücklich darauf hingewiesen, dass so bald als möglich nach dem Start die Flightmanagementsystem (FMS) zu nutzen sind. Damit wird eine möglichst genaue Einhaltung der vorgeschriebenen Routen erreicht. In Zusammenarbeit mit der DFS wird dies regelmäßig kontrolliert, insbesondere für die nächtlichen Abflüge. Auf der Homepage der Flugsicherung www.dfs.de kann sich jeder Bürger inzwischen die Radarflugspuren ansehen.</p>
282	7.1.1	27.10.2005	Seniorenberatung im Stadtbezirk Kalk	50	<p>Antrag der SPD-Fraktion bzw. gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>„Die Verwaltung wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass im Bezirksrathaus Kalk wieder regelmäßig die Seniorenberatung und die dazugehörige Sachbearbeitung in Sozialhilfeangelegenheiten für Seniorinnen und Senioren eingerichtet werden.“</p>	<p>Alter Sachstand: Es liegt keine Stellungnahme vor.</p> <p>Sachstand zum 30.04.2008: Die Seniorenberatung für den Stadtbezirk Kalk ist im Stadthaus Deutz angesiedelt.</p> <p>Im Rahmen des Konzeptes „Optimierung des Bürgerservice“ soll die Seniorenberatung wieder im Bezirksrathaus Kalk angesiedelt werden (siehe auch Sachstand zum Beschluss Nr. 280)</p>

					Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen	<i>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</i>
286	7.1.6	27.10.2005	Ausbau bzw. Schaffung von Angeboten für Jugendliche und junge Erwachsene in Merheim	51	<p>Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Verwaltung und der Rat der Stadt Köln werden aufgefordert, kurzfristig die Einrichtung weiterer Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene insbesondere mit Hilfe des vorhandenen Trägers und unter besonderer Berücksichtigung integrativer Aspekte in ihre Planung aufzunehmen. 2. Ferner soll geprüft werden, ob bauliche Maßnahmen, wie z.B. im Hinblick auf sportliches Engagement und die Errichtung eines Jugendtreffs, z.B. durch die Nutzung von bestehenden Leerständen in Ladenlokalen, in Betracht zu ziehen sind. 3. Die Bezirksvertretung Kalk ist in angemessener Frist über die getroffenen Maßnahmen zu unterrichten. <p>Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei Enthaltung des Einzelvertreters Herrn Kirchner (NPD) beschlossen</p>	<p>Alter Sachstand: Bis September 2006 führte der Fachdienst Integration und Migration (FIM) des Caritasverbandes in Merheim Winterberger Straße das Projekt „Miteinander leben“ durch. Ziel des Projektes war der Aufbau eines Netzwerkes von Institutionen und Vereinen vor Ort sowie das Initiieren von Angeboten für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Es wurde ein „Runder Tisch Jugendarbeit“ eingerichtet, an dem sich neben dem FIM die E. und Kath. Kirchengemeinde, der Bürgerverein, die Bezirkspolizei, der Internationale Bund für Sozialarbeit, sowie die Stadt Köln, Amt für Soziales – Fachstelle Wohnen, Amt für Kinder, Jugend und Familie – Allgemeiner Sozialer Dienst, Jugendpflege und Kindertagesstätte sowie die Offene Jugendeinrichtung Ostheim beteiligten. Es wurden unterschiedliche Projekte für Jugendliche durchgeführt und langfristig ein Jugendcafe in den Räumen der Ev. Kirchengemeinde eingerichtet. In der Winterberger Straße werden die Hausaufgabenhilfe und der Spielenachmittag und in der Kindertageseinrichtung die Elterngesprächskreise fortgeführt. Seit September 2006 führt der Caritasverband im Rahmen des LOS-Programms das Projekt „Merheimer engagieren sich für die Jugend“ durch. Hierbei handelt es sich um die Gewinnung von Mentoren, die Jugendliche im Übergang Schule / Beruf begleiten, unterstützen und fördern.</p> <p>Sachstand zum 30.04.2008:</p>

						Nach längerer Pause wurde der AK „Runder Tisch Jugendarbeit“ Merheim im Herbst 2007 reaktiviert. Ziel ist nach wie vor die Verbesserung der Angebote für Kinder und Jugendliche. Z. Zt. Werden mehrere Projektideen auf ihre Umsetzbarkeit geprüft.
290	7.1.7	13.12.2005	Prüfung der Einrichtung sog. Teen-Courts	51	<p>Antrag der SPD – Fraktion</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Verwaltung möge prüfen, ob die Einrichtung von sog. Teen-Courts sinnvoll ist. 2. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen und der Jugendhilfeausschuss im Rat der Stadt Köln sollen ebenfalls mit diesem Antrag befasst werden. <p>Abstimmungsergebnis: Bei Gegenstimme des Einzelvertreters Herrn Kirchner (NPD) mehrheitlich beschlossen.</p>	<p><u>Alter Sachstand:</u> Die Jugendverwaltung hat nach Prüfung die Frage, ob die Einrichtung von Teen-Courts für den Bereich Jugendgerichtshilfe im sogenannten Diversionsverfahren eine angemessene Ergänzung des bestehenden Angebotes sein könnte, verneint. Die Schulverwaltung teilte nach Prüfung mit, dass die involvierten Schulen den Sekundarstufen I und II angehören und somit in die Zuständigkeit der Bezirksregierung fallen. Diese teilte mit, dass gegen die Einrichtung von Teen-Courts keine schulrechtlichen Bedenken bestehen und aus schulfachlicher Sicht als sinnvolles Projekt angesehen werden kann. Der JHA hat den Sachverhalt in seiner Sitzung vom 22.08.2006 und der AVR in seiner Sitzung vom 16.09.2006 zur Kenntnis genommen. Beide Gremien haben der Jugendverwaltung keine weiterführenden Prüfungsaufträge erteilt. Aus Sicht der Verwaltung ist somit nicht weiter zu veranlassen.</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> <i>Aus Sicht der Verwaltung wurde die Berichterstattung mit dem o. g. Sachstandsbericht bereits abgeschlossen.</i></p>

291	7.1.9	13.12.2005	Aufbereitung des alten Kalker Friedhofs	480/Konservator	<p>Antrag der CDU – Fraktion</p> <p>Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Grabsteine auf dem alten Kalker Friedhof an der Kapellenstraße wieder so hergerichtet werden können, dass sie weiterhin erhalten bleiben.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig Herr Schneider (SPD – Fraktion) hat an der Abstimmung nicht teilgenommen</p>	<p><u>Alter Sachstand:</u> Auf dem alten Kalker Friedhof befinden sich ca. 15 historische Grabanlagen, die sich aus Grabsteinen, Inschriftentafeln und Einfassungen zusammensetzen. Grundsätzlich besteht Instandsetzungsbedarf, da ein Teil der Grabsteine (aus Weichgestein) verwittert, ein weiterer Teil (aus Hartgestein und aus mehreren Teilen bestehend) auseinandergefallen ist und weiterhin Grabeinfassungen, die aus dem Lot geraten sind. Die historischen Objekte sind grundsätzlich restaurierbar. Die Grabmale aus Weichgestein müssten von einem Fachbetrieb demontiert, zur weiteren Bearbeitung (Konservierung und Ergänzungsarbeiten) in die Werkstatt transportiert und abschließend auf neuen Fundamenten am historischen Ort wieder aufgebaut werden. Die Grabsteine aus Hartgestein können vor Ort zusammengesetzt werden, verbunden mit eventuellen kleineren Ergänzungsarbeiten. Die Einfassungen müssen mit neuen Punktfundamenten neu verlegt werden. Fehlende Teilstücke sollten im gleichen Material ergänzt werden.</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Der Sachstand ist aufgrund einer längeren Erkrankung des zuständigen Sachbearbeiters unverändert.</p>
292	7.1.10	13.12.2005	Ausschilderung der Zufahrt zur Autobahn von der Kalker Hauptstraße	66	<p>Antrag der CDU – Fraktion</p> <p>Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob nach der Neugestaltung des CFK-Geländes die Kalk-Mülheimer Straße entlastet werden kann und der Verkehr durch</p>	<p><u>Alter Sachstand:</u> Die Führung zur Autobahn auf der Kalker Hauptstraße wird - entsprechend dem Antrag der CDU-Fraktion - geändert. Der Vorgang befindet sich zurzeit in Bearbeitung. Mit der Realisierung ist Mitte Novem-</p>

					entsprechende Beschilderung um das Polizeipräsidium herum zur Autobahn geleitet werden kann. Abstimmungsergebnis: einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	ber 2006 zu rechnen. Sachstand zum 30.04.2008: Die Neubeschilderung der Kalker Hauptstraße/Olpener Straße befindet sich zurzeit in der Ausführung; d.h. momentan werden die Wegweiser und Aufstellvorrichtungen produziert. Mit der endgültigen Realisierung der Maßnahme ist Ende Juli zu rechnen.
295	7.2.0 / 7.2.7	30.03.2006	Verbesserung der städtebaulichen Situation und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Einzelhandel an der Kalker Hauptstraße im Dialog aller Beteiligten – Chancen für Kalk nutzen	15	Gemeinsamer Ersetzungsantrag zu TOP 7.2.0 und 7.2.7 der Fraktionen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen Die Verwaltung wird beauftragt, 1. zügig über die Umsetzung der Beschlüsse der BV Kalk zur Umgestaltung der Kalker Hauptstraße, insbesondere des Beschlusses vom 30.06.2005 und die Ergebnisse der durchgeführten Prüfungen zu berichten bzw. den zuständigen Gremien konkrete Beschlussvorschläge zuzuleiten. Vorrangig ist hierbei das geforderte Pilotprojekt zur Umgestaltung eines Teils der Kalker Hauptstraße voranzutreiben; 2. den Prozess zur Installation einer Immobilien- und Standortgemeinschaft zu unterstützen und voranzutreiben, indem sie den Kontakt zwischen Einzelhändlern, Gewerbetreibenden, Unternehmen und insbesondere den Immobilienbesitzern und deren Immobilienverwaltungen herstellt sowie ihr fachliches Know How zur Bildung einer ISG anbietet und den Gründungsprozess bei Bedarf moderiert und mitorganisiert,	Alter Sachstand: Es liegt keine Stellungnahme vor. Sachstand zum 30.04.2008: Es wird auf den Sachstandsbericht zum Beschluss Nr. 262 verwiesen.

					<ol style="list-style-type: none"> 3. auf der Grundlage der Mitteilung vom 13.12.2005 in Gespräche mit der zu gründenden ISG und anderen möglichen privaten Partnern einzutreten, um in Einklang mit den Förderrichtlinien des Landes noch in 2006 eine(n) StadtteilmanagerIn oder eine(n) LeerstandsmanagerIn für Kalk einsetzen zu können. Hierbei ist zu prüfen, ob dieser sich nur mit Leerstandsmanagement oder auch mit anderen Schwerpunkten beschäftigen darf und kann; 4. in Kooperation mit privaten Partnern und ggfs. unter Beteiligung von Schulen und der Fachhochschule eine Befragung der AnwohnerInnen, KundInnen, Gewerbetreibenden, EinzelhändlerInnen und ImmobilienbesitzerInnen der Kalker Hauptstraße bezüglich der Anforderungen an Infrastruktur, Gestaltung und Aufenthaltsqualität und jeweiliger Prioritätssetzung durchzuführen. Basis für einen Fragenkatalog könnte hierbei der Entwurf des Beiratsvorsitzenden des Förderkreis rrh. Köln, Herrn Lob, sein; 5. der Bezirksvertretung Kalk unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus anderen Stadtbezirken Kölns sowie ähnlich strukturierten Zentren in anderen Kommunen weitere Vorschläge zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Einzelhandel im Bezirkszentrum Kalk zu machen. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Städtebau, Infrastruktur und Wirtschaftsförderung; 6. zur Verbesserung des Dialogs aller Beteiligten und zur Vorbereitung und Umsetzung weiterer Maßnahmen zur 	
--	--	--	--	--	---	--

				<p>Verbesserung der städtebaulichen und verkehrlichen Situation und der Rahmenbedingungen für den Einzelhandel unter Federführung des Bürgeramtes Kalk einen Gesprächskreis einzurichten, der regelmäßig tagt und die Bezirksvertretung und die zuständigen Fachausschüsse beraten soll. Dem Gesprächskreis sollen u. a. angehören:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vertreter der Verwaltung (Bürgeramt Kalk, Fachverwaltung, z. B. Wirtschaftsdezernat, Stadtentwicklung, Amt für Straßen- und Verkehrstechnik) • der/die StadtteilmanagerIn oder LeerstandsmanagerIn • jeweils 2 Mitglieder auf Vorschlag jeder Fraktion in der Bezirksvertretung Kalk • jeweils 1 Mitglied auf Vorschlag jeder im Stadtentwicklungsausschuss stimmberechtigten Fraktion • mehrere Vertreter der zu gründenden ISG (möglichst aus allen Bereichen) • ggf. weitere VertreterInnen aus dem Bereich Einzelhandel • Bürgerverein Kalk <p>Aufgabe des Gesprächskreises soll es auch sein, in Abstimmung mit den Betroffenen kurzfristige wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Situation für den Einzelhandel zu erarbeiten.</p> <p>Abstimmungsergebnis einstimmig beschlossen</p>	
--	--	--	--	---	--

296	7.2.1	30.03.2006	Wohnungsbauprogramm der Stadt Köln und die Berücksichtigung der Belange des Stadtbezirks Kalk	15 56	<p>Änderungsantrag der CDU - Fraktion</p> <p>1.) Die Verwaltung wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass im Bereich des Stadtbezirks Kalk eine angemessene Anzahl von Wohnungen für einkommensschwächere Menschen angeboten wird. Dies soll insbesondere durch Sanierung und Neubauten in den bestehenden Strukturen/Viertel geschehen. Und zusätzliche Arrondierungen im Bereich „Millionenacker“ in Ostheim und Ortsmittelpunkt Merheim.</p> <p>2.) Die Verwaltung wird gebeten, sicherzustellen, dass eine sich aus der abzusehenden demographischen Entwicklung in unserem Stadtbezirk hinreichende Anzahl von Wohnungen im Bereich des „Generationsübergreifenden Wohnens“ und anderer neuer Wohnformen geschaffen wird. Dies soll in enger Kooperation mit den einschlägigen Trägern geschehen.</p> <p>3.) Der BV Kalk ist zeitnah darüber zu berichten, in welchen Gebieten im Stadtbezirk Kalk die Verwaltung Möglichkeiten für die Umsetzung des Wohnungsprogramms sieht.</p> <p>Abstimmungsergebnis einstimmig beschlossen</p>	<p><u>Alter Sachstand:</u> Es liegt keine Stellungnahme vor.</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> <u>zu 1:</u> Die Verwaltung hat vom Rat unter anderem den Auftrag, jährlich 1.000 mietpreisgünstige Wohnungen stadtweit zu fördern. Sie ist bemüht, diesen Auftrag zahlenmäßig zu erfüllen. Auf diese Weise sind im Stadtbezirk Kalk in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von mietpreisgünstigen Wohnungen mit guter Qualität gefördert worden. Auch geförderte Modernisierungen sind zur Aufwertung des Bestandes erfolgt. Weitere Förderungen sind nach sorgfältiger Standortprüfung und Abstimmung mit den Investoren über den Wohnungsmix beabsichtigt.</p> <p>Für die konkret angesprochene Potenzialfläche am Langendahlweg in Ostheim (Millionenacker) laufen derzeit die Vorbereitungen für die Aufnahme eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens. Der Vorhabenträger prüft dabei u.a., ob auf der Fläche Potenziale für geförderten Wohnungsbau bestehen. Da es sich nach der erfolgten Übertragung des Erbbaurechtes um ein ausschließlich privates Vorhaben handelt, sind die diesbezüglichen Einflussmöglichkeiten der Stadt gering.</p> <p>Für die ebenfalls genannte Brachfläche am Kieskaulerweg in Merheim (Ortsmittelpunkt Merheim) sind die Nutzungsabsichten schon soweit konkretisiert, dass dort freifinanzierter Wohnungsbau u. a. in senioren-gerechter Form (mit und ohne Betreuung) und ggf. Mehrgenerationenwohnformen</p>
-----	-------	------------	---	----------	--	---

					<p>geplant sind.</p> <p><u>zu 2:</u> Unstrittig ist, dass der Bedarf an altengerechten und generationsübergreifenden Wohnformen stadtweit steigen wird. Auf diese Entwicklung hat die Stadt mit der Auflage ihres Förderkonzeptes Mehrgenerationenwohnen in 2006 reagiert. Durch die Bezuschussung von ausgewählten Pilotmaßnahmen soll diese Wohnform bekanntgemacht und dafür in der Wohnungswirtschaft geworben werden.</p> <p>Im Stadtbezirk Kalk wurde in dem Neubaugebiet Nürnberger Straße in Höhenberg ein städtisches Grundstück für ein Mehrgenerationenwohnprojekt mit ca. 15 – 20 Wohneinheiten ausgewählt. Parallel zur Anpassung des Planungsrechts läuft derzeit die Gruppenfindungsphase für den künftigen Bewohnerverein. Über die Erfahrungen mit diesem Pilotprojekt wird die Verwaltung der Bezirksvertretung Kalk berichten.</p> <p>Darüber hinaus wird grundsätzlich im Rahmen von Beratungsgesprächen mit Investoren versucht, für generationsübergreifendes Wohnen zu werben. Generationsübergreifende und altengerechte Wohnformen werden grundsätzlich bei größeren Wohnanlagen, die mit Wohnungsbaufördermitteln gefördert werden sollen, zwecks besserer Durchmischung zwingend gefordert.</p> <p><u>zu 3:</u> Entsprechend dem der Bezirksvertretung Kalk vorgelegten Wohnungsbauprogramm 2015 sind derzeit - ohne Berücksichtigung</p>
--	--	--	--	--	--

					<p>der in der Realisierung befindlichen Bau-gebiete wie z. B. ehemaliges CFK-Gelände oder Ma-daus-Gelände - Wohnungsbauentwick-lungsflächen für rd. 400 Wohneinheiten er-fasst. Die Fläche Langendahlweg ist darin noch nicht enthalten. Die Erfassung der Potenzialflächen wird im Rahmen des Wohnungsbauprogramms 2015 laufend fortgeschrieben, sobald sich die Planungs-stände hinreichend konkretisiert haben.</p> <p>Neben den größeren Bauflächen zählt auch weiterhin die Schließung der Baulü-cken und Mindernutzungen im Stadtgebiet zu den Aufgaben des Wohnungsbaupro-gramms. Im Stadtbezirk Kalk gibt es noch rd. 210 offene Baulücken/Mindernutzungen mit einem Potenzial von rd. 1.800 Wohn-einheiten. Im Rahmen der verfügbaren Personalkapazitäten arbeitet die Verwal-tung an der Aktivierung dieses Wohnbau-potenzials.</p> <p>Über die Fortschreibung des Wohnungs-bauprogramms wird die Bezirksvertretung Kalk zeitnah unterrichtet.</p>
299		30.03.2006	Autobahnhinweisschil-der in Köln-Brück, -Merheim und -Rath/Heumar	66	<p>Antrag der CDU – Fraktion</p> <p>Die Verwaltung wird gebeten, sich mit dem Landesbetrieb Straßenbau erneut in Ver-bindung zu setzen und darauf hinzuwirken, dass die Autobahnhinweisschilder in Köln-Brück, Merheim und Rath/Heumar durch neue ersetzt werden</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig be-schlossen</p>
					<p>Alter Sachstand: Zur Autobahnbeschilderung Köln-Brück, siehe auch TOP 7.2.2, 15.07.2004. Bzgl. der Neubeschilderung der An-schlussstellen Köln-Merheim und Köln-Rath/Heumar wird nochmals Kontakt mit den Landesbetrieben Straßen NW aufge-nommen und ggf. die Beschilderung über-plant.</p> <p>Sachstand zum 30.04.2008: Die Anschlussstelle Köln-Merheim wurde im Mai 2007 mit neuen Wegweisern aus-</p>

						gestattet. Sonst ist der Sachstand unverändert.
300	7.1.1	19.05.2006	Zweirichtungsverkehr für Fahrradfahrer in Köln-Höhenberg	66	<p>Die Bezirksvertretung Kalk stimmt dem Antrag der CDU – Fraktion zu:</p> <p>Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, in welchen Einbahnstraßen im Bereich der Tempo 30-Zone zwischen Germaniastraße, Stadtautobahn, Frankfurter Straße, Fuldaer Straße, und Olpener Straße für Fahrräder das Fahren gegen die Fahrrichtung erlaubt werden kann.</p> <p>Abstimmungsergebnis: gegen die Stimme des Einzelvertreters Herrn Kirchner (NPD) mehrheitlich zugestimmt</p>	<p><u>Alter Sachstand:</u> Entsprechend der geänderten Vorgehensweise zur Einführung von Tempo 30-Zonen (s. Mitteilung zur Sitzung am 21.09.2006) werden in erster Priorität die neuen Zonen eingerichtet. Die Bearbeitung der Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr in den bestehenden Tempo 30-Zonen erfolgt im Rahmen der Optimierung der Zonen gegebenenfalls erst nach der Umsetzung aller Tempo 30-Zonen. So werden die Maßnahmen, die in der Prioritätenliste für die Öffnung von Einbahnstraßen in den bestehenden Tempo 30-Zonen u. a. auch in Köln-Höhenberg enthalten sind, abgearbeitet. Zurzeit kann keine Aussage bezüglich des Umsetzungstermins gemacht werden.</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Kein neuer Sachstand.</p>
302	7.2.2	19.05.2006	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Lärmschutzmaßnahmen an der Merheimer Heide und am Gremberger Wäldchen	66	<p>Die Verwaltung wird gebeten, von den zuständigen Landes- bzw. Bundesbehörden in Erfahrung zu bringen, ob die an die Wohngebiete und die Naherholungsgebiete Gremberger Wäldchen und Merheimer Heide angrenzenden Bundesautobahnen mit Lärmschutzmaßnahmen (Lärmschutzwände, Lärmschutzwälle o.ä.) ausgestattet werden können. Darüber hinaus bitten wir die Verwaltung zu prüfen, ob es Fördermittel für Maßnahmen gibt, um Wohn- und Naherholungsgebiete, Landschafts- und Naturschutzgebiete, die in besonderem Maße von Lärm betroffen sind, zu schützen.</p>	<p><u>Alter Sachstand:</u> Es liegt keine Stellungnahme vor.</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Es liegt keine Stellungnahme vor.</p>

					Abstimmungsergebnis: mit den Stimmen der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, sowie des Einzelvertreters Herrn Demirel (Die Linke.Köln) bei Enthaltung der CDU – Fraktion mehrheitlich zu	
303	7.2.3	19.05.2006	Antrag der CDU – Fraktion Rechts stehen und links gehen auf Rolltreppen	69	Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die städtischen Rolltreppen mit schriftlichen oder bildlichen Hinweisschildern ausgestattet werden können, die dazu auffordern auf einer Rolltreppe rechts zu stehen, um das Vorbeigehen auf der linken Seite zu ermöglichen. Die Verwaltung wird zusätzlich gebeten, sich mit der KVB in Verbindung zu setzen, damit entsprechendes für Rolltreppen der KVB geprüft werden kann. Abstimmungsergebnis: gegen die Stimme der Einzelvertreterin Frau Wirtz (FDP) bei Enthaltung des Einzelvertreters Herrn Kirchner mehrheitlich zugestimmt	Alter Sachstand: Es liegt keine Stellungnahme vor. Sachstand zum 30.04.2008: Die KVB wurde hierzu um Stellungnahme gebeten und prüft den Einsatz einer zusätzlichen Beschilderung
307	7.2.3	20.06.2006	Antrag der CDU - Fraktion Verkehrsführung zum Flughafen Köln / Bonn	66	Die Bezirksvertretung Kalk bittet die Verwaltung, sich mit den zuständigen Stellen in Verbindung zu setzen und zu erwirken, dass das an der Autobahnausfahrt Bensberg (Ausfahrt 19) stehende Hinweisschild, die Autobahn zu verlassen, um den Flughafen Köln / Bonn zu erreichen, entfernt wird. Der Verkehr soll zukünftig über die neu ausgebaute Querverbindung der A 3 / A 4 und die Flughafenautobahn zum Flughafen geleitet werden. Abstimmungsergebnis: gegen die Stimme des Einzelvertreters Herrn Kirchner (NPD) mehrheitlich beschlossen	Alter Sachstand: Bereits in 2005 wurde das Nah- und Fernzielverzeichnis der A4 u. a. auch an der Anschlussstelle Bensberg mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW neu abgestimmt. Es wurde festgelegt, dass das Ziel Flughafen Köln/Bonn, als Ausfahrtsziel hier zukünftig nicht mehr ausgewiesen wird, sodass der Flughafen weitestgehend über die Autobahn angefahren werden soll. Das städtische Netz wird somit vom Zielverkehr Flughafen entlastet. Die Entfernung der Zielbezeichnung Flughafen Köln/Bonn erfolgt nach Aussage des Landesbetriebes Straßenbau NRW bis voraussichtlich Mitte 2007.

						<p>Sachstand zum 30.04.2008: Das Ziel Flughafen wurde zwischenzeitlich als Ausfahrtsziel an der Anschlussstelle Bensberg entfernt. Die Führung erfolgt nun ausschließlich über die Autobahn, Autobahnkreuz Köln-Ost und Autobahnkreuz Flughafen zum Flughafenareal.</p> <p><i>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</i></p>
309	7.2.6	20.06.2006	<p>Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen</p> <p>Initiative für Kinder in bedrohlichen Situationen</p>	51	<p>Der Jugendhilfeausschuss wird gebeten zu prüfen, ob ein Aktionsprogramm zum Schutz und zur schnellen Hilfe für Kinder in bedrohlichen Situationen in Köln zu realisieren ist. Dieses soll an die Programme anderer Kommunen, wie z.B. der „Guten Fee“ in Stuttgart, angelehnt sein. Es wird darüber hinaus gebeten, die Möglichkeit eines zeitnahen Modellversuchs in Kalk zu prüfen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: bei Enthaltung des E</p>	<p>Alter Sachstand: Stellungnahme zur Sitzung vom 21.09.2006:</p> <p>Dem JHA wurde die Stellungnahme der Fachverwaltung am 22.08.2006 zur Kenntnis gegeben. Aus Sicht der Jugendverwaltung sollte dieses Projekt ähnlich wie in Stuttgart modellhaft in einem Stadtbezirk (z.B. Kalk) durchgeführt werden. In die Umsetzung sollten verlässliche und seriöse Partner wie Vorsitzende von Interessengemeinschaften und den Innungen eingebunden werden.</p> <p>Stellungnahme der Fachverwaltung und Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift über die Sitzung des JHA wurde der BV zur o.a. Sitzung vorgelegt.</p> <p>Sachstand zum 30.04.2008: Auf Grund mangelnder Kooperationspartner sieht die Verwaltung zurzeit keine Möglichkeit der Umsetzung.</p>
310	7.2.8	20.06.2006	<p>Ersetzungsantrag der Fraktionen CDU, SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:</p> <p>Lärmschutzmaßnahmen</p>	FKB 57	<p>Die Bezirksvertretung Kalk bittet die Verwaltung, sich mit der Flughafenleitung in Verbindung setzen und die angebotenen Fluglärmmesswagen im Bereich des Schulzentrums und des Millionenackers in Ostheim am Tag als auch in der Nacht</p>	<p>Alter Sachstand: Die FKB (Flughafen Köln/Bonn GmbH) - Ansprechpartner ist Herr Partsch Tel.-Nr.: 02203/ 404030 - beabsichtigt, am Schulzentrum Ostheim den Fluglärmmesswagen noch in diesem Monat (Anm.: 01/07) zu</p>

		Köln-Ostheim-Süd	<p>einsetzen. Ferner sollen Messungen in Rath/ Heumar im Bereich der Erlöserkirchstraße in der Nacht die Einzelschallereignisse der startenden Flugzeuge überprüfen. An dieser Stelle ist der Lärmmesswagen nur dann einzusetzen, wenn auf Grund der meteorologischen Bedingungen der Abflug über Rath Heumar erfolgt.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p> <p>Herr Schade (CDU – Fraktion) sowie Einzelvertreter Herr Kirchner (NPD) nehmen an der Abstimmung zu TOP 7.2.8 nicht teil</p>	<p>positionieren und eine Fluglärmdauermessung (Dauer: ca. 3 Wochen) durchzuführen.</p> <p>Herr Partsch hat bereits Kontakt mit dem zuständigen Hausmeister hinsichtlich der logistischen und technischen Details aufgenommen.</p> <p>Über die Ergebnisse der Messung wird die Bezirksvertretung dann nach Auswertung zeitnah informiert.</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Die Messung in Ostheim wurde in der Zeit von 25.01.2007 – 14.02.2007 durchgeführt und die Ergebnisse an die Stadt Köln, Herrn Gottlebe, Umwelt und Verbraucherschutzamt weitergeleitet. Für den Bereich Rath Heumar liegen die Ergebnisse der Dauermessstelle 2 vor.</p> <p><u>Fluglärmmessung in Köln-Ostheim vom 25.01.2007 – 14.02.2007:</u></p> <p><u>1. Ort und Zeit</u> Die Messung erfolgte mit dem Messwagen im Zeitraum vom 25.01.07 bis zum 14.02.07 in Köln-Ostheim (Schulzentrum).</p> <p><u>2. Ausgangslage</u> Der Standort kann durch Luftverkehr überflogen werden, der auf den Bahnen 14 landet. Als übliche Flughöhe sind ca. 1600 ft (entspricht ca. 530 m) zu erwarten. Köln-Ostheim liegt unter dem Instrumentenlandeanflug auf die Bahn 14 L. Weiterhin besteht die Möglichkeit, dass Starts von den Bahnen 32 – mit Abflugroute NOR – Ostheim tangieren.</p>
--	--	------------------	---	--

					<p>Am oben genannten Standort wurden mit dem Messwagen alle Lärmereignisse, die in der Tages- und Nachtzeit mehr als 66 dB(A) erreichten, registriert und aufgezeichnet. Nach erfolgter Auswertung waren insgesamt 570 Bewegungen messtechnisch von 3222 relevanten Flugbewegungen zu erkennen und zuzuordnen. Die Messwerte lagen dabei zwischen 66,0 – 85,4 dB(A) am Tage und 66,0 – 79,3 dB(A) in der Nacht.</p> <p>Während des Messzeitraumes wurde überwiegend in nördliche Richtung gestartet. Dies hatte zur Folge, dass in diesem Zeitraum 57,6 % aller Starts über die Bahnen 32 und 25,3 % aller Landungen über die Bahnen 14 abgewickelt wurden. Während der Messperiode wurden 332 landende und 238 startende Maschinen messtechnisch erfasst. Von den 570 Flügen, die innerhalb der Messzeit registriert wurden, lagen 280 Flüge in der Zeit zwischen 22:00 und 06:00 Uhr.</p> <p><u>3. Pegelhäufigkeit</u> Von den insgesamt 290 Ereignissen, die am Tage gemessen wurden, lagen 13 über 75 dB(A). Der größte Lärmwert mit 85,4 dB(A) wurde von einer startenden Antonow 124 verursacht. In der Nachtzeit wurden vier Ereignisse über 75 dB(A) gemessen, wobei es sich jeweils um Maschinen vom Typ MD 11 handelte.</p> <p><u>4. Leq nach Fluglärmgesetz</u> Der äquivalente Dauerschallpegel nach Fluglärmgesetz lag an der Messstelle für die einzelnen Messtage zwischen 41,0 dB(A) und 54,5 dB(A), der Pegel über den gesamten Messzeitraum lag bei 50,0dB</p>
--	--	--	--	--	--

					<p>(A). Der Dauerschallpegel der übrigen Fremdgeräusche, Verkehrslärm etc. lag im gleichen Zeitraum bei 54,2dB(A).</p> <p>5. Ergebnis Die Betriebsrichtungsverteilung im Messzeitraum entsprach nicht der eines durchschnittlichen Jahres. Der Anteil der Landungen auf den Bahnen 14 lag bei lediglich 25 %, das sind ca. 25 % weniger als in einem durchschnittlichen Jahr. Dafür lag der Anteil der Starts in Richtung Norden (auf den Bahnen 32) um ca. 25 % darüber.</p> <p>Insgesamt wurden im Nachtzeitraum (von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr) vier Lärmereignisse gemessen, die den Wert von 75 dB(A) überschritten. Diese Stichprobenmessung zugrunde gelegt, wurde nach Auskunft der FKB das Kriterium zur Förderung von passiven Schallschutzmaßnahmen in Köln-Ostheim nicht erfüllt. (Lärmereignis > 75 dB(A) – außen - im Regelfall mehr als 6 mal pro Nacht)</p> <p><i><u>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</u></i></p>
311	7.2.3	24.08.2006	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Hundekotbeutel im Stadtbezirk	67	<p>Die Verwaltung wird gebeten, im Rahmen ihrer Testphase ebenfalls in dem neu zu schaffenden Bürgerpark auf dem ehemaligen CFK-Gelände Hundekottütenautomaten aufzustellen. Dabei ist es erwünscht, die Mithilfe der örtlich ansässigen Unternehmen (z.B. die Köln Arcaden), des Bürgervereins und der zukünftigen Anlieger zu erwirken. Diese könnte etwa in einem Sponsoring von Hundekottütenautomaten bestehen.</p> <p>Alter Sachstand: Grundsätzlich ist die Testphase von Automaten für Hundekotbeutel, die durch die AWB durchgeführt wird, abzuwarten. Erst nach Ablauf dieses Versuchs und bei positivem Auswertungsergebnis wäre zu klären, ob auch in Grünanlagen Kottütenspender aufgestellt und wie diese finanziert werden können.</p> <p>Sachstand zum 30.04.2008:</p>

					Abstimmungsergebnis: Mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Einzelvertreterin Frau Wirtz (FDP) mehrheitlich zugestimmt	Kein neuer Sachstand.
312	7.2.4	24.08.2006	Die BV Kalk stimmt dem Antrag der SPD - Fraktion zu: Stadtraummanager in Köln und in Kalk	VI	Die BV Kalk begrüßt grundsätzlich die Einrichtung der Stelle eines Stadtraummanagers. Bei Erarbeitung des o. g. Zeit/ Maßnahmenplanes soll auch der Stadtbezirk Kalk angemessene Berücksichtigung finden. Dabei soll auch bedacht werden, inwiefern Anregungen der bestehenden Organisationsformen, z.B. ISG Kalk, Bürgerstiftung oder der Bürgervereine aufgenommen werden können. Abstimmungsergebnis: mit den Stimmen der Fraktionen CDU und SPD, und der Einzelvertreterin Frau Wirtz (FDP) mehrheitlich zugestimmt	<u>Alter Sachstand:</u> Es liegt keine Stellungnahme vor. <u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Die Einrichtung der Stelle Stadtraummanagement ist zunächst befristet für zwei Jahre erfolgt. Der Stadtentwicklungsausschuss hat für diesen Zeitraum einen konkreten Handlungsrahmen beschlossen (Erstellung des Planerhandbuchs und fünf räumliche Einzelprojekte). Frau Wagner hat im Januar 2008 im Stadtentwicklungsausschuss einen Zwischenbericht vorgelegt. Frau Wagner befindet sich seit Februar 2008 in Elternzeit und wird voraussichtlich im Spätsommer ihre Dienstgeschäfte wieder aufnehmen.
313	7.2.5	24.08.2006	Antrag der SPD - Fraktion Wegeverbindung Am Sonnenhut und Olpener Straße	61	Die Verwaltung wird beauftragt, nach Schaffung der Rechtsgrundlage die benötigten Flächen soweit notwendig zu erwerben und die Wegeverbindung erschließungsbeitragspflichtig herzustellen. Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt	<u>Alter Sachstand:</u> Der Stadtentwicklungsausschuss hat am 18.01.2007 die Offenlage des Bebauungsplanentwurfes Madausstraße/2. Änderung beschlossen. In diesem Entwurf ist die öffentliche Wegeverbindung, wie von der Bezirksvertretung Kalk gewünscht, vorgesehen. Erst nach Rechtskraft des Bebauungsplanes kann mit dem Grundstückseigentümer über den Ankauf der Wegefläche verhandelt werden. <u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Die 2. Änderung des Bebauungsplanes, in dem die öffentliche Wegeverbindung, wie von der Bezirksvertretung Kalk gewünscht, vorgesehen ist, ist seit dem 27.06.2007

						rechtskräftig. Derzeit ist die Liegenschaftsverwaltung dabei, die erforderlichen Grundstücke zu erwerben.
314	7.2.6	24.08.2006	Antrag der CDU – Fraktion Bebauungsplan im Bereich Wasserblech in Köln - Rath/Heumar Ersetzungsantrag der Fraktionen CDU und SPD Nummer 3 offen, sonst erledigt	61	<p>1. Die Bezirksvertretung Kalk bittet die Verwaltung, bei Bauanträgen im o. a. Bereich die Spielräume des Bebauungsplanes so eng wie möglich auszulegen, um das vorhandene Siedlungsbild so einheitlich wie möglich zu bewahren.</p> <p>Abstimmungsergebnis: gegen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich zugestimmt</p> <p>2. Weiter wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, durch welche Maßnahmen im Rahmen des bestehenden Bebauungsplanes (z. B. durch Festlegung der Geschossflächenzahl, der Traufhöhen, der Dachneigungswinkel, der Anzahl der Wohneinheiten) der Charakter der Siedlung erhalten werden kann.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p> <p>3. Die Verwaltung wird gebeten, zu gegebener Zeit – spätestens jedoch nach Ablauf von drei Jahren - der Bezirksvertretung Köln-Kalk über die gesammelten Erfahrungen zu berichten.</p> <p>Abstimmungsergebnis: bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich zugestimmt</p> <p>Herr Bezirksvorsteher Dohm (CDU) hat an</p>	<p>Alter Sachstand: Der bestehende Bebauungsplan Nr. 77439/05 –Arbeitstitel: Im Wasserblech in Köln-Rath/Heumar– ist seit dem 16.07.1973 rechtsverbindlich. Er setzt ein "Allgemeines Wohngebiet" (WA) mit offener Bauweise fest. Die Ausnutzung der Baugrundstücke wird durch die festgesetzte Geschossigkeit (II) in Verbindung mit den Baugrenzen und der Grundflächenzahl (GRZ) 0,2 hinreichend abgesichert.</p> <p>Diese Festsetzungen sind relativ eng, lassen aber gewollte Spielräume in der städtebaulichen Entwicklung zu. Von einem einheitlichen Siedlungscharakter im strengen Sinne kann nicht gesprochen werden. Es gibt sowohl ein- als auch zweigeschossige Gebäude mit unterschiedlichen Grund- und Dachformen. Aber gerade dieses entspricht dem Charakter eines Wohngebietes in offener Bauweise ohne strenge Einengung. Eine strukturelle und behutsame Nachverdichtung im Rahmen der engen Baufelder, die bislang mehr oder weniger intensiv ausgenutzt wurden, ist durchaus erwünscht, da das Baugebiet mitten im Ortsteil Rath nicht weit von der Endhaltestelle der KVB-Linie 9 liegt.</p> <p>Da ein einheitlicher Siedlungscharakter im engeren Sinne nicht gegeben ist, ist eine Modifizierung des Bebauungsplanes, durch gestalterische Festsetzungen von Dachneigungswinkel und Traufhöhen,</p>

					<p>der gesamten Abstimmung zu TOP 7.2.6 nicht teilgenommen!</p>	<p>nicht sinnvoll. Auch die Festsetzung einer Geschossflächenzahl (GFZ) ist nicht notwendig, weil die städtebauliche Aussage bereits aus der Kombination der Geschossigkeit, der GRZ und den durch Baugrenzen umfahrenden Bauflächen festliegt.</p> <p>Die Verwaltung wird auch weiterhin auf die Einhaltung der Festsetzungen des Bebauungsplanes achten, um bauliche Auswüchse zu verhindern.</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008 zum dritten Beschluss:</u> Die Verwaltung wird Mitte 2009 einen Bericht über die gesammelten Erfahrungen vorlegen</p>
317	7.2.3	21.09.2006	Antrag der SPD – Fraktion Nutzung der Fläche neben der DB-Trasse an der Germaniastraße in Köln Höhenberg	23	<p>1. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Wiese zwischen der Germaniastraße und den Gleisen der DB in Köln-Höhenberg in eine Parkplatzfläche für die Besucherinnen und Besucher des Höhenbergbades umgewandelt werden kann</p> <p>Abstimmungsergebnis: bei Gegenstimmen v</p> <p>2. Im Bereich vor dem Bad ist zu prüfen, ob die bestehende Haltemöglichkeit für Busse verbessert werden kann.</p> <p>Abstimmungsergebnis: bei Enthaltung von Einzelvertreterin Frau Sobania (pro Köln) einstimmig beschlossen</p> <p>3. Die zuständigen Ausschüsse im Rat der Stadt Köln mögen sich mit der Sache beschäftigen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: bei Enthaltung von</p>	<p><u>Alter Sachstand:</u> Für die in der BV angesprochene Grünfläche östlich der DB-Trasse besteht der Bebauungsplan Nr. 71459/03. Nach den Festsetzungen des B-Planes kann das Grundstück einer baulichen Nutzung (MI) zugeführt werden. Angesichts der städt. Haushaltssituation ist eine Vermarktung des Grundbesitzes auf der Grundlage des B-Planes beabsichtigt. Dies schließt eine Mindernutzung als Pkw-Parkplatz aus</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Die o. g. Stellungnahme wird wie folgt ergänzt: Die durchgeführte Modernisierung des Höhenberger Bades erfordert baurechtlich keine zusätzlichen Stellplätze für Besucher des Bades. Die Bäder GmbH als Betreiber des Bades hält zusätzliche Parkplätze für das Bad nicht für erforderlich und hat entsprechend auch keinen Kauf- oder Mietantrag für die angesprochene Fläche an das</p>

					<p>Einzelvertreterin Frau Sobania (pro Köln) einstimmig beschlossen</p> <p>Herr Bezirksvorsteher Dohm lässt über den gesamten Antrag abstimmen:</p> <p>Abstimmungsergebnis: gegen den Einzelvertreter Herrn Kirchner sowie bei Enthaltung von Frau Sobania (pro Köln) und Frau Diemer (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) mehrheitlich beschlossen</p>	<p>Amt für Liegenschaften gerichtet. Sollte kurzfristig ein solcher Antrag der Bäder GmbH noch bei der Liegenschaftsverwaltung eingehen, würde eine Entscheidung des Liegenschaftsausschusses herbeigeführt, ob das städtische Grundstück entweder als Parkplatzfläche für die Badnutzer oder - auf der Grundlage des rechtsverbindlichen Bebauungsplans - zur Bebauung mit einem Wohn-/Bürogebäude genutzt werden soll.</p> <p>Sollte in absehbarer Zeit kein Kauf-/Mietantrag der Bäder GmbH eingehen, wird die Liegenschaftsverwaltung das Ziel verfolgen, das Grundstück entsprechend der Bebauungsplanausweisung als Baugrundstück zu vermarkten.</p>
318	7.2.4	21.09.2006	Antrag der SPD – Fraktion Ausstattung mit Sitzbänken im Stadtteil Kalk, insbesondere auf der Kalker Hauptstraße	66 67	<p>Mit Hilfe von Sponsoren ist zu überlegen, wo im o. g. Bereich sowie im Stadtgarten das Aufstellen von neuen Bänken sinnvoll ist.</p> <p>Abstimmungsergebnis: bei Enthaltung von Frau Diemer (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) sowie Herrn Demirel (Die Linke.PDS) einstimmig beschlossen</p>	<p><u>Alter Sachstand:</u> Im Jahr 2006 hat der Bürgerverein Kalk der Stadt Köln Bänke gespendet, die in Zusammenarbeit auf der Kalker Hauptstraße aufgestellt wurden. Leider kann die Verwaltung die Suche nach weiteren Sponsoren nicht übernehmen. Sofern der Bezirksvertretung Kalk jedoch Sponsoren bekannt sind, wird das Amt für Straßen und Verkehrstechnik gerne an der Auswahl und Prüfung der Standorte mitwirken.</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> <i>Aus Sicht der Verwaltung wurde die Berichterstattung mit dem o. g. Sachstandsbericht bereits abgeschlossen.</i></p>
319	7.2.3	09.11.2006	Antrag der Fraktionen SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Neue Wege in der Kalker Drogenpolitik be-	32 50	<p>1. Die Verwaltung wird beauftragt zu untersuchen, wie sich die Arbeit der Kontaktstelle des Junkie-Bundes in den letzten Jahren angesichts der beschriebenen Aufgabenstellung entwickelt hat. Dabei ist</p>	<p><u>Alter Sachstand:</u> <u>zu 1.</u> Die Verwaltung hat gemeinsam mit dem Junkie-Bund dessen Arbeit der letzten Jahre und die Erreichung bestimmter Ziel-</p>

			<p>schreiten Gemeinsamer Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion und der Vertreterin der FDP Gemeinsamer Ersetzungsantrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie der Einzelvertreterin Frau Wirtz (FDP)</p>	<p>51 53</p>	<p>auch zu prüfen, inwieweit der Ausbau der Öffnungszeiten, verbesserte Zusammenarbeit mit der Nachbarschaft und noch stärkere Aktivierung der Klientel für öffentliche Belange erreicht werden kann. Die finanziellen Konsequenzen erweiterter Aufgabenstellung sind darzustellen.</p> <p>2. Die Bezirksvertretung Kalk beauftragt die Verwaltung, für die Einrichtung eines niedrigschwelligen Drogenhilfe- und Beratungsangebotes einen besser geeigneten Standort zu suchen, der für die Drogenabhängigen des Stadtteils erreichbar ist, um die bisherige Einrichtung in der Taunusstraße bald möglichst dorthin zu verlagern. Die Einrichtung sollte finanziell so ausgestattet werden, dass die bisherigen Öffnungszeiten und Angebote deutlich ausgedehnt werden können.</p> <p>3. Die Arbeit der bereits tätigen Arbeitsgruppen in Humboldt/Gremberg, wie der Kriminalpräventive Rat und die Dialogrunde in Form einer Ordnungspartnerschaft ist zu intensivieren. Die dort bereits erzielten und die künftigen Ergebnisse sowohl im jugend- als auch im sozialpolitischen und im ordnungsrechtlichen Bereich sind weiterhin umzusetzen, insbesondere auch mit dem Ziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • der Verzahnung und Intensivierung lokaler Präventionsarbeit (z.B. Schulsozialarbeit, unterrichtlichen Aufklärung • der Möglichkeit des flexiblen Einsatzes eines Ambulanzbusses • durch die erhöhte Anwesenheit von Ordnungskräften im Viertel Straftaten im öffentlichen Raum vorzubeugen und zu verfolgen und den Bürgern damit auch das 	<p>gruppen analysiert. Daraufhin wurde vom Junkie-Bund in Abstimmung mit der Gesundheitsverwaltung eine verbesserte Betriebskonzeption entwickelt. Die künftige Aufgabenstellung des Junkie-Bundes wurde durch die zusätzlich in den Haushalt eingestellte Fördersumme von weiteren 50.000,- € finanziell abgesichert.</p> <p><u>zu 2.</u> Dezernat V hat gemeinsam mit dem Träger Junkie-Bund einen besser geeigneten Standort zur Verlagerung der Einrichtung aus der Taunusstraße gesucht. Verhandlungen mit einem potenziellen Vermieter sind derzeit noch nicht abgeschlossen.</p> <p><u>zu 3.</u> Die Arbeitsgruppen haben ihre Arbeit in regelmäßiger Form fortgesetzt. Darüber hinaus hat Dezernat V einen kontinuierlichen Dialog mit der Bürgerinitiative aufgenommen.</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Die Verwaltung hat die sozialen und wohnungsbezogenen Strukturen in Humboldt/Gremberg analysiert. In Gesprächen mit der GAG als der größten Vermieterin von öffentlich geförderten Wohnungen im Stadtteil wurden Überlegungen angestellt, mit welchen Maßnahmen die Aufwertung des Stadtteiles unterstützt werden kann. Insbesondere die bereits begonnene Sanierung des Häuserbestands in der Odenwaldstraße, Rolshover Straße, Nassauer Straße und Wattstraße mit ca. 350 Wohnungen wird zu einer wesentlichen Verbesserung der Wohnsubstanz und des Wohnumfeldes beitragen.</p>
--	--	--	---	------------------	---	--

				<p>Gefühl von Sicherheit wiederzugeben, insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eindämmung der Prostitution • Bekämpfung von Eigentumsdelikten, insbesondere Einbruch und Diebstahl • Bekämpfung der Belästigung und Bedrohung von Anwohnern • Gegenüber Dealern darf es keine Toleranz geben • den öffentlichen Drogenhandel und –konsum unter anderem durch die Verhängung von Platzverboten etc. zu verhindern • eventuellen Sichtschutz durch Rückschnitt von Gehölzen und ähnlichen Maßnahmen zu entfernen, um den Drogenkonsum im öffentlichen Raum zu erschweren • Abbau von Gefährdungssituationen insbesondere von Kindern, wobei es vor allem um die Verhinderung und Vermeidung des Herumliegens von Spritzen geht • verstärkte Beobachtung von und ggf. Intervention gegen Örtlichkeiten und Einrichtungen, die Raum für Kriminalität bieten • stärkere Ausübung des Hausrechts durch KVB und DB und Schwerpunktkontrollen , um den Raum für Drogenhandel und Drogentourismus einzudämmen • Verbesserung der Ausleuchtung des Kinderspielplatzes Taunusstraße <p>4. Die Bevölkerung ist in geeigneter Form von den Maßnahmen und über städtische und polizeiliche AnsprechpartnerInnen zu unterrichten.</p> <p>Analyse und Verbesserung der Wohn- und Wohnumfeldsituation</p> <p>Eine weitere Konzentration von Problemgruppen muss auch durch eine veränderte Zuweisungspraxis in städtische Wohnun-</p>	<p>Zu den Aufgaben des Ordnungsdienstes der Stadt Köln gehört es, auf der Grundlage der Kölner Straßenordnung gegen störendes Verhalten in der Öffentlichkeit vorzugehen. Grundsätzlich findet die Kölner Straßenordnung ihre Anwendung auf allen Flächen im Kölner Stadtgebiet, die tatsächlich dem öffentlichen Verkehr dienen. Nach § 12 der Kölner Straßenordnung ist störendes Verhalten in der Öffentlichkeit untersagt, das geeignet ist, andere zu gefährden, mehr als nach den Umständen vermeidbar zu behindern oder zu belästigen sowie Sachen zu beschädigen, insbesondere durch</p> <ul style="list-style-type: none"> - wiederkehrende Ansammlung von Personen, von denen Störungen ausgehen, wie z.B. Verunreinigungen, Belästigungen von Passanten etc., - Störungen in Verbindung mit Alkoholkonsum (z.B. Verunreinigungen, Grölen, Belästigung von Passanten, Gefährdung anderer durch herumliegen lassen von Flaschen), - Verrichtung der Notdurft, - Benutzung als Lager- oder Schlafplatz und - Lärmen, das geeignet ist, die Allgemeinheit, die Nachbarschaft oder Einzelne zu belästigen, z.B. durch Rufen, Schreien, sonstiges Erzeugen überlauter Geräusche. <p>Aufgrund der bekannten Beschwerdelage war der Ordnungsdienst – in enger Abstimmung mit der zuständigen Polizeiwache - zu unterschiedlichen Tages- und Nachzeiten unterwegs. Zur Überwachung der Situation erfolgten die Einsätze teilweise gemeinsam durch Außendienstkräfte des Ordnungsdienstes und der Polizei;</p>
--	--	--	--	---	--

				<p>gen verhindert werden, um mittelfristig eine ausgewogene Bevölkerungsmischung zu erreichen. Dazu muss die Wohnsubstanz in öffentlich geförderten Wohnungen und das Wohnumfeld verbessert werden.</p> <p>5. Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend die Einrichtung eines rechtsrheinischen für die Kalker Szene gut erreichbaren Gesundheitsraumes/Drogenkonsumraumes an einem geeigneten Standort zu prüfen. Der Gesundheitsraum/Drogenkonsumraum soll in eine niederschwellige Einrichtung zur Drogenhilfe mit Beratung zum Ausstieg und der Möglichkeit zur medizinischen Versorgung eingebettet werden. Die Erfahrungen mit dem Betrieb des ersten Kölner Gesundheitsraumes/ Drogenkonsumraumes am Hauptbahnhof sind in die Planungen einzubeziehen. Die haushaltsmäßigen Auswirkungen sind angesichts der Haushaltsplanberatungen kurzfristig darzustellen.</p> <p>6. Die Verwaltung wird beauftragt, der Bezirksvertretung Kalk über das bestehende gesamtstädtische Konzept zur Drogenhilfe und -prävention regelmäßig zu berichten und darzulegen, ob sich angesichts der aktuellen Problemlage in Humboldt/Gremberg weiterer Handlungsbedarf ergibt.</p> <p>Abstimmungsergebnis:</p> <p>Einzelvertreter Herr Kirchner (NPD) hat während der Abstimmung den Raum verlassen.</p>	<p>in diesem Zusammenhang werden Kontrollen auch in ziviler Kleidung durchgeführt. Im Bereich des Stadtteiles Humboldt/Gremberg (Taunusplatz, Taunusstraße, Humboldtpark) und des unmittelbaren Umfeldes der Haltestelle Kalker Post werden seit dem Jahr 2006 sehr intensiv Überwachungen des öffentlichen Raumes durchgeführt.</p> <p>Werden bei ordnungsbehördlichen Kontrollen Personen angetroffen, die gegen die genannten Vorschriften verstoßen, werden Maßnahmen zur Beendigung der Störung eingeleitet und regelmäßig Platzverweise gegen die störenden Personen erteilt. Die Kontrollen des Ordnungsdienstes erfolgen - je nach Beschwerdelage und eigenen Feststellungen - in unregelmäßigen Abständen und zu unterschiedlichen Tageszeiten.</p> <p>Im Rahmen der Ordnungspartnerschaften werden die Überwachungen oftmals mit weiteren Sicherheitspartnern (KVB-Sicherheitsdienst, Bundespolizei, Gesundheitsamt - Drogenkoordination usw.) durchgeführt, um die Ursachen für das störende Verhalten nachhaltig analysieren zu können und geeignete, abgestimmte Maßnahmen durchführen zu können. Des Weiteren wurden zur Verbesserung der Situation in der Vergangenheit zahlreiche Gespräche zwischen verschiedenen städtischen Dienststellen (Grünflächenamt, Ordnungsdienst, Gesundheitsamt usw.) sowie externen Partnern (Polizei, KVB usw.) geführt, der Ordnungsdienst steht auch weiterhin als Ansprechpartner für die Problematik zur Verfügung.</p>
--	--	--	--	---	--

					<p>Die Verfolgung und Ahndung von Eigentumsdelikten, Drogenhandel und Bedrohungen obliegen dem Zuständigkeitsbereich der Polizei, da es sich hierbei um Straftaten handelt.</p> <p>In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass Beschwerden und Feststellungen über störendes Verhalten in der Öffentlichkeit - insbesondere im Umfeld von Anlagen des öffentlichen Personennachverkehrs - in den letzten Jahren ständig zunehmen. Die Personalstärke des Ordnungsdienstes reicht jedoch nur dazu aus, um Problemlagen schwerpunktmäßig zu bearbeiten; eine ständige Präsenz an neuralgischen Punkten kann nicht gewährleistet werden.</p> <p>Grundsätzlich haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit bei Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die Leitstelle des Ordnungs- und Verkehrsdienstes der Stadt Köln telefonisch unter 0221/221-32000 bzw. die zuständige Polizeiwache telefonisch zu informieren. Im Rahmen der personellen Verfügbarkeiten erfolgt dann eine Überprüfung der Beschwerden vor Ort. Sollten hierbei Verstöße festgestellt werden, die eine Ordnungswidrigkeit bzw. Straftat darstellen, werden die Personalien der Betroffenen aufgenommen, geeignete Maßnahmen zur Beendigung der angetroffenen Störung und zur Ahndung eingeleitet.</p> <p>Der Beschluss ist hinsichtlich der Zuständigkeit des Ordnungsdienstes umgesetzt.</p> <p>Die Kontaktstelle des SKM e. V. Köln bietet Aufklärungsveranstaltungen in Schulen</p>
--	--	--	--	--	---

						<p>an. Darüber hinaus bestehen Angebote der Suchtprävention (Informationsveranstaltungen und Fortbildungsangebote) für die gesamte Stadt, u. a. für Köln-Kalk. Aus Kapazitätsgründen werden vorwiegend Multiplikatoren geschult.</p> <p>Die Suche nach geeigneten Räumen für den Junkie-Bund ist inzwischen abgeschlossen. Diese Einrichtung wird in Kürze von der Taunusstraße in die Neuerburgstraße umziehen.</p>
321	7.2.6	09.11.2006	Antrag der SPD – Fraktion Reinigung von öffentlichen Wegen und Plätzen	01 Herr Larres	<p>Die Verwaltung wird aufgefordert, der Bezirksvertretung Kalk das Konzept der von den Ratsfraktionen und dem Oberbürgermeister initiierten neuen Reinigungsinitiative „Sauberkeit in Köln“ vorzustellen. Hierbei sollen insbesondere die Auswirkungen auf die Stadtteile im Stadtbezirk Kalk dargestellt werden. Insbesondere ist hierbei die dringende Reinigung der nachfolgend genannten Wege und Plätze zeitnah sicherzustellen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Festplatz in Höhenberg einschließlich des angrenzenden Grünbereichs • Fußweg parallel der KVB Linie zwischen dem Kieskauler Weg und der Ostmerheimer Straße • Park- and Ride-Parkplatz der KVB Haltestelle Porzer Straße in der Straße „Am Rande“ • Vingster Markt <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p>	<p>Alter Sachstand: Das Konzept wird in Kürze im Rahmen einer Mitteilung der BV bekannt gegeben. Zu den angesprochenen Bereichen ist folgendes zu sagen:</p> <p>1. Der Festplatz Höhenberg wird im Rahmen des Konzeptes „Sauberkeit in Köln“ von 66 in die regelmäßige Reinigung durch die AWB überführt, <u>sobald die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen geklärt sind</u>. Das gleiche gilt für den Fußweg parallel der KVB-Linie 1 in Merheim und den Vingster Markt. Bis dahin ist 66 weiter nur für die verkehrssichernde Reinigung zuständig. Der Marktplatz wird nach Marktveranstaltungen von den AWB im Auftrag von 328-Marktwesen gereinigt. Der P&R-Parkplatz Porzer Straße wird bereits von den AWB für 66 im Rahmen einer Sondervereinbarung gereinigt.</p> <p>2. Die Reinigung der Grünflächen entlang des Fußweges an der Linie 1 wird seit dem 01.01.2007, im Rahmen der Übertragung der Reinigung öffentlich zugänglicher Grünflächen auf die AWB, von dieser im Winter alle zwei Wochen gereinigt. Aufgrund des Umfangs der neuen Flächen</p>

					<p>wird es noch einige Zeit dauern, bis alle Fläche eine erste (Grund-) Reinigung erfahren.</p> <p>Der Spielplatz und das Grün um den Vingster Markt werden 2-3 Mal wöchentlich vom IB gereinigt.</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u></p> <p>Die vom Oberbürgermeister und den Ratsfraktionen im Rahmen der Reinigungssofensive konzipierten Maßnahmen wurden ab Mitte 2007 sukzessive aufgenommen. Letzte Abstimmungen der Verwaltung mit den Abfallwirtschaftsbetrieben hinsichtlich der genauen Leistungsverzeichnisse im Rahmen der Anliegereinigung im Grünbereich bzw. der Reinigung nicht gewidmeter Straßen u. Plätze laufen. Die Reinigung der Flächen erfolgt jedoch bereits auf Basis einer vorläufigen Beauftragung. Gleiches gilt auch für die durchzuführende jährliche Tunnelreinigung.</p> <p>Insgesamt wurde ein 11 Punkte umfassendes Maßnahmenfeld verabschiedet. Dieses sieht vor:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Übertragung der Reinigung aller Grünanlagen auf die AWB 2. Übertragung der städtischen Anliegereinigungsverpflichtung im Grünbereich auf die AWB 3. Übertragung der Reinigung nicht gewidmeter Straßen, Plätze und Flächen auf die AWB 4. Jährliche Reinigung von Tunneln u. Unterführungen durch die AWB 5. Verstärkte Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW, der DB und der KVB 6. Mehr Sauberkeit an städtischen Gebäu-
--	--	--	--	--	--

						<p>den</p> <p>7. Überprüfung und Optimierung von internen und externen Schnittstellen (Schwerpunkt Beschwerdemanagement)</p> <p>8. Zusetzung von 50 Mehrstellen zur Grünunterhaltung</p> <p>9. Zusetzung von 20 Mehrstellen im Ordnungsdienst</p> <p>10. Maximierung der Verwarngelder</p> <p>11. Begleitende Öffentlichkeitsarbeit</p> <p>Mit Inkrafttreten der Haushaltssatzung für 2008 soll die Sauberkeitsinitiative weiter fortgeschrieben werden. Kernpunkte sind dabei eine Erhöhung der Reinigungsstandards auf ausgewählten Flächen, u.a. in den Subzentren der Bezirke sowie eine erweiterte bezirksbezogene Orientierung. Entsprechende Beschlussvorlagen befinden sich zurzeit in der verwaltungsinternen Abstimmung sowie in Abstimmung mit den AWB. Eine Vorlage erfolgt nach derzeitigem Stand in 09/08.</p> <p>Danach ist vorgesehen, abschließend über die Leistungsinhalte der Sauberkeitsinitiative und deren genauen Auswirkungen auf den jeweiligen Stadtbezirk zu berichten.</p>
322	7.2.1	12.12.06	Antrag der CDU - Fraktion: Wiedereinführung der Einbahnstraßenregelung in den Straßen Marbergweg und Auf dem Kitzberg	66	<p>Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob es möglich ist, die Straßen Auf dem Kitzberg beginnend ab Einmündung Kuthstraße (Vingster Hof) und Marbergweg endend an der Sibeliusstraße wieder als Einbahnstraßen zu führen, um die Verkehrssituation zu entschärfen.</p> <p>Abstimmungsergebnis:</p> <p>Mit den Stimmen der CDU – Fraktion, der Einzelvertreter Herrn Kirchner (NPD) sowie Frau Sobania (pro Köln) gegen die Stim-</p>	<p>Alter Sachstand: Die Einrichtung der Einbahnstraße wird zurzeit geprüft.</p> <p>Sachstand zum 30.04.2008: Bezüglich der Wiedereinführung der vor Jahren auf Wunsch der Anlieger aus verkehrssicherheitlichen Gründen (zu hohe Geschwindigkeiten mangels Begegnungsverkehr) abgeschafften Einbahnstraßenregelung haben mehrere Ortstermine mit Vertretern des Verkehrsdezernates und der Polizei zu verschiedenen Tageszeiten</p>

					men der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie dem Einzelvertreter Herrn Demirel (Die Linke.Köln) mehrheitlich zugestimmt	stattgefunden. Hierbei konnten keine Gründe festgestellt werden, die eine Änderung der jetzigen Regelung erforderlich machen würden. Darüber hinaus sind keine Verkehrsunfälle, -gefährdungen oder Beschwerden von den dortigen Anwohnern bekannt. Sowohl die Polizei als auch die Verwaltung lehnen eine Änderung der jetzigen Verkehrsführung somit ab. <u>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</u>
323	7.2.2	12.12.06	Antrag der SPD - Fraktion: Einrichtung des Projekts "Mobile Bürgerdienste" im Stadtbezirk Kalk	10	<p>1. Die Verwaltung möge bezüglich des Standortes prüfen, ob im Stadtbezirk ein Pilotprojekt organisiert werden kann.</p> <p>2. Sachlich soll die Verwaltung bei der Konzeption des Projektes die Erfahrungen anderer Städte wie Dortmund und Berlin berücksichtigen sowie dafür sorgen, dass keine unnötigen Hürden für Seniorinnen und Senioren bei der Umsetzung errichtet werden wie bei der Zahlung für Produkte (Ermöglichung der Barzahlung)</p> <p>3. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (AVR) im Rat möge sich mit diesem Antrag befassen.</p> <p>Abstimmungsergebnis:</p> <p>Mit den Stimmen der Fraktionen CDU und SPD sowie der Einzelvertreter Herr Kirchner (NPD) und Frau Sobania (pro Köln) gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung des Einzelvertreter Herrn Demirel (Die Linke.PDS) mehrheitlich beschlossen</p>	<p>Alter Sachstand: Stellungnahme vom 07.12.06: Das Projekt Mobile Bürgerdienste hat das Ziel, im Rahmen eines Testes bis Jahresende die Machbarkeit mobiler Verwaltungsdienstleistungen zu prüfen. In diesem Zusammenhang wurde auf der Basis einer ausgewählten Produktpalette aus den Meldehallen ein Terminplan zur Testung bis Jahresende erstellt. Hierbei ist vorgesehen, in allen Meldehallen und Bezirksrathäusern Praxistests durchzuführen. Hinsichtlich weiterer möglicher Standorte erfolgen Verwaltungsinterne Abstimmungen mit den Leitungen der Bezirksbürgerämter. Zwar ist die Vielzahl der dabei vorgeschlagenen Standorte in der Kürze des vorgesehenen Testzeitraumes leider nicht realisierbar, aber weitere Sparvorschläge werden von der Verwaltung gerne aufgenommen. Bei der Konzeption Mobiler Bürgerdienste der Stadt Köln wurde auf die Erfahrungen einiger anderer Städte und Gemeinden zurückgegriffen. Für die hiesige Vorgehensweise haben alle dabei festgestellten positiven wie negativen Aspekte Berücksichtigung gefunden. Die Machbarkeit der Barzahlungen wird seitens der</p>

						<p>Verwaltung geprüft. .</p> <p>Sachstand zum 30.04.2008: Das Projekt Mobile Bürgerdienste befindet sich weiter in technischen Tests. Für die Auswahl zusätzlicher Standorte ist es nach wie vor zu früh. Sobald ein Projektstand erreicht wird, in dem über weitere Standorte entschieden werden kann, erfolgt eine entsprechende Information. Im Übrigen wird jedoch auf das Konzept zur Optimierung des Bürgerservice in den Stadtbezirken verwiesen. Danach ist ausdrücklich vorgesehen, diesen Service künftig auch dezentral anzubieten.</p>
325	7.2.5	12.12.06	Antrag der CDU - Fraktion: Fußweg Merheimer Heideweg	66	<p>Die Verwaltung wird gebeten, sich mit dem Landesbetrieb Straßenbau oder den sonst zuständigen Stellen ins Benehmen zu setzen und zu veranlassen, dass der Übergang von der Brücke über die A3/A4 auf den Fußweg Merheimer Heideweg wieder so hergerichtet wird, dass der Weg gefahrlos benutzt werden kann.</p>	<p>Alter Sachstand: Die Landesbetriebe wurden bereits schriftlich darüber in Kenntnis gesetzt, dass an dieser Stelle die Wegeverbindung wieder mit Asphalt zu befestigen ist. Ein Ausführungstermin wurde bisher nicht mitgeteilt.</p> <p>Sachstand zum 30.04.2008: Die Fläche wurde im August 2007 wieder mit Asphalt befestigt.</p> <p><i>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</i></p>
326	7.2.6	12.12.2006	Antrag der CDU - Fraktion: Lärmschutz entlang der rechtrheinischen DB-Bahntrasse	69	<p>Die Verwaltung wird beauftragt, sich mit der Deutschen Bahn ins Benehmen zu setzen und diese aufzufordern, auch in den betroffenen Bereichen des Stadtbezirks Kalk für Lärmschutz zu sorgen.</p> <p>Abstimmungsergebnis:</p> <p>Mit den Stimmen der CDU – Fraktion sowie der Einzelvertreter Herrn Demirel (Die</p>	<p>Alter Sachstand: Es liegt keine Stellungnahme vor.</p> <p>Sachstand zum 30.04.2008: Der Beschluss wurde an die DB AG gegeben. Rechtsansprüche auf Lärmschutz bestehen nach mündlicher Auskunft der DB nur bei wesentlichen baulichen Veränderungen der Bahnstrecken. Dies ist z.B. im Zusammenhang mit dem Bau der ICE-</p>

					Linke.PDS), Herrn Kirchner (NPD) sowie Frau Sobania (pro Köln) gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD – Fraktion mehrheitlich beschlossen	Trasse erfolgt.
327	7.2.7	12.12.06	Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Mitwirkung der Bezirksvertretungen bei der Wahl der Schulleitungen durch die Schulkonferenzen	40	<p>Der Schulausschuss wird gebeten, seine im Rahmen der von § 61 Schulgesetz n. F. eingeräumten Kompetenz, einen/eine stimmberechtigte VertreterIn zur Wahl der Schulleitung in die jeweilige Schulkonferenz sowie drei nicht-stimmberechtigte VertreterInnen zu entsenden, für die Grundschulen auf die jeweiligen Bezirksvertretungen zu übertragen. Die Verwaltung soll einen einheitlichen Verfahrensvorschlag für alle BV erarbeiten.</p> <p>Abstimmungsergebnis:</p> <p>Mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie des Einzelvertreters Herrn Demirel (Die Linke.PDS) gegen die Stimmen der Einzelvertreter Herrn Kirchner (NPD) und Frau Sobania (pro Köln) mehrheitlich beschlossen</p>	<p><u>Alter Sachstand:</u> Die Verwaltung hat den Beschluss der Bezirksvertretung Kalk aufgegriffen und wird dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung für seine Sitzung vom 12.03.2007 folgendes empfehlen:</p> <p>"Bei der Novellierung der Zuständigkeitsordnung erhalten die Bezirksvertretungen das Recht, ein stimmberechtigtes Mitglied und bis zu drei beratende Mitglieder in die Schulkonferenz von in ihrem Bereich liegenden Grundschulen zu entsenden, um dort das Recht aus § 61 Abs. 2 Schulgesetz auszuüben. Weiter wird das Vetorecht gem. § 61 Abs. 4 Schulgesetz für den Bereich der Grundschulen auf die Bezirksvertretung übertragen."</p> <p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Kein neuer Sachstand.</p>
328	7.2.1	01.02.2007	Antrag der CDU - Fraktion und der Einzelvertreterin Frau Wirtz (FDP) : Möblierung des Gehwegs im Bereich Kalker Hauptstraße/Vietorstraße wurde bereits zur Sitzung 12.12.06 umgedruckt Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -liegt als Tischvorlage vor	62/63 zu 1. 66 zu 4. und 5. 69 zu 2. und 3.	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die auf dem Fußweg der Kalker Hauptstraße 101 a/b befindlichen Werbeträger (Litfasssäule, Stadtplan) sind an einen neuen Ort zu versetzen. 2. Die Einfassung und die Sturzsicherung des U-Bahn-Abgangs ist in gleicher Weise zu gestalten wie an den Köln Arcaden befindliche U-Bahn-Abgang 3. der Höhenversatz im Fußweg ist kurzfristig aus Verkehrssicherungsgründen zu beseitigen 4. Die Beleuchtung des Fußweges im Innenbereich des neuen Blocks Vie- 	<p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> <u>zu 1.</u> Hierzu hat die Verwaltung in der Sitzung am 10.05.2007, TOP 7.2.1, abschließend Stellung genommen.</p> <p><u>zu 2.</u> Grundsätzlich kann die Einfassung und die Absturzsicherung des U-Bahn-Abgangs östlich der Vietorstraße in gleicher Weise gestaltet werden wie der Abgang westlich der Vietorstraße.</p>

				<p>torstraße/Kalker Hauptstraße/ Kalk Mülheimer Straße ist herzustellen.</p> <p>Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:</p> <p>5. Die Verwaltung wird gebeten, alternative Verkehrsführungen für die Ecke Vietorstraße/ Kalker Hauptstraße zu entwickeln und der BV zur Beschlussfassung vorzulegen.</p> <p>Ergänzungsantrag der SPD – Fraktion zu Punkt 5:</p> <p>Bei der Entwicklung der alternativen Verkehrsführung ist eine aktive Bürgerbeteiligung erforderlich. Die unmittelbaren Anwohner, Einzelhändler sowie die Förderschule Vietorstraße (Der Kleine Prinz) sind in die Planungen einzubinden.</p> <p>Abstimmungsergebnis Einstimmig zugestimmt.</p>	<p>Da zurzeit aus baulichen Gründen kein Anlass zur Umgestaltung besteht, sondern eine Umgestaltung lediglich aus städtebaulichen Gründen durchgeführt werden würde, werden in diesem Zusammenhang keine finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt.</p> <p>Der Abgang an den Köln Arcaden wurde im Zusammenhang mit dem Neubau der Köln Arcaden umgestaltet bzw. erneuert.</p> <p><u>zu 3.</u> Anhand der Planungsunterlagen aus dem Jahr 1974 muss davon ausgegangen werden, dass der Höhenversatz im Gehweg nicht beseitigt werden kann, da es sich dabei um eine zusätzliche Verankerung der Betonbrüstung handelt. Sollte zu gegebener Zeit, wie bereits unter Punkt 2 erwähnt, die Brüstung abgebrochen werden, kann in diesem Zusammenhang auch der Höhenversatz beseitigt werden.</p> <p><u>zu 4.</u> Die Beleuchtung wurde wieder installiert.</p> <p><u>zu 5.</u> Eine andere Verkehrsführung an dieser Stelle ist aufgrund des hohen Fußgängerverkehrsaufkommens und des starken Kfz-Verkehrs nicht möglich. Die Einrichtung eines Kreisverkehrs ist aufgrund nicht ausreichender Leistungsfähigkeit ausgeschlossen.</p> <p><u>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</u></p>
--	--	--	--	--	--

329	7.2.2	01.02.2007	Antrag der SPD-Fraktion: Barrierefreier Fußweg von der Endhaltestelle Königsforst zum Lebensmitteldiscounter ALDI in Rath/Heumar	66	Die Bezirksvertretung beauftragt die Verwaltung zu prüfen, wie eine Verbesserung des Fußweges von der Haltestelle Königsforst zur Aldi-Filiale in Rath/Heumar erreicht werden kann. Insbesondere ist zu prüfen ob der besonders hohe Bordstein auf dem Weg vom Bahnsteig zum P+R Platz am Beginn der Wendeschleife abgesenkt werden kann. Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt	Sachstand zum 30.04.2008: Der barrierefreie Zugang wurde im Februar 2007 hergestellt. <u>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</u>
330	7.2.3	01.02.2007	Antrag der SPD-Fraktion: Einrichtung von legalen Parkplätzen in der Steprathstraße in Köln-Kalk	66	1. Die Verwaltung möge prüfen, inwiefern die Legalisierung von Parkplätzen im Bereich der Steprathstraße möglich ist. 2. Die Verwaltung wird gebeten darzustellen ob dazu bauliche Maßnahmen erforderlich sind oder ob Markierungsarbeiten erforderlich sind. 3. Falls bauliche Maßnahmen notwendig sein sollten, wird die Verwaltung gebeten, die Kosten zu ermitteln und der Bezirksvertretung einen Finanzierungsvorschlag zu unterbreiten und einen Zeitpunkt für die Umsetzung zu benennen Abstimmungsergebnis: Mit den Stimmen der SPD – Fraktion gegen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der CDU – Fraktion und der Einzelvertreter Kirchner (NPD) und Sobania (pro Köln) mehrheitlich beschlossen.	Sachstand zum 30.04.2008: Die Einrichtung von legalen Parkplätzen in der Steprathstraße ist zwischen den vorhandenen Beeten möglich. Aufgrund der Ausweisung als verkehrsberuhigter Bereich ist das Parken nur in gekennzeichneten Flächen erlaubt. Eine Markierung auf Pflaster ist nicht dauerhaft möglich, daher muss der Pflasterbelag in einigen Bereichen ausgetauscht werden. Die Verwaltung ermittelt derzeit die Kosten und wird die Maßnahme nach Sicherstellung der Finanzierung umsetzen.
331	7.2.1	22.03.2007	Antrag SPD - Fraktion: Querungshilfe in der Rösrather Straße/Ecke Brück-Rather-Steinweg in Rath/Heumar	66	Die Verwaltung wird aufgefordert, eine geeignete Fußgängerquerung an der Kreuzung Rösrather Straße/Brück-Rather-Steinweg oder in nächster Nähe zu errichten.	Sachstand zum 30.04.2008: Die Verwaltung prüft derzeit, mit welchen Mitteln die Querung für Fußgänger erleichtert werden kann. Die Ergebnisse werden der Bezirksvertretung Kalk kurzfristig vor-

					Abstimmungsergebnis: Gegen die Stimmen der CDU – Fraktion und des Einzelvertreters Herrn Kirchner (NPD) mit den Stimmen der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie des Einzelvertreters Demirel mehrheitlich beschlossen.	gestellt.
332	7.2.2	22.03.2007	Antrag SPD - Fraktion: Widmung Martha-Mense-Straße	23	Vor diesem Hintergrund möge die BV 8 Folgendes beschließen: Die Martha-Mense-Straße soll schnellstmöglich gewidmet werden. Sodann ist die Straße in das Reinigungsverzeichnis der Stadt Köln aufzunehmen. Abstimmungsergebnis: Gegen die Stimme des Einzelvertreters Kirchner (NPD) mehrheitlich beschlossen.	Sachstand zum 30.04.2008: Die im Amtsblatt der Stadt Köln Nr. 23 vom 06.06.2007 bekannt gemachte Widmung ist seit dem 09.07.2007 bestandskräftig. <i>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</i>
333	7.2.3	22.03.2007	Antrag SPD - Fraktion: Verbesserung Rahmenbedingungen im Kalker Stadtgarten	67	Die Verwaltung möge dafür Sorge tragen, dass an den beiden Eingängen des Stadtgartens Schilder aufgehängt werden, die auf die einschlägigen Ge- und Verbote bezüglich des Verhaltens im Park hinweisen. Überdies soll die Rettungszufahrt Höhe Kalker Hauptstraße 212 derart kenntlich gemacht werden, damit sie nicht mehr zugeparkt wird. Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.	Sachstand zum 30.04.2008: Die Verwaltung hat in einer Mitteilung zur Sitzung am 14.06.2008, TOP 10.2.2, mitgeteilt, dass die geforderten Schilder gefertigt und montiert werden. <i>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</i>
334	7.2.3	10.05.2007	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Finanzierung der Sicherheitsleistungen bei Kulturveranstaltungen im Bezirksrathaus Kalk" Ersetzungsantrag der CDU - Fraktion - Tischvorlage-	02-8 (10)	1. Das Bürgeramt Kalk wird gebeten, eine Aufstellung seiner Veranstaltungen im Verhältnis zu seinen Personalkapazitäten für Veranstaltungen außerhalb der Regelarbeitszeit, also am Abend und an Wochenenden zu erstellen und der BV darüber zu berichten.	Sachstand zum 30.04.2008: Die Verwaltung prüft derzeit den Bedarf für die Einrichtung einer zusätzlichen Hausmeisterstelle für das Bezirksrathaus Kalk.

				<p>Abstimmungsergebnis: gegen die Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Einzelvertreters Demirel (Die Linke.PDS) mehrheitlich <u>abgelehnt</u></p> <p>2. Die Bezirksvertretung Kalk fordert den AVR auf, im Rahmen des Stellenplans ausreichende Kapazitäten für Hausmeistertätigkeiten im Bezirksrat- haus Kalk vorzusehen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Mit den Ja-Stimmen der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen der Einzelvertreter Wirtz (FDP) und Demirel (Die Linke.PDS) gegen die Einzelvertreter Kirchner (NPD) und Sobania (pro Köln) mehrheitlich zugestimmt</p> <p>Sollte dies nicht möglich sein, soll alternativ</p> <p>3. der Rat und seine zuständigen Ausschüsse werden gebeten, zu prüfen, inwieweit Haushaltsmittel den Stadtbezirken zusätzlich zur Verfügung gestellt werden können. Und ob von der Gebäudewirtschaft Dienstleistungen erbracht werden können, um bei abendlichen Veranstaltungen und an Wochenenden Schließdienste und Sicherheitsaufgaben (Bewachung von Veranstaltungen) zu übernehmen. Eine Begrenzung derartiger Dienstleistungen oder Mittel etwa auf bzw. für eine bestimmte Anzahl von Veranstaltungstagen oder –stunden ist erwünscht.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Mit den Ja-Stimmen der Fraktionen CDU, SPD,</p>	
--	--	--	--	---	--

					<p>Bündnis 90/Die Grünen der Einzelvertreter Wirtz (FDP) und Demirel (Die Linke.PDS) gegen die Einzelvertreter Kirchner (NPD) und Sobania (pro Köln) mehrheitlich zugestimmt</p> <p>Herr Bezirksvorsteher Dohm lässt über den gesamten Antrag abstimmen:</p> <p>Abstimmungsergebnis: Gegen die Nein-Stimme des Einzelvertreters Kirchner (NPD) mehrheitlich zugestimmt.</p>	
335	7.2.4	10.05.2007	Antrag der CDU - Fraktion: "Aufstellung eines Müllbehälters am Grillplatz in Köln-Brück"	67	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die Verwaltung wird gebeten, am Grillplatz in der Flehbachau in Köln - Brück einen ausreichend dimensionierten Müllbehälter - zumindest in der Warmwetterphase –aufzustellen und regelmäßig zu leeren. 2. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wer entsprechenden in Beuteln gesammelten Müll, der neben überfüllten Müllbehältern abgestellt wurde, von dort mitnehmen kann. <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p>	<p>Sachstand zum 30.04.2008: Die Grillfläche wird zusätzlich zur AWB vom Amt für Landschaftspflege und Grünflächen in der Sommerzeit wöchentlich angefahren. Ein Müllbehälter ist aus Sicht des Amtes nicht empfehlenswert, da diese Fläche sonst als wilde Müllkippe genutzt werden würde.</p> <p><u>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</u></p>
336	7.2.5	10.05.2007	Antrag der CDU - Fraktion: "Wildes Parken von LKW und Reisebussen im Bereich Neubrück Ergänzungsantrag der SPD - Fraktion als Tischvorlage in der Sitzung	66	<p>Antrag der CDU-Fraktion</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Verwaltung wird aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen (Markierungen, Kontrollen, Gespräche, zur Not ergänzende Beschilderung) das Parken an den Standorten Heinrich-Lersch-Straße zwischen Hausnummern 23 und 25 und Joseph-Gockeln-Straße/Rather Kirchweg zu regeln bzw. zu untersagen, soweit z. B. öffentliches Straßenland für gewerbliche Zwecke in Anspruch genommen wird. 	<p>Sachstand zum 30.04.2008: Die Ausweisung von LKW-Parkplätzen ist nicht nur ein auf Köln-Brück beschränktes Problem, sondern ein bundesweites Anliegen, in das sich nach Kenntnisstand der Verwaltung bereits die Verkehrsminister des Bundes und der Länder eingeschaltet haben. Hier sind zunächst grundsätzliche Klärungen bzw. Planungen erforderlich.</p>

					<p>2. Die Verwaltung wird weiter gebeten zu prüfen, inwieweit für ortsansässige Fahrer, die am Wochenende ihre Fahrzeuge im Bereich Neubrück abstellen wollen, entsprechende Bereiche ausdrücklich ausgewiesen werden können (z. B. Rather Kirchweg, Autobahnunterführung Merheim).</p> <p>Ergänzungsantrag der SPD Fraktion:</p> <p>Punkte 1 und 2 wie im Antrag angegeben.</p> <p>3. Die Verwaltung wird gebeten, ihre Maßnahmen auch auf die Stadtteile Vingst und Humboldt/Gremberg auszuweiten und geeignete LKW – Plätze zu finden.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Dem Antrag der CDU – Fraktion mit den Änderungen der SPD Fraktion wird einstimmig zugestimmt.</p>	
337	7.2.7	10.05.2007	Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen-Bau einer Überdachung im Eingangsbereich der Sporthallen der Katharina-Henoth-Gesamtschule	40	<p>Die zuständigen Fachausschüsse werden gebeten, die Verwaltung mit entsprechenden Planungen zu beauftragen, um, auch wenn aus bautechnischen Gründen eine Überdachung direkt an den Sporthalleingängen nicht möglich sein sollte, für die Schülerinnen und Schüler einen überdachten Bereich in der Nähe der Eingänge zu schaffen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p>	<p>Sachstand zum 30.04.2008: Der Antrag wird noch geprüft.</p>
338	7.2.1	14.06.2007	Antrag der CDU- Fraktion: "Ordnungspartnerschaft der Stadt Köln zum Thema Lärm im Stadtbezirk"	32	<p>1. Das Ordnungsamt wird gebeten, ggf. in Zusammenarbeit mit anderen städtischen Behörden zu prüfen, wie das Thema Lärm und Ruhestörung durch ein zügigeres und effektiveres Ein-</p>	<p>Sachstand zum 30.04.2008: Zu diesem Beschluss erfolgte eine Mitteilung der Verwaltung zur Sitzung der Bezirksvertretung Kalk am 06.11.2007 (Vorlage-Nr.:4420/2007) mit folgendem Inhalt:</p>

			<p>Unterlagen wurden bereits zur Sitzung am 10.05.07 umgedruckt Ersetzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</p>		<p>schreiten bei Verstößen im Stadtbezirk Kalk besser als in der Vergangenheit begegnet werden kann. Grundlage soll dazu ein Bericht für den Stadtbezirk an die Bezirksvertretung Kalk sein, der die Aktivitäten des Ordnungsamtes bezüglich Lärm und Ruhestörung für den Stadtbezirk Kalk enthält sowie die bisherigen positiven Erfahrungen und Defizite auflistet, wobei letztere die Überlegungen bezüglich der möglichen Verbesserungen anleiten sollen.</p> <p>2. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, zu prüfen, wie das Konzept der Ordnungspartnerschaften mit der Polizei zum Thema Lärm/Ruhestörung durch die neuen Lärmstreifen auf den Stadtbezirk Kalk ausgeweitet werden kann.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Gegen die Nein-Stimme des Einzelvertreters Kirchner (NPD) mit den Ja-Stimmen aller anderen mehrheitlich beschlossen.</p>	<p>„Zur effektiveren Bearbeitung nächtlicher Ruhestörungen und zur nachhaltigeren Durchsetzung von ordnungsbehördlichen sowie polizeilichen Maßnahmen wurde zwischen dem Polizeipräsidium Köln und der Stadt Köln folgende Vorgehensweise abgestimmt:</p> <p>Ab 31.10.2007 ist jeweils in den Wochenendnächten (von Freitag auf Samstag und von Samstag auf Sonntag) sowie vor Feiertagen und in Zusammenhang mit (lärmintensiven) Veranstaltungen eine gemeinsame Streife der Polizei und des Ordnungsdienstes – Schwerpunkt Bearbeitung von Lärmbeschwerden - mit einem Dienstwagen der Polizei im Einsatz.</p> <p>Die Einsatzzeiten sind jeweils von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr (während der Nachtruhe nach den Bestimmungen des Landesimmissionsschutzgesetzes), das Einsatzgebiet dieser zusätzlichen „Lärmstreife“ erstreckt sich auf die Stadtbezirke Kalk und Mülheim (Stadtteile Mülheim, Kalk, Humboldt/Gremberg, Vingst und Höhenberg).</p> <p>Dieser gemeinsame Streifendienst wird zunächst im Rahmen eines Pilotprojektes bis Ende 2007 fortgeführt.“</p> <p>Nach Auswertung der Erkenntnisse aus der Pilotphase und Abstimmung zwischen den beteiligten Polizeiinspektionen sowie dem Amt für öffentliche Ordnung der Stadt Köln wird der gemeinsame Dienstwagen weiterhin erfolgreich eingesetzt.</p> <p><i>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichter-</i></p>
--	--	--	---	--	---	--

						<i>stattung zu diesem Beschluss erledigt.</i>
339	7.2.2	14.06.2007	Antrag der CDU - Fraktion: Picknicker auf der Merheimer Heide und ihre besonderen Hinterlassenschaften	32	<p>Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, wie durch geeignete Maßnahmen- z. B. Kontrollen durch den Ordnungsdienst, Aufstellung sogenannter „Dixie-Klos“, Absprachen mit Betreibern umliegender Gaststätten und Vereinsheimen oder Installation fester Toilettenanlagen - das missliche Problem, dass die Grillbesucher der Merheimer Heide den zur Wohnsiedlung Merheimer Heide hin gelegenen Grünstreifen zunehmend zur Verrichtung der Notdurft („kleine und große Geschäfte“) benutzen, beseitigt werden.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt</p>	<p>Sachstand zum 30.04.2008: Das große Besucheraufkommen und die Nutzung der Grünfläche als Grillplatz in der Merheimer Heide sind der Verwaltung bekannt. Die Fläche wurde und wird unter Berücksichtigung der personellen Verfügbarkeiten durch den Ordnungsdienst kontrolliert. Fehlverhalten (z. B. achtloses Liegenlassen von Müll, ungeeignetes Grillgerät, Wildpinkler) werden konsequent geahndet. Bei warmen Temperaturen entstehen in vielen Grünanlagen des Kölner Stadtgebietes ähnliche Problemlagen; dies hat zur Folge, dass der Ordnungsdienst nicht dauerhaft im Bereich der Merheimer Heide präsent sein kann.</p> <p>Aufgrund der derzeitigen Situation wird der Ordnungsdienst der Stadt Köln speziell entlang der Wohnsiedlung Merheimer Heide ordnungsbehördliche Kontrollen durchführen. Grundsätzlich wird es jedoch durch Kontrolltätigkeiten nicht möglich sein, die Geruchsbelästigung gänzlich zu verhindern.</p> <p><i>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</i></p>
340	7.2.3	14.06.2007	Antrag der CDU - Fraktion: Neuer Standort für die Freiwillige Feuerwehr in Köln-Brück	37	<p>Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wo für die Freiwillige Feuerwehr in Köln-Brück ein neuer, geeigneter Standort gefunden werden kann.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig zugestimmt.</p>	<p>Sachstand zum 30.04.2008: Mögliche neue Standorte für das Feuerwehrgerätehaus der Löschgruppe Brück werden zurzeit von der Verwaltung geprüft.</p>

341	7.2.6	14.06.2007	Antrag des Einzelvertreters Demirel (Die Linke.PDS): Installation einer akustischen Schrankensignalanlage im Straßenbahnhaltestellenbereich Merheim der Straßenbahnlinie 1 Änderungsantrag der SPD - Fraktion	02-8	<p>Antrag des Einzelvertreters Demirel (Die Linke.PDS)</p> <p>Die Bezirksvertretung Kalk fordert die KVB auf, eine akustische Signalanlage an der Schranke im Haltestellenbereich der Linie 1, Haltestelle Merheim anzubringen.</p> <p>Änderungsantrag der SPD Fraktion:</p> <p>Die Verwaltung wird aufgefordert, gemeinsam mit den Kölner Verkehrsbetrieben zu prüfen, ob haptische Signalgeber mit leiser akustischer Ortung an Straßenbahnschrankenanlagen gemäß BOStrab möglich sind und ob ein Einbau an der Schrankenanlage in Merheim möglich ist. Wenn die rechtliche und technische Möglichkeit besteht, soll die Schrankenanlage im Rahmen der üblichen Fristen umgerüstet werden.</p> <p>Herr Bezirksvorsteher Dohm lässt über den Änderungsantrag abstimmen. Da dieser beschlossen wird, wird der Ursprungsantrag für hinfällig erklärt.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Gegen die Nein-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung des Einzelvertreters Demirel (Die Linke.PDS) mit den Ja-Stimmen aller anderen mehrheitlich beschlossen.</p>	<p>Sachstand zum 30.04.2008: Der Punkt wurde in der Sitzung am 28.02.2008, TOP 7.2.6, abschließend behandelt; die in dieser Sitzung gewünschte Prioritätenliste wurde der Bezirksvertretung am 17.04.2008, TOP 10.10, vorgelegt.</p> <p><u>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</u></p>
342	7.1.1	23.08.2007	Antrag der CDU - Fraktion "Leichtere und sichere Überquerung der Eiler Straße in Köln Rath/Heumar" Unterlagen wurden be-	66	Die Bezirksvertretung Kalk bittet die Verwaltung zu prüfen, durch welche Maßnahmen erreicht werden kann, dass die Anwohner der Eiler Straße in Köln-Rath/Heumar in Höhe der Bushaltestelle vor Haus Nr. 49 die Straße leichter und si-	<p>Sachstand zum 30.04.2008: Nach Durchführung eines gemeinsamen Ortstermins am 15.08.2007 und Vorlage der Fußgängerzählung und der Verkehrszählung ist eine Querungshilfe an dieser Stelle weder möglich noch erforderlich. Die</p>

			reits zur Sitzung am 10.05.07 umgedruckt Gemeinsamer Ersetzungsantrag der Fraktionen CDU und SPD Stellungnahme der Verwaltung lag als Tischvorlage zur Sitzung am 14.06.07 vor.		cherer überqueren können. Geprüft werden sollte die Errichtung einer Bedarfsampel, eines Zebrastreifens oder einer Querungshilfe. Gemeinsamer Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion: Die Verwaltung wird beauftragt, der Bezirksvertretung Kalk auf der Grundlage der Ergebnisse der durchgeführten Verkehrszählung und des Ortstermins am 15.08.2007 Vorschläge für Maßnahmen zu unterbreiten, durch die die Querung der Eiler Straße in Höhe der Bushaltestelle Schloss Röttgen leichter und sicherer gestaltet werden kann. Abstimmungsergebnis: Dem Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion wird einstimmig zugestimmt.	Bezirksvertretung Kalk wurde entsprechend informiert. <u>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</u>
343	7.2.5	23.08.2007	Antrag der SPD-Fraktion: Abschaffung von Angsträumen an der Haltestelle Fuldaer Straße	02-8	1. Die Verwaltung möge prüfen, inwiefern die Mauer an der Bushaltestelle an der Fuldaer Str. so schnell wie möglich abgerissen werden kann. Dabei soll auch in Erwägung gezogen werden, ob man die Abrissmaßnahmen sponsern lassen könnte. 2. Die Verwaltung möge darüber hinaus darstellen, welche Maßnahmen aus ihrer Sicht erforderlich sind, um das Sicherheitsgefühl vor Ort deutlich zu erhöhen. Dabei sollen auch Änderungen im Zusammenhang mit der KVB oder der Gewerbeaufsicht einbezogen werden. Ergänzung der Fraktion Bündnis 90/ Die	<u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Die Mauer an der Haltestelle wurde inzwischen entfernt, so dass sich an dieser Stelle kein Angsträum mehr befindet; die Fläche hinter der ehemaligen Mauer wird durch das Grünflächenamt gepflegt. Zur Attraktivierung des Spielangebotes wird regelmäßig die HöVi-Spielebox eingesetzt. <u>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</u>

					<p>Grünen:</p> <p>Die Verwaltung wird gebeten, mit der Stadtteilkonferenz Höhenberg und anderen ortsansässigen Institutionen Kontakt aufzunehmen mit dem Ziel, auch die Umgebung des Spielplatzes und der angrenzenden Flächen attraktiver zu gestalten.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt</p>	
344	7.2.6	23.08.2007	Antrag der CDU-Fraktion: Busanbindung im Stadtteil Ostheim, Neubrück, Brück und Merheim in den Abendstunden	02-8	<p>Der Verkehrsausschuss und die Verwaltung werden aufgefordert, unverzüglich mit der KVB Gespräche zu führen, um wieder eine akzeptable Busanbindung der Linie 157 an die Stadtbahnlinie 9 in Ostheim aus Richtung Innenstadt in den späten Abendstunden, z.B. durch eine Verschiebung der Abfahrtszeiten der Buslinie 157 um 15 Minuten, herzustellen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt</p>	<p>Sachstand zum 30.04.2008: Hierzu hat die Verwaltung in der Sitzung am 13.09.2007, TOP 10.2.1, abschließend Stellung genommen.</p> <p><i>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</i></p>
345	7.2.7	23.08.2007	Dringlichkeitsantrag nach § 12 GO "Skulptur Kosmische Union"	02-8	<p>Die Verwaltung wird aufgefordert, alle nötigen Schritte zu veranlassen, damit die Skulptur „Kosmische Union“ der spanischen Künstlerin Magels Landet im Kreisel Geschwister-Katz-Straße/ Barcelona-Allee aufgestellt werden kann.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt</p>	<p>Sachstand zum 30.04.2008: Die Skulptur wurde im Februar 2008 aufgestellt und eine Bepflanzung im mediterranen Stil vorgenommen</p> <p><i>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</i></p>
346	7.2.3	13.09.2007	Antrag der SPD-Fraktion: Grünpflegemaßnahmen in Humboldt/Gremberg	67	<p>Die Verwaltung wird beauftragt</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. in der Grünfläche zwischen der Tausnusstraße/ Gremberger Straße/ Odenwaldstraße unverzüglich Pflegemaßnahmen durchzuführen 2. an den Baumbeeten in der Odenwald- 	<p>Sachstand zum 30.04.2008: <u>zu 1.</u> Die Unterhaltungspflege läuft turnusmäßig</p> <p><u>zu 2.</u> Die Baumscheiben werden vom Amt für</p>

					<p>straße zwischen der Gremberger Straße und der Taunusstraße sowie im Bereich der S-Bahnhaltestelle Trimbornstraße ebenfalls Pflegemaßnahmen durchzuführen (insbesondere Entfernung von wild wucherndem Unkraut)</p> <p>3. in den derzeit nicht genutzten Baumbeeten in o. g. Bereich nach Möglichkeit neue Bäume zu pflanzen und</p> <p>4. gemeinsam mit den örtlichen Vereinen, Initiativen und Geschäftsleuten zu überlegen, ob von dort Patenschaften für die regelmäßige Pflege von Grünflächen oder Baumbeeten in Humboldt/Gremberg übernommen und vermittelt werden können.</p> <p>Abstimmungsergebnis Einstimmig beschlossen mit der Änderung der CDU-Fraktion</p>	<p>Landschaftspflege und Grünflächen 1-2 x im Jahr gepflegt.</p> <p><u>zu 3.</u> In der laufenden Pflanzperiode 2007/2008 sind in dem angegebenen Bereich keine Baumpflanzungen vorgesehen. Für die nächste Pflanzperiode 2008/2009 werden die Fehlstellen im Bereich Odenwaldstraße, Gremberger Straße und Taunusstraße mit hoher Priorität in das Baumpflanzprogramm aufgenommen. Es wird versucht, die Fehlstellen in der nächsten Pflanzperiode zu beheben.</p> <p><u>zu 4.</u> Gespräche mit örtlichen Vereinen bezüglich Patenschaften haben noch nicht stattgefunden.</p>
347	7.2.4	13.09.2007	Antrag der SPD-Fraktion: Aufstellung von 3 Abfallbehältern auf dem Verbindungsweg an der KVB-Linie zwischen Kieskauler Weg und Ostmerheimer Straße	67	<p>Das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen wird beauftragt an dem o. g. Verbindungsweg 3 Abfallbehälter aufzustellen. Dabei kann auch auf ein Sponsoring durch Vereine oder Institutionen zurückgegriffen werden. Bei der Standortwahl sollte der Bürgerverein Merheim eine Mitwirkung erhalten.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen</p>	<p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Ein aktueller Sachstand liegt nicht vor.</p>
348	7.2.5	13.09.2007	Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Verbesserung des Zuganges zur U-	02-8 (15)	<p>Die Bezirksvertretung Kalk</p> <p>1. bekräftigt ihre früheren Beschlüsse, in denen die U-Bahnstation Vingst mit Aufzügen gefordert wird und</p> <p>2. bittet den Verkehrsausschuss und die Verwaltung, kurzfristig geeignete</p>	<p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> siehe Sachstand zum Beschluss Nr. 368</p>

			Bahnhaltestelle Vingst und Einrichtung einer Busverbindung zwischen Vingst und Kalk		<p>Maßnahmen einzuleiten, mit dem Ziel, bis zu einer späteren Ausstattung der Haltestelle Vingst mit Aufzügen zumindest eine Verbesserung bei der Zugangsmöglichkeit für mobilitätseingeschränkte Personen einzureichen.</p> <p>3. soweit auch dies nicht möglich sein sollte, wird die Verwaltung gebeten, im Rahmen der Nahverkehrsplanung zu prüfen, ob eine Busverbindung zwischen Vingst und dem Bezirkszentrum Kalk eingerichtet werden kann, damit auf diesem Weg von Vingst aus barrierefrei das Bezirkszentrum erreicht werden kann und dort der barrierefreie Umstieg auf die Stadtbahnlinien möglich wird. Die Vorschläge zu möglichen Buslinienführungen des Bürgerverein Vingst sind in diese Prüfung mit einzubeziehen. Die Verwaltung soll auch darstellen, welche Auswirkungen eine neue Buslinienführung auf die Verkehrsbeziehungen zwischen den Stadtteilen im Stadtbezirk 8 und den angrenzenden Stadtteilen in den Bezirken 1, 7 und 9 hätte.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen</p>	
349	7.2.2	06.11.2007	Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Führung der KVB Buslinie 159 durch die Dillenburger Straße	02-8	Bei der Neuplanung des Busnetzes im Teilraum Rechtsrheinisch-Nord soll die KVB-Buslinie 159 zwischen den Haltestellen Kalk Kapelle und Kalk Post in beiden Fahrtrichtungen nicht mehr über die Kalker Hauptstraße, sondern über die Dillenburger Straße und die Kapellenstraße geführt werden. Die beiden genannten Haltestellen sollen nicht verändert werden. An der Dil-	Sachstand zum 30.04.2008: In der Sitzung der Bezirksvertretung am 17.04.2008 wurde die Beschlussvorlage „Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln; hier: Busnetz im Teilraum Rechtsrheinisch Nord“ behandelt; über die Wünsche der Bezirksvertretung entscheidet der Verkehrsausschuss voraussichtlich am 06.05.2008.

					<p>lenburger Straße, Höhe Sozialamt/Kalk-Karee und an der Dillenburger Straße, Höhe Handwerkerhof (Nähe Kreisverkehr Kapellenstraße), sowie an der Kapellenstraße in Höhe Heinrich-Bützler-Straße/Seniorenstift sollen drei neue Haltestellen eingerichtet werden, und zwar jeweils für beide Fahrtrichtungen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen</p>	<p>(Anmerkung: Der Verkehrsausschuss hat in seiner Sitzung am 02.06.2008 die genannte Beschlussvorlage u.a. mit folgender Ergänzung beschlossen:</p> <p>Im Zusammenhang mit dem Umbau der Kreuzungen und Lichtsignalanlagen im Rahmen der geplanten Umgestaltung der Kalker Hauptstraße soll eine geänderte optimierte Linienführung der Buslinie 159 im Sinne der BV Kalk-Beschlusses vom 17.04.2008 mittelfristig realisiert werden.)</p> <p><u>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</u></p>
350	7.2.3	06.11.2007	Antrag der CDU-Fraktion: Städtische Immobilie Gräfenhof	40	<p>Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob das städtische Grundstück „Gräfenhof“</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. zunächst als Ersatzstandort für ausgelagerte Klassenräume und 2. langfristig als Schulhofausgleichsfläche und Zufahrt für Rettungsfahrzeuge genutzt werden kann. <p>Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen</p>	<p>Sachstand zum 30.04.2008: Der Antrag wird noch geprüft. Eine Auslagerung von Klassen käme im Zuge von Sanierungsmaßnahmen auch frühestens im Jahr 2009 in Betracht.</p>
351	7.2.4	06.11.2007	Antrag der CDU-Fraktion: Ersetzung von 5 Blumenkübeln durch 5 Pfähle vor Haus Hardtgenbuscher Kirchweg 119 in Köln-Ostheim	66 67	<p>Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob auf dem Bürgersteig vor dem Haus Hardtgenbuscher Kirchweg 119 die fünf Blumenkübel durch fünf Pfähle im hinreichenden Abstand noch vor der Winterpause 2007/2008 zu ersetzen sind.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen</p>	<p>Sachstand zum 30.04.2008: Hierzu hat die Verwaltung in der Sitzung am 11.12.2007, TOP 10.2.1, abschließend Stellung genommen.</p> <p><u>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</u></p>

352	7.2.5	06.11.2007	Antrag der SPD-Fraktion: Optimierung des Bürger- und Vereinsservices im Stadtbezirk Kalk	02 Herr Dr. Höver	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die Verwaltung möge darstellen, welche Dienstleistungen in den einzelnen Stadtteilen vor Ort in Form eines sogenannten front-office angeboten werden können und welche Leistungen einer Bearbeitung in einem sogenannten back-office erledigt werden müssten. Dabei soll auch berücksichtigt werden, dass viele Menschen derzeit und künftig keinen oder nur einen erschwerten körperlichen und elektronischen Zugang zu den Dienstleistungen haben. 2. Die Verwaltung möge prüfen, inwieweit die Einrichtung einer regelmäßigen Ansprechbarkeit für die Vereine und Initiativen im Bereich des Bürgeramtes herbeigeführt werden kann. 3. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen im Rat der Stadt Köln möge sich ebenso mit diesem Antrag befassen. <p>Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Stimme des Einzelvertreters Kirchner (NPD) beschlossen</p>	<p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u></p> <p><u>zu 1.</u> Die Verwaltung hat inzwischen das Konzept „Optimierte Dienstleistung – im Bezirk und im modernen Europa“ erarbeitet, dass derzeit in den Gremien des Rates und der Bezirksvertretungen beraten wird.</p> <p><u>zu 2.</u> In den Bürgerämtern ist prinzipiell nicht nur eine „regelmäßige“, sondern eine permanente Ansprechbarkeit für die Vereine und Initiativen gegeben. Im Rahmen ihrer ihnen vom Rat der Stadt Köln zugewiesenen Managementfunktion nehmen alle Bürgeramtsleitungen diese Aufgabe wahr, in vielen Fällen (z. B. bezirksbezogene Mittel) im Zusammenwirken mit dem Bezirksbürgermeister oder der Bezirksbürgermeistern und der Bezirksvertretung. Amtsintern ist die Aufgabe bei der Bürgerberatung angesiedelt; der Sport-sachbearbeiter kümmert sich naturgemäß um die Anliegen der Sportvereine. Wenn mit „regelmäßige Ansprechbarkeit“ eine Art Sprechstunde gemeint ist, muss davon nach bisheriger Erfahrung mit anderen Sprechstunden (z. B. Sprechstunde des Amtes für öffentliche Ordnung in den Bezirksrathäusern) eher abgeraten werden, da die Resonanz gering ist.</p>
353	7.2.7	06.11.2007	Antrag der SPD-Fraktion: Verbesserung der Umgebung des Spielplatzes Weimarer Platz in Köln Höhenberg	40 zu 3. 512/2 zu 1.	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die Verwaltung möge aufzeigen, welche Möglichkeiten existieren, eine angemessene Einfriedung für den Spielplatz Weimarer Platz herbeizuführen. Denkbar ist etwa eine kleine Mauer. 2. Die abgebauten Schaukeln sollen so 	<p><u>Sachstand zur Sitzung am 24.01.2008:</u> Die Kinder- und Jugendverwaltung nimmt hierzu wie folgt Stellung:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Kinder- und Jugendverwaltung sieht die Notwendigkeit einer angemessenen Einfriedung. Eine naturbe-

				<p>schnell wie möglich wieder angebracht werden.</p> <p>3. Die Verwaltung soll darstellen, inwiefern die Grünfläche vor der GGS Weimarer Straße sinnvoll genutzt werden kann. Dabei sollen vor allem die Ideen der Schülerinnen und Schüler der GGS Weimarer Straße mit einfließen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen</p>	<p>lassene Einfriedung ist aber aus Platzgründen nicht möglich. Unter Berücksichtigung der zu wahrenen Abstandsflächen und des Fallschutzes sowie angesichts knapper finanzieller Mittel werden derzeit Alternativen geprüft.</p> <p>2. Die zwecks Reparatur abgebaute Vogelneuschaukel wurde mittlerweile wieder angebracht.</p> <p>3. Für das Schulgrundstück vor der GGS Weimarer Straße besteht keine Verfügungsberechtigung seitens der Kinder- und Jugendverwaltung. Darüber hinaus stehen der Kinder- und Jugendverwaltung auch keine finanziellen Mittel für eine Ausstattung mit Spielgeräten zur Verfügung.</p> <p>Sachstand zum 30.04.2008:</p> <p><u>zu 1.</u> Die Verwaltung wird den Spielplatz mit ca. 15 cm hohen Kautschukpalisaden einfrieden. Die Maßnahme wird voraussichtlich bis Ende 2008 umgesetzt.</p> <p><u>zu 2.</u> <i>Die Berichterstattung ist bereits abgeschlossen s. o.)</i></p> <p><u>zu 3.</u> Für das Schulgrundstück vor der GGS Weimarer Straße besteht keine Verfügungsberechtigung seitens der Kinder- und Jugendverwaltung. Darüber hinaus stehen der Kinder- und Jugendverwaltung auch keine finanziellen Mittel für eine Ausstattung mit Spielgeräten zur Verfügung.</p>
--	--	--	--	--	--

354	7.2.8	06.11.2007	Antrag der SPD-Fraktion: Verbesserung der Verkehrssituation am Schulgebäude Vietorstraße 38 in Köln-Kalk	66	<p>Die Verwaltung wird gebeten, unter Beteiligung von Schulleitung und Schulkonferenz der Förderschule „Der kleine Prinz“ geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der verkehrlichen Situation im Bereich des Schulgebäudes Vietorstr. 38 zu entwickeln und diese der Bezirksvertretung Kalk zur Beschlussfassung vorzulegen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen</p>	<p>Sachstand zum 30.04.2008:</p> <p>Die Aufstellung der Verkehrszeichen (Achtung Kinder) auf der Vietorstraße im Bereich der Schule ist zwischenzeitlich erfolgt. Die Anlegung eines Fußgängerüberweges im Bereich der Einmündung Vietorstraße/Vorsterstraße wird im Zusammenhang mit der Umplanung bzw. dem Umbau dieser Einmündung im Zuge des Bürgerparks Köln-Kalk berücksichtigt. Erst nach erfolgtem Umbau im Kreuzungsbereich kann dort ein Fußgängerüberweg in Form eines Zebrastreifens angelegt werden. Die Absicherung des Schulzuganges durch ein Gitter unmittelbar in Höhe der Zufahrt zum Schulhof, welches nur bei Bedarf geöffnet wird, ist nicht möglich. Von der Schulleitung wurde darauf hingewiesen, dass die Schuleinfahrt nicht auf Dauer blockiert werden darf, da weiterhin Lieferverkehr, Lehrer und Handwerker sowie Rettungsfahrzeuge ungehindert Zufahrt zum Schulgelände haben müssen. Aus der Sicht der Verwaltung gibt es hier zur Verbesserung der Sicherheit für Schulkinder, die das Schulgeländer verlassen zwei Möglichkeiten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Einfahrt zum Schulhof wird durch das vorhandene Tor geschlossen und während der Schulzeit nur noch in Notfällen für Rettungsfahrzeuge geöffnet. Die Schüler betreten und verlassen das Schulgelände nur über die für diesen Zweck vorhandene (ebenfalls mit einem Tor versehene) Eingangstür rechts neben der Zufahrt zum Schulhof. 2. Der Zugang zum Schulgelände wird in die südliche Grundstückseinfriedung (unmittelbar an der öffentlichen Fuß-
-----	-------	------------	--	----	--	--

						wegverbindung durch die Grünanlage zwischen Vietorstraße und Kalk-Mülheimer Straße) verlegt. Hierdurch wird ein direkter Zugang vom Schulgelände auf die Vietorstraße unterbunden.
355	7.2.10	06.11.2007	Verbesserung der Lebensqualität in Humboldt/Gremberg	02-8	<p>Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristige, mittelfristige und langfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Humboldt/Gremberg zu ergreifen. Im Einzelnen sind hierzu folgende Maßnahmen umzusetzen:</p> <p><i>Kurzfristig</i> soll ein <i>Stadtteilbüro</i> in Humboldt eingerichtet werden, das mit einer oder mehrerer Ansprechpersonen mit im Hinblick auf die Aufgaben ausreichendem Beschäftigungsumfang ausgestattet ist. Allgemein sind als <i>Aufgaben</i> des Stadtteilbüros festzulegen, dass</p> <p>a) die Funktion eines Ansprechpartners für die Sorgen und Nöte der BürgerInnen mit Mittlerfunktion in die zuständigen Fachverwaltungen hinein erfüllt,</p> <p>b) Teilfunktionen eines Stadtraummanagers insbesondere im Hinblick auf die Pflege des Grüns und die Verhinderung von Müllablagerungen im Stadtteil erfüllt werden, <u>und</u></p> <p>c) <i>dass das Ziel besteht</i>, in Humboldt/Gremberg insbesondere im Bereich um die Taunusstraße das Instrument des <i>Housing Improvement District</i> (HID) zu nutzen..</p> <p>Kurzfristig sollen von der/den Ansprechperson/en zur Erfüllung der Aufgabe 2a) die Vermittlung der BürgerInnen an bestehende Einrichtungen und die Fachverwaltung in sozialen Belangen, die Initiierung von gemeinsamen Projekten und Aktionen</p>	<p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Hierzu erfolgt ein separater Sachstandsbericht in Form einer Mitteilung in der Bezirksvertretung.</p>

				<p>der BürgerInnen und Institutionen im Stadtteil sowie zur Erfüllung der Aufgabe 2b) die Aufnahme und Behebung von stadtgestalterischen Problemen im Wohnumfeld unter Einbeziehung der BürgerInnen realisiert werden. Hierbei sind die Ressourcen des Bürgeramtes Kalk mitzunutzen.</p> <p>Mittelfristig ist zur Erfüllung der Aufgabe 2c) vom Stadtteilbüro der Prozess zur Installation eines HID voranzutreiben, indem es einen Kontakt zwischen Bürgerinnen und Bürgern, privaten und öffentlichen ImmobilienbesitzerInnen herstellt, die notwendigen Daten recherchiert, Moderationsaufgaben übernimmt und inhaltlich-konzeptionelle Lösungen mit den o.a. Beteiligten für das HID erarbeitet. Dabei sind die Bedürfnisse der BürgerInnen einzubinden.</p> <p>Die Stadt Köln soll die Finanzierung des Personals und der Räumlichkeiten für das Stadtteilbüro befristet für zwei Jahre beginnend mit dem Jahr 2008 übernehmen. Die dazu notwendigen Mittel sollen über den Veränderungsnachweis noch im Hpl. 2008 bereitgestellt werden. Ergebnis dieser Maßnahme soll es sein, eine Initiative zu gründen, die die Weiterführung des Stadtteilbüros und die weitere Umsetzung des HID's übernimmt.</p> <p>Eine Kooperation mit privaten Partnern zur zukünftigen Finanzierung des Stadtteilbüros und eine begleitende Evaluierung des Stadtteilbüros in Kooperation mit der Fachhochschule Köln und/oder anderen Forschungsinstituten soll angestrebt werden.</p> <p>Die Akquisition von EU-, Bundes- oder Landesfördermitteln zur Weiterführung des Stadtteilbüros nach Ablauf der Befristung wird von der Verwaltung erwartet. Eine öf-</p>	
--	--	--	--	--	--

					<p>fentliche Förderung zum Aufbau des Stadtteilbüros mit den oben ausgeführten Aufgaben ist anzustreben.</p> <p>Die Bezirksvertretung Kalk begrüßt eine Unterstützung der Landesregierung NRW durch Aufnahme von Humboldt/Gremberg als Pilotprojekt zum HID.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Gegen die Stimme des Einzelvertreters Kirchner mehrheitlich beschlossen</p>	
356	7.2.11	06.11.2007	Humboldt/Gremberg - Ein Stadtteil braucht Zukunft	02-8	<p>Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. eine Reduzierung der Belästigung der Anwohner um den Kalker Bahnhof durch Lärm, Gestank und Staub sowie der Fehlnutzung von öffentlichem Straßenland zu gewerblichen Zwecken (z.B. Abstellen von Containern) und 2. eine Reduzierung der Geruchsbelästigung der Anwohner im Bereich Poll-Vingster Straße/Aggerstraße erreicht werden kann. 3. Die Verwaltung wird zudem gebeten, die bestehenden Eigentums- und Nutzungsverhältnisse auf dem Gelände zwischen Odenwaldstraße und Bahntrasse sowie zwischen Lüderichstraße und Poll-Vingster Straße zu ermitteln und der Bezirksvertretung – ggf. im nichtöffentlichen Teil – darzustellen. <p>Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen</p>	<p>Sachstand zum 30.04.2008: Hierzu erfolgt ein separater Sachstandsbericht in Form einer Mitteilung in der Bezirksvertretung.</p>

357	7.2.12	06.11.2007	Verbesserung der verkehrlichen Situation in Humboldt/Gremberg	66	<ol style="list-style-type: none"> 1. Das Teilstück Odenwaldstraße zwischen Rolshover Straße und Poll-Vingster Straße möge mittels geeigneter Maßnahmen verkehrszuberuhigen sein, z.B. durch alternierendes Parken. 2. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit auf der Rolshover Straße an der Kreuzung Gremberger Straße in Fahrtrichtung Poll eine Beschilderung vorgenommen werden kann, die Fahrern, die links abbiegen wollen anzeigt, dass sie geradeaus weiterfahren sollen und auf der Höhe der Aral-Tankstelle eine Wendemöglichkeit nutzen sollen, die noch auf dem Asphalt aufgemalt werden müsste. 3. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie der Verkehr auf der Zufahrt zur Mülldeponie im Gremberger Wäldchen sicherer geregelt werden kann (z.B. durch Geschwindigkeitsbegrenzung und Markierung auf der Fahrbahn), zudem möge die Verwaltung sicherstellen, dass der LKW-Verkehr von und zur Müllstation im Gremberger Wäldchen nur über die Zufahrt unter dem Autobahnzubringer geführt wird und nicht durch die bewohnten Straßen Aggerstraße und Roddergasse erfolgt. <p>Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.</p>	<p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Die Verwaltung prüft zurzeit den Sachverhalt und wird spätestens zum nächsten Halbjahresbericht eine Stellungnahme abgeben.</p>
358	7.2.1	11.12.2007	Prüfantrag der CDU-Fraktion: Fußgängerbereich auf dem Fockerweg in Köln Rath/Heumar	66	<p>Die Bezirksvertretung Kalk bittet die Verwaltung zu prüfen, durch welche Maßnahmen den Fußgängern auf dem Fockerweg mehr Sicherheit geboten werden kann.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt</p>	<p><u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Der Ausbau des Fockerweges ist im Erschließungsprogramm vorgesehen, sobald die dafür erforderliche Änderung des Bebauungsplanes rechtskräftig ist. Eine vorübergehende Sicherung des Fußgängerverkehrs mit geeigneten Mitteln ist nicht mög-</p>

						lich. <i>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</i>
359	7.2.2	11.12.2007	Prüfantrag der CDU-Fraktion: Wilde Müllkippe unter und an der Autobahnbrücke Gewerbegebiet Broichstraße	02/8	<p>Die Verwaltung und die Fachverwaltung werden aufgefordert, unter Einbeziehung aller Beteiligten, insbesondere des Landesbetriebes Straßen NRW, der AWB, der KVB AG, der Polizei und Feuerwehr und eventuellen Privaten, Gespräche zu führen mit dem Ziel, Möglichkeiten zu finden, wie eine weitere Nutzung des Geländes unter der Autobahnbrücke Gewerbegebiet Broichstraße und der angrenzenden Grünflächen als „Wilde Müllkippe“ wirksam verhindert werden kann. Hierbei ist insbesondere zu prüfen, inwieweit die bestehenden Zufahrtsmöglichkeiten sowohl über die bestehenden Rad- und Fußwege als auch durch das Gewerbegebiet abgesperrt bzw. neu geregelt werden können.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Einstimmig mit Änderung zugestimmt.</p>	<p>Sachstand zum 30.04.2008: Bei einem Ortstermin am 14.02.2008 hat die Verwaltung die nachstehenden Maßnahmen festgelegt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die zwischen der Olpener Straße und den ersten beiden Pfeilern der Autobahnbrücke abgekippten Erdwälle werden zu den Seiten hin aufgeschüttet, so dass eine Zufahrt nicht mehr möglich und somit ein weiteres Abkippen von Erdreich in diesen Bereich ausgeschlossen ist. 2. Damit der nördliche Bereich der Fläche nicht mehr angefahren werden kann, werden zwischen den beiden dort befindlichen Pfeilern der Autobahnbrücke und vor dem ersten Pfeiler aus Richtung Broichstraße gesehen entsprechend große Findlinge postiert. 3. Der vor der Fläche parallel zur Autobahn verlaufende Rad- und Gehweg wird nördlich der Broichstraße entweder mit einem Drängelgitter oder Absperrpfosten versehen, damit eine Zufahrt auf die Fläche auch von diesem Weg aus verhindert wird. 4. Der vorhandene Müll soll im Rahmen des Litterings durch die AWB beseitigt werden. <p>Die o. g. Maßnahmen zu den Ziffern 1 und 4 wurden inzwischen ausgeführt. Mit der</p>

						Erledigung der noch offenen Punkte wird in Kürze gerechnet.
360	7.2.3	11.12.2007	Antrag der CDU-Fraktion: Sauberkeit in Brück Müllbehälter Olpener Straße/ In der Handschaft	02-8	Die Verwaltung wird gebeten, an der Einmündung der Straße In der Handschaft in die Olpener Straße entweder den Müllbehälter regelmäßig häufiger zu leeren oder einen größeren aufzustellen. Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich mit 11 Stimmen (CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke.Köln, NPD) gegen 6 Stimmen (SPD-Fraktion) zugestimmt.	Sachstand zum 30.04.2008: Hierzu hat die Verwaltung in der Sitzung am 28.02.2008, TOP 10.2.5, abschließend Stellung genommen: <i>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</i>
361	7.2.5	11.12.2007	Antrag der SPD-Fraktion Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern auf dem Alten Deutzer Postweg in Ostheim	66	Die Bezirksvertretung Kalk bittet die Verwaltung und die zuständigen Ausschüsse noch vor Ausbau der Straße Alter Deutzer Postweg als Umgehung von Köln-Ostheim die Komplettierung des Rad-Fuß-Weges auf der Nordseite des Alten Deutzer Postweges vorzunehmen. Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich mit 16 Stimmen (CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke.Köln) gegen 2 Stimmen (pro Köln, NPD) zugestimmt.	Sachstand zum 30.04.2008: Die Verwaltung hat eine Verkehrszählung mit Geschwindigkeitsmessung in Auftrag gegeben. Nach Vorlage der Ergebnisse werden Alternativen geprüft.
362	7.2.7	11.12.2007	Antrag der SPD-Fraktion: Bebauung des Grundstücks Ecke Frankfurter Straße/Höhenberger Straße (derzeitiger Bauhof der Stadt Köln)	02-8	Die Bezirksvertretung Kalk beschließt: Der Stadtentwicklungsausschuss und der Ausschuss Bauen und Wohnen werden gebeten, die Verwaltung zu beauftragen, 1. die Voraussetzungen für eine Verlegung des Bauhofes vom bisherigen Standort in Höhenberg zu schaffen und 2. die planerische Voraussetzungen für	Sachstand zum 30.04.2008: Die Verwaltung in der Sitzung am 11.12.2007, TOP 10.2.2, zu dem Antrag Stellung genommen; eine weitere Mitteilung zu dieser Thematik wurde in der Sitzung am 28.02.2008, TOP 10.2.6, vorgelegt. Die Prüfung der Verwaltung für einen neuen Standort zur Verlagerung der städtischen Dienststellen ist noch nicht abge-

					<p>die Errichtung von Wohnbebauung mit Ein- und Mehrfamilienhäusern auf dem derzeit als Bauhof genutzten Grundstück Ecke Frankfurter Straße/Höhenberger Straße zu schaffen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei einer Enthaltung (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) zugestimmt.</p>	geschlossen.
363	7.2.4	24.01.2008	<p>Neubrücker Ring in Höhe der Hochhäuser Brück</p> <p>Antrag des Einzelvertreters Kirchner (NPD) vom 08.01.2008</p> <p>Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion vom 21.01.2008</p>	66	<p>Die Verwaltung wird beauftragt, auf dem Rather Kirchweg aus Fahrtrichtung Neubrück kommend hinter der Einmündung Zufahrt Hochhäuser Hans-Schulten-Straße ein Hinweisschild Tempo 30 an dem gleichen Schildermast anzubringen, an dem auch die erneute Anordnung Überholverbot angebracht ist.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich mit 13 Stimmen (CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) gegen 2 Stimmen (NPD, pro Köln) zugestimmt.</p>	<p>Sachstand zum 30.04.2008: Die Ergänzung der vorhandenen Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h ist angeordnet und wird in Kürze ausgeführt.</p> <p><u>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</u></p>
364	7.2.5	24.01.2007	<p>Erweiterung des Außengeländes der Förderschule "Der kleine Prinz" durch die umliegenden Grünstreifen</p> <p>Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.01.2008</p>	40	<p>Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob das Außengelände der Förderschule „Der kleine Prinz“ um die angrenzenden, hinter dem Gelände liegenden kleinen Grünflächen erweitert werden kann.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt</p>	<p>Sachstand zum 30.04.2008: Der Antrag wird noch geprüft.</p>
365	7.2.6	24.01.2008	<p>Kurzfristige Abpollerung und Prüfung der Einrichtung von weiteren Parkplätzen im Bereich Wendehammer Elisabeth-Langgässer-Straße</p>	66	<p>Die Bezirksvertretung Kalk beschließt, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. kurzfristig die Befahrbarkeit der Fußgängerzonenfläche vor dem Eiscafé am Wendehammer Elisabeth- 	<p>Sachstand zum 30.04.2008: Die Verwaltung hat einen kurzfristig umsetzbaren Entwurf erstellt. Der Plan wird der Bezirksvertretung Kalk kurzfristig vorgestellt.</p>

			in Neubrück Antrag der CDU- Fraktion vom 10.01.2008		Langgässer-Straße in Neubrück durch Abpollerung unterbunden wird. 2. die Verwaltung prüft, ob und unter welchen finanziellen Möglichkeiten ei- ne Teilfläche vor dem Eiscafé zu Parkplätzen umgewandelt werden kann. 3. die Verwaltung prüft und sich mit der katholischen Gemeinde St. Adelheid in Neubrück ins Benehmen setzt, ob und inwieweit für diese Umwandlung zu Parkplätzen am o. g. Ort auch die der katholischen Kirche gehörende Grünfläche in die angestrebte Park- platzfläche miteinbezogen werden kann. Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und pro Köln zugestimmt.	
366	7.2.8	24.01.2008	Temporäre und dauer- hafte Unterbringung des Musical Dome auf dem CFK-Gelände Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.01.2008 Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion vom 24.01.2008	02-8	1. Beschluss: Die Fraktionen in der Bezirksvertretung 8 bitten den Oberbürgermeister, die zustän- digen Verwaltungsstellen und Ausschüsse sowie den Rat, sich dafür einzusetzen, dass A: der Musical Dome für die Übergangs- zeit auf dem Grundstück westlich des Polizeipräsidiums am Walter-Pauli- Ring errichtet wird. Abstimmungsergebnis: Mit 9 Ja-Stimmen (CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) gegen 5 Nein-Stimmen (SPD- Fraktion, NPD) und 1 Enthaltung (pro Köln) zugestimmt.	<u>Sachstand zum 30.04.2008:</u> Zu den Punkten A und B hat die Verwal- tung in der Sitzung am 17.04.2008, TOP 10.2.3, abschließend Stellung genommen; da die endgültige Entscheidung über den Musicalstandort noch nicht vorliegt, kann zu Punkt C noch keine Stellungnahme er- folgen.

					<p>2. Beschluss:</p> <p>Die Fraktionen in der Bezirksvertretung 8 bitten den Oberbürgermeister, die zuständigen Verwaltungsstellen und Ausschüsse sowie den Rat, sich dafür einzusetzen, dass</p> <p>B: das ursprünglich für das „Urban-Entertainment-Center“ vorgesehene Grundstück als dauerhafter Standort für das Musical bereitgestellt wird.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Mit 10 Ja-Stimmen (CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, pro Köln) gegen 1 Nein-Stimme (NPD) und 4 Enthaltungen (SPD-Fraktion) zugestimmt.</p> <p>3. Beschluss:</p> <p>Die Fraktionen in der Bezirksvertretung 8 bitten den Oberbürgermeister, die zuständigen Verwaltungsstellen und Ausschüsse sowie den Rat, sich dafür einzusetzen, dass</p> <p>B: der S-Bahn-Haltepunkt „Deutzer Feld“ spätestens zu Beginn der möglichen Musical-Veranstaltungen eingerichtet wird.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei Enthaltung der SPD-Fraktion zugestimmt.</p>	
367	7.2.1	28.02.2008	Maßnahmen zur Überleitungspflege von älteren Menschen im Stadtbezirk Kalk Antrag der Fraktion	02-8	<p>1. Der Sozialausschuss und der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün werden gebeten, sich mit dem Thema Überleitungspflege zu befassen und die Verwaltung unter Einbeziehung</p>	<p>Sachstand zum 30.04.2008: Hierzu hat die Verwaltung in der Sitzung am 28.02.2008, TOP 7.2.1, abschließend Stellung genommen:</p>

			Bündnis 90/Die Grünen vom 26.11.2007		<p>der Geschäftsführung der Sozialbetriebe Köln gGmbH zu beauftragen, für den Stadtbezirk Kalk Maßnahmen, eventuell auch als Modellversuch für eine stadtweite Umsetzung, zu entwickeln, anschließend zu initiieren oder ggf. selbst zu installieren, die eine nachsorgende Pflege von Älteren nach einem Krankenhausaufenthalt gewährleisten. Hierbei sollen sowohl stationäre Einrichtungen zur Überleitungspflege (wie z.B. im Agatha-Krankenhaus, Niehl) als auch ambulante Maßnahmen zur Unterstützung Älterer in ihrer eigenen Wohnung in Anspruch genommen werden können. Über die beabsichtigten Maßnahmen soll dem Sozialausschuss und der Bezirksvertretung berichtet werden, bevor diese umgesetzt werden.</p> <p>2. Parallel zur Umsetzung der Maßnahmen sind die Seniorenvertretung, die Seniorenetzwerke und andere Multiplikatoren über das Angebot und die Finanzierungswege, die die NutzerInnen des Angebotes wählen können, durch die Verwaltung mit angemessenem Informationsmaterial („Flyer“) zu versorgen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.</p>	<p><u>Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.</u></p>
368	7.2.2	28.02.2008	Barrierefreier Zugang an der KVB-Haltestelle in Vingst Antrag der CDU-Fraktion vom 11.02.2008	69	<p>Die Verwaltung wird gebeten, sich mit der KVB in Verbindung zu setzen und auf die Umsetzung der Installation einer Rampe zwischen Bahnsteig und Rolltreppe an der KVB-Haltestelle in Köln-Vingst hinzuwirken.</p>	<p>Sachstand zum 30.04.2008: Am 11.06.2008 hat der Verkehrsausschuss über weitere Prioritäten bei Aufzugseinbauten und Bahnsteiganhebungen entschieden. Die Haltestelle Vingst wird danach erst in mehreren Jahren Aufzüge erhalten können, da andere Haltestellen</p>

					Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei Enthaltung des Einzelvertreters Kirchner (NPD) zugestimmt.	vorrangig ausgerüstet werden. In einem ersten Schritt sollen Rampen zwischen Fahrtreppen und Bahnsteigen eingebaut werden.
369	7.2.2	17.04.2008	Sanierung des Rad- und Fußweges in der Straße "Am Grauen Stein" in Humboldt/Gremberg Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 20.03.2008 Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 17.04.2008	66	<p>1. Die Bezirksvertretung Kalk beauftragt aufgrund der vorliegenden Stellungnahme die Verwaltung, den Fuß- und Radweg in der Straße „Am Grauen Stein“ vor den Häusern Nummer 3 und 5 zu sanieren, möglichst ohne dass ein Schaden an den Straßenbäumen entsteht. Sie nimmt zur Kenntnis, dass die Ausführung verfahrenstechnisch erst ab Sommer 2008 realisierbar ist</p> <p>Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.</p> <p>2. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie der Fußweg und der Radweg in der Straße „Am Grauen Stein“ vor den Häusern Nummer 6 bis 14 saniert werden kann, möglichst ohne dass ein Schaden an den Straßenbäumen entsteht. Ferner bittet die Bezirksvertretung Kalk um eine Mitteilung, in welchem Zeitraum eine Sanierung erfolgen kann.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.</p> <p>3. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie vernünftige Anschlüsse an die vorhandenen Radwege in der Straße „Am Grauen Stein“ realisiert werden können, soweit sie auf dem Gebiet der Stadt Köln liegen. In diese Prüfung ist auch die Anbindung an die</p>	<p>Sachstand zum 30.04.2008: Der Beschluss wurde in das Arbeitsprogramm der Verwaltung aufgenommen. Die kleineren Sanierungen erfolgen kurzfristig. Die Prüfung der Anschlüsse erfolgt langfristig.</p>

					<p>Kreuzung Gremberger Straße/Taunusstraße und in die eigentliche Taunusstraße selber aufzunehmen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.</p>	
370	7.2.5	17.04.2008	<p>Instandsetzung des Deckenbelages des Gehweges Hüttenweg in Neubrück</p> <p>Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Kalk vom 31.03.2008</p>	67	<p>Die Verwaltung wird aufgefordert, kurzfristig Maßnahmen zur Instandsetzung des Deckenbelages des Hüttenweges in Köln-Neubrück durchzuführen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.</p>	<p>Sachstand zum 30.04.2008:</p> <p>Als kurzfristige Maßnahme wurden die Schlaglöcher provisorisch ausgebessert. Eine komplette Überholung ist somit zur Zeit nicht zwingend erforderlich</p>
371	7.2.7	17.04.2008	<p>Darstellung der Funktionsfähigkeiten von Aufzügen und Rolltreppen im ÖPNV</p> <p>Antrag der SPD-Fraktion vom 21.03.2008</p>	69	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die Verwaltung möge mit jeweiligen Begründungen darstellen, welche Haltestellen, Haltepunkte und Bahnhöfe im Stadtbezirk Kalk dem Grundsatz der Barrierefreiheit uneingeschränkt Rechnung tragen und welche nicht. 2. Darüber hinaus soll aufgezeigt werden, wie häufig die Aufzüge und Rolltreppen für die unter Punkt 1 genannten Einrichtungen im Jahr 2007 nicht funktionsfähig waren, wie lange die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit in Anspruch genommen hat, welche Kosten dafür entstanden sind und welcher Anteil der Kosten mittelbar Privaten zu erstatten waren . 3. Aus Sicht der Fachverwaltung sollen zu den unter Punkt 1 genannten Einrichtungen potentielle Lösungsvorschläge nebst einer Auflistung der Kosten dargestellt werden. 4. Die zuständigen Ausschüsse im Rat der Stadt Köln, insbesondere der Ver- 	<p>Sachstand zum 30.04.2008:</p> <p>Der Beschluss wird zurzeit in Abstimmung mit der KVB geprüft.</p>

					kehrsausschuss, sollen ebenfalls mit diesem Antrag befasst werden. Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.	
372	7.2.8	17.04.2008	Parksituation an der Ecke Olpener Straße/In der Handschaft in Köln-Brück Antrag der SPD-Fraktion vom 02.04.2008	66	Die Bezirksvertretung Kalk beauftragt die Stadtverwaltung zu prüfen 1. inwiefern auf der Olpener Straße in Köln-Brück stadtauswärts von der Ecke In der Handschaft/Olpener Straße bis hin zur Hausnummer 870 Möglichkeiten zu einer Verbesserung der jetzigen Park- und Verkehrssituation bestehen, 2. inwiefern der Verkehr durch diese Änderungen beeinflusst würde und 3. inwieweit mit etwaigen Änderungen auf die gesamte Parksituation in Brück zu rechnen sein wird. Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.	Sachstand zum 30.04.2008: Die Prüfung der Situation wurde in das Arbeitsprogramm der Verwaltung aufgenommen.